

Beteiligungsbericht der Stadt Würselen Geschäfts-, Haushalts- und Wirtschaftsjahr 2023



Amt 20
Finanzen und Controlling



Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2023 im Jahr 2025

Herausgeber: Stadt W ü r s e l e n
Der Bürgermeister
Morlaixplatz 1
52146 Würselen

Bearbeitung: Yvonne Römken
Telefon: 02405 67-2056
Internet: <http://www.wuerselen.de>
Mail: yvonne.roemkens@wuerselen.de

Vorwort

Die Stadt Würselen legt mit dieser Ausgabe den **Beteiligungsbericht für das Geschäfts-, Haushalts- und Wirtschaftsjahr 2023** vor, in dem alle 14 unmittelbaren Beteiligungsgesellschaften und 5 mittelbaren Beteiligungsgesellschaften dargestellt werden. Sie gibt damit Auskunft über ihre wirtschaftlichen Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten Rechts nach § 117 der Gemeindeordnung NRW.

Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht der Stadt Würselen soll die interessierten Leser, vor allem aber die Entscheidungsträger im Stadtrat und in der Verwaltung über die Struktur der bestehenden wirtschaftlichen Beteiligungen, insbesondere über

- den Gegenstand der Unternehmen,
- die organisatorische Struktur der Unternehmen,
- die Zusammensetzung und personelle Besetzung der Gesellschaftsorgane,
- die Ziele der Stadt Würselen mit der Beteiligung,
- den zu erfüllenden öffentlichen Gesellschaftszweck,
- die Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter,
- die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten 2 Jahre,
- die Leistungen der Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
- die Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und die Verbindungen zum städt. Haushalt,
- der Personalbestand jeder Beteiligung,

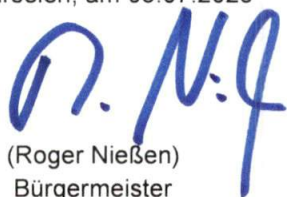
informieren, um sie damit bei ihrer verantwortungsvollen Steuerungsaufgabe als Aufsichtsratsvertreter oder Gesellschaftsvertreter unterstützen. Er soll aber darüber hinaus auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern fundierte Einblicke in die wirtschaftliche Betätigung ihrer Stadt geben.

Das betriebswirtschaftliche Zahlenmaterial stützt sich auf die zuletzt vorgelegten attestierten Prüfberichte der jeweiligen Jahresabschlüsse des **Geschäftsjahres 2023**. Die Angaben zu den Aufsichts- und Entscheidungsgremien spiegeln den Stand zum 31.12.2023 der Besetzung durch den Rat der Stadt Würselen wider.

Die Anlagen erhalten unter anderem eine Übersicht über die Vertreter der Stadt Würselen in den Organen beteiligter Unternehmen zum Stand August 2023. Ergänzend soll die Darstellung der Berechnungsgrundlage der Bilanzkennzahlen die Transparenz erhöhen.

Der Beteiligungsbericht steht im Internet unter www.wuerselen.de, Stichwort Beteiligungsbericht, bzw. im Serviceportal unter <https://serviceportal.wuerselen.de> direkt zum Download zur Verfügung:

Würselen, am 03.07.2025



(Roger Nießen)
Bürgermeister

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	6
2	Beteiligungsbericht 2023	8
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	8
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	9
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Würselen	10
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio	13
3.2	Beteiligungsstruktur	14
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	16
3.4	Einzeldarstellungen	17
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen	17
3.4.1.1	Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH	18
3.4.1.2	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	22
3.4.1.3	Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH	28
3.4.1.4	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	32
3.4.1.5	Energie- und Wasser- Versorgung GmbH	48
3.4.1.6	enwor - energie & wasser vor ort GmbH	70
3.4.1.7	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH	84
3.4.1.8	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH	96
3.4.1.9	regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH	104
3.4.1.10	d-NRW AöR	117
3.4.1.11	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	128
3.4.1.12	Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung	138
3.4.1.13	Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	144
3.4.1.14	KoPart eG	151
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen	156
3.4.2.1	Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH	156
3.4.2.2	Bauland Würselen GmbH & Co. KG	158
3.4.2.3	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH	160
3.4.2.4	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	163

3.4.2.5	Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	169
4	Darstellung der Betriebe gewerblicher Art sowie der Beteiligungsunternehmen	174
5	Übersicht über die Vertreter der Stadt Würselen in den Organen beteiligter Unternehmen, Verbänden, Vereinen und sonstigen Institutionen	175
6	Berechnungsgrundlage für Finanzkennzahlen	186
7	Abkürzungsverzeichnis	187

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts Anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im

zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2023

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Würselen hat am 24.09.2024 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Würselen gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Würselen hat am 03.07.2025 den Beteiligungsbericht 2023 beschlossen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Würselen. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Würselen, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Würselen durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Würselen durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

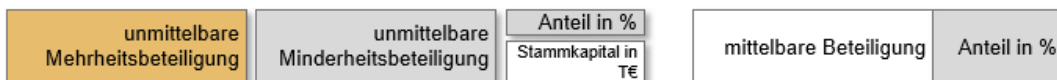
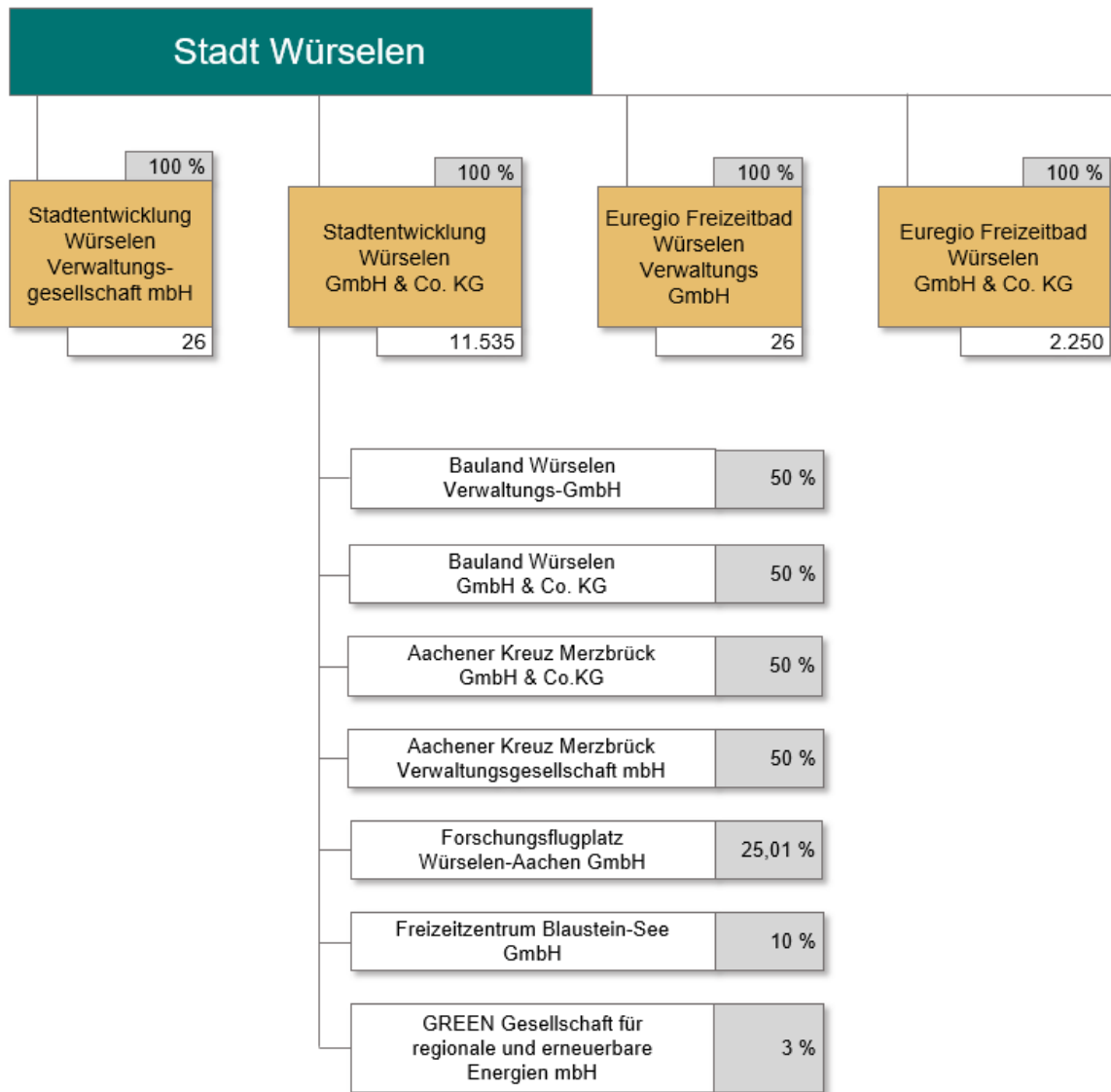
Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Würselen insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Würselen. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Würselen die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

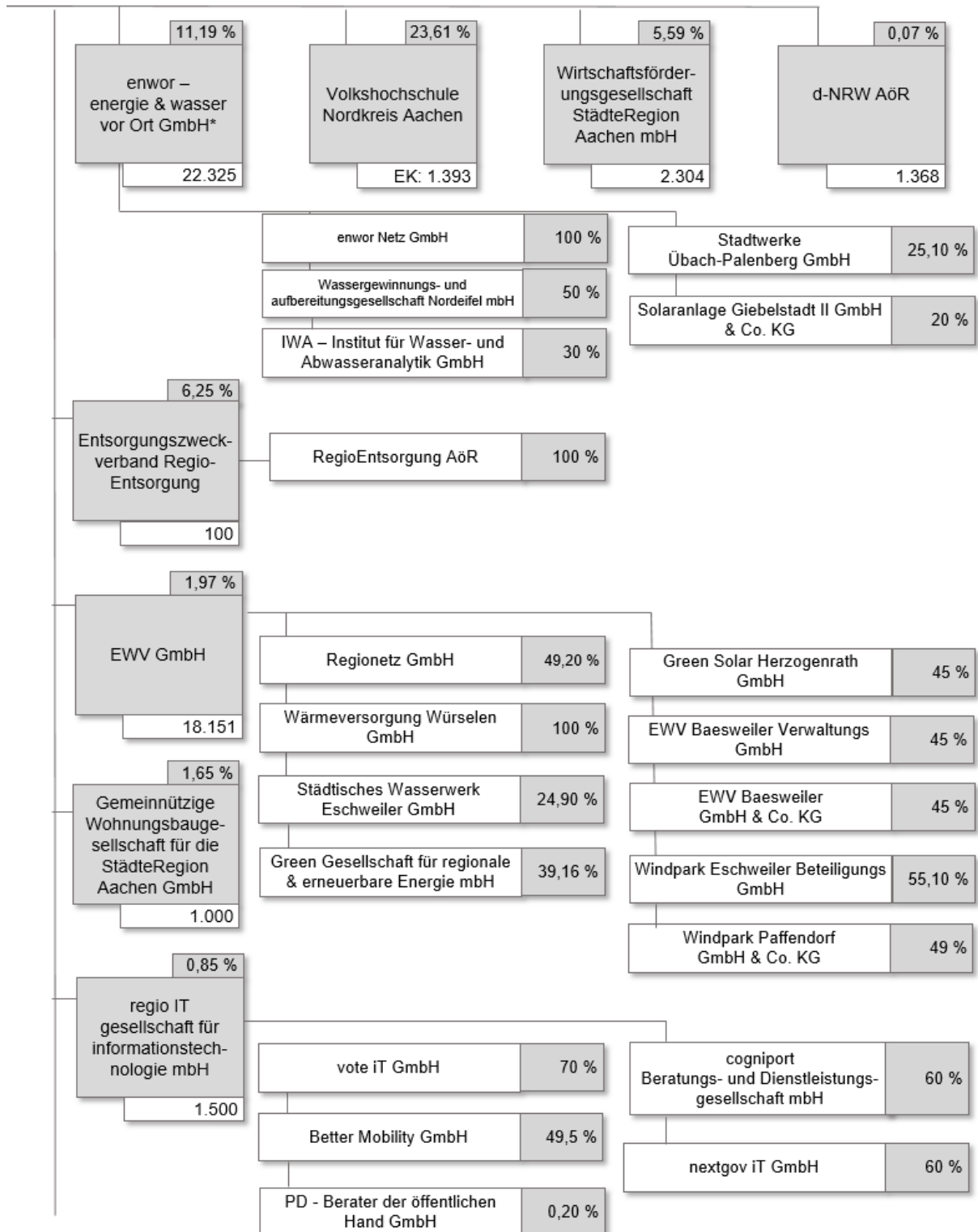
Hierzu kann die Stadt Würselen unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten sowie Auszüge aus den jeweiligen Lageberichten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2023 festgestellten und testierten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2023. Daher sind keine Korrekturen erfolgt, insbesondere bezüglich der Grammatik und Darstellung der Zahlen. In den dargestellten Tabellen kann es zu Rundungsdifferenzen kommen (programmseitig). Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2023 aus. Lediglich die Angaben zum Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen beziehen sich auf das Jahr 2022, da bis zur Erstellung des Beteiligungsberichtes der Stadt Würselen für das Jahr 2023 der Jahresabschluss des Zweckverbandes Volkshochschule Nordkreis Aachen für das Jahr 2023 noch nicht vorgelegen hat.

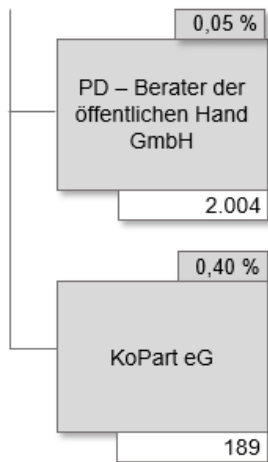
3 Das Beteiligungsportfolio



der Stadt Würselen



* Hier nur mittelbare Beteiligungen mit wesentlichem Anteil (ab 20 %) abgebildet. Gesamte Auflistung der Beteiligungen der enwor – energie & wasser vor Ort GmbH auf Seite 71 einsehbar.



Stand: 31.12.2023

3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2023 hat es die folgenden Änderungen bei den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Würselen gegeben.

Zugänge und Abgänge

Der Rat der Stadt Würselen hat in seiner Sitzung am 16.05.2023 einer weiteren Eigenkapitalaufstockung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG in Höhe von 5.400.000,00 EUR beschlossen. Die Aufstockung diente zur Unterstützung der mit der Errichtung des Aero Park Merzbrück verbundenen Perspektiven zur Realisierung eines überregional bedeutsamen Gewerbegebietes mit Ansiedlungen aus dem Bereich der luftfahrtbezogenen Forschung und Entwicklung in der StädteRegion Aachen durch die AKM GmbH & Co. KG.

Veränderung in Beteiligungsquoten

Bei der d-NRW AöR sind im Jahr 2023 17 neue Städte und Gemeinden als Träger hinzugekommen. Damit erhöht sich das Stammkapital von 1.368.000,00 Euro auf 1.385.000,00 Euro.

Ausblick auf geplante Änderungen

Mit notariell beurkundetem „Beteiligungsvertrag zur Umsetzung des Zusammenschlusses“ vom 11. Dezember 2023 wurde der gesamte Geschäftsbetrieb der enwor – energie & wasser vor ort GmbH im Wege einer Ausgliederung gemäß § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG gegen Gewährung von Aktien an der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, übertragen. Der Ausgliederungstichtag ist der 1. Januar 2024.

3.2 Beteiligungsstruktur

Unmittelbare Beteiligungen

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2023	Anteil der Stadt Würselen am Stammkapital	
		TEURO	TEURO	%
1	Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH	26,0	26,0	100,00
	Jahresergebnis 2023	4,6		
2	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	2.250,0	2.250,0	100,00
	Jahresergebnis 2023	-990,3		
3	Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH	26,0	26,0	100,00
	Jahresergebnis 2023	3,5		
4	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	9.171,2	11.535,0	100,00
	Jahresergebnis 2023*	0,0		
5	Energie- und Wasser- Versorgung GmbH	18.151,5	357,6	1,97
	Jahresergebnis 2023	25.302,1		
6	enwor - energie & wasser vor ort GmbH	22.322,7	2.497,9	11,20
	Jahresergebnis 2023	15.661,9		
7	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die Städte-Region Aachen GmbH	1.000,0	16,5	1,64
	Jahresergebnis 2023	420,2		
8	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädtRegion Aachen mbH	2.303,5	151,3	5,59
	Jahresergebnis 2023	183,1		
9	regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH	1.500,0	12,9	0,86
	Jahresergebnis 2023	6.147,7		
10	d-NRW AöR	0,0	1,0	0,08
	Jahresergebnis 2023	0,0		
11	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	1.301,4	1,0	0,05
	Jahresergebnis 2023	10.659,6		
12	Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung	106,3	1,5	6,25
	Jahresergebnis 2023	0,0		
13	Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	0,0	18,1	23,61
	Jahresergebnis 2022	-139,9		
14	KoPart eG	200,3	0,8	0,40
	Jahresergebnis 2023	36,6		

*Die Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresfehlbetrag von 2.363.753,74 € aus.

Mittelbare Beteiligungen

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12.2023	Durchgerechneter Anteil der Stadt Würselen
		TEURO	%
1	Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH	25,5	50,00
	Jahresergebnis 2023	-30,0	
2	Bauland Würselen GmbH & Co. KG	0,0	50,00
	Jahresergebnis 2023	-3,6	
3	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH	25,2	50,00
	Jahresergebnis 2023	-0,3	
4	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	6.025,2	50,00
	Jahresergebnis 2023	-903,5	
5	Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	57,0	25,01
	Jahresergebnis 2023	-349,6	

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Finanz- und Leistungsbeziehungen in TEURO	gegenüber	Stadt Würselen	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG
Stadt Würselen	Forderungen		489,6	3.146,5
	Verbindlichkeiten		12,0	
	Erträge		229,4	196,2
	Aufwendungen		1.863,9	820,3
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	Forderungen	106,7		
	Verbindlichkeiten	494,4		
	Erträge	383,5		
	Aufwendungen	212,0		
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	Forderungen	803,4		
	Verbindlichkeiten	3.186,5		
	Erträge	593,6		
	Aufwendungen	84,9		

Zwischen der Stadt Würselen und den verbundenen Unternehmen wird kein Saldenabgleich zum Ende des Jahres vorgenommen.

3.4 Einzeldarstellungen

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Würselen zum 31. Dezember 2023

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Würselen einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Würselen mehr als 50 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Stadt Würselen mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Würselen geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliederungsvermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Würselen zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Würselen gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Würselen dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.

3.4.1.1 Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH

Basisdaten

Anschrift	Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH Willy-Brandt-Ring 100 52146 Würselen
Gründungsjahr	1992
Telefon	02405/411925
Telefax	02405/411920

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Begrenzung der Haftung für die Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	26,0	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr 2023 bestanden keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Würselen und der Euregio Freizeitbad Würselen Verwaltung GmbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	102	98	5
Umlaufvermögen	131	391	-260	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	6	5	1
				Verbindlichkeiten	22	288	-265
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	131	391	-260	Bilanzsumme	131	391	-260

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	106	104	2
2 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-101	-101	0
3 Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-0	0
4 Ergebnis nach Steuern	5	3	3
5 Sonstige Steuern	-1	0	-1
6 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5	3	2

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	78,1 %	25,0 %	53,1 %
Eigenkapitalrentabilität	4,5 %	2,6 %	1,8 %
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	28,1 %	299,7 %	-271,6 %
Umsatzrentabilität	k.A.	k.A.	k.A.

Personalbestand

Die Euregio Freizeitbad Verwaltungs GmbH beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Ihrem Unternehmenszweck entsprechend hat die Gesellschaft als Komplementärin die persönliche Haftung und die Geschäftsführung der Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG, Würselen, an der sie vermögensmäßig nicht beteiligt ist, übernommen.

Weitere Aktivitäten hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 nicht entfaltet. Eine Ausdehnung des Unternehmenszwecks ist auch derzeit nicht vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein Jahresüberschuss von 4.596,94 € erwirtschaftet.

Chancen und Risiken hängen ausschließlich von der Entwicklung der Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG ab. Es wird auf die dortige Berichterstattung verwiesen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Nürnberg, Claus	Geschäftsführung	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.2 Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG Willy-Brandt-Ring 100 52146 Würselen
Gründungsjahr	1993
Internet	www.aquana.de
Telefon	02405/411925
Telefax	02405/411920

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb eines Freizeitbades mit Sportbecken und Freibad.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung des Schwimmsports für Schulen und Vereine sowie Freizeitgestaltung für die Bevölkerung.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen. Die Erzielung eines zufrieden stellenden Ertrags war hinsichtlich der Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht möglich.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	2.250,0	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Stadt Würselen leistet einen jährlichen Betriebskostenzuschuss. Als Gegenleistung stellt die Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG Zeiten für das Schul- und Vereinsschwimmen bereit. Daneben trägt die Stadt Würselen die Verluste der Gesellschaft, und zwar nach Abzug der Abschreibung und zuzüglich der Tilgung der Kredite.

Der Betriebskostenzuschuss für 2023 betrug 410.315,52 EUR (VJ: 410.315,52 EUR).

Die gezahlte Verlustabdeckung für 2023 betrug 1.453.600,00 EUR (VJ: 1.508.600,00 EUR). Davon sind 456.000,00 EUR als zusätzliche Verlustabdeckung aufgrund von Corona ausgezahlt worden. Es wurden 1.036.937,87 € aus Abrechnungen als Abgrenzungsbuchungen gebucht.

Als Erträge konnte die Stadt Würselen 188.307,19 EUR aus Leistungsbeziehungen, 41.015,96 EUR aus Steuererträgen sowie 55,00 EUR aus sonstigen Erträgen generieren.

Zur Abdeckung des bei der Euregio Freizeitbad veranschlagten nicht durch Eigenkapital gedeckten Verlustanteils der Kommanditistin hat die Stadt Würselen entsprechende Rückstellungen gebildet.

Gebildete Rückstellung für 2023: 316.068,60 € (VJ: 779.354,89 €).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	991	1.043	-52	Eigenkapital	-316	-779	463
Umlaufvermögen	830	644	187	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	134	119	15
				Verbindlichkeiten	2.026	2.369	-343
Aktive Rechnungsabgrenzungen	23	23	-1	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	1	-1
Bilanzsumme	2.159	2.489	-330	Bilanzsumme	2.159	2.489	-330

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Zur Finanzierung des Anlagevermögens hat die Stadt Würselen Bürgschaften bzw. Rechtsgeschäfte, die Bürgschaften wirtschaftlich gleichkommen, gewährt. Der Stand der Bürgschaften zum 31.12.2023 beträgt 622.404,75 €.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	2.884	2.725	159
3 Sonstige betriebliche Erträge	24	16	9
4 Materialaufwand	-1.351	-1.509	159
5 Personalaufwand	-1.745	-1.534	-211
6 Abschreibungen	-201	-293	92
6.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-201	-293	92
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-544	-477	-67
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	-27	27
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-18	0	-18
10 Ergebnis nach Steuern	-949	-1.100	150
11 Sonstige Steuern	-41	-41	0
12 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-990	-1.141	150
13 Erfolgssonderkonten aus Vorjahr	0	-3.310	3.310
14 Einzahlungen im Geschäftsjahr	-1.576	1.421	-2.997
15 Erfolgssonderkonten	-2.566	-3.029	463

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	-14,6 %	-31,3 %	16,7 %
Eigenkapitalrentabilität	313,3 %	146,4 %	166,9 %
Anlagendeckungsgrad 2	-31,9 %	-74,7 %	42,8 %
Verschuldungsgrad	-683,2 %	-319,2 %	-364,0 %
Umsatzrentabilität	-34,3 %	-41,9 %	7,5 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 90 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 84) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Geschäftsverlauf

Der Fehlbetrag 2023 beträgt 990.313,71 €. Dass nach wie vor Verluste erwirtschaftet werden, ist branchenüblich.

Das Geschäftsjahr 2023 wurde besonders bestimmt durch den Abbau der alten und Einbau der neuen Beckenwassertechnik bei laufendem Geschäftsbetrieb. Dies hatte auch eine temporäre Schließung der einzelnen Becken bei Anschluss an die jeweiligen neuen Filterkreisläufe zur Folge. Zur Kompensierung der gestiegenen Energiekosten wurde ein Maßnahmenpaket zur Reduzierung des Energieverbrauchs festgelegt und umgesetzt. Weitere Kostensteigerungen, hier besonders die Personalkosten aufgrund der Anpassung des gesetzlichen Mindestlohns, wurden durch Anpassung der Eintrittspreise soweit im Marktvergleich möglich, ausgeglichen.

Trotz der temporären Beckenschließung und Kostensteigerungen konnte durch die rechtzeitig eingeleiteten Maßnahmen der Umsatz 2023 im Vergleich zu 2022 um ca. 6 % gesteigert und der Verlust um ca. 13 % im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft ist bilanziell überschuldet und aus strukturellen Gründen nicht in der Lage, sämtliche Aufwendungen durch eigene Einnahmen zu decken. Im Berichtsjahr besteht eine Finanzierungslücke in Höhe des nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteils der Kommanditistin in Höhe von 316.068,60 €.

Die Verluste 2023 wurden, wie die Verluste der vergangenen Jahre, durch Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafterin ausgeglichen. In der Sitzung des Rates der Stadt Würselen am 14.12.2017 wurde der Beschluss, die Gesellschaft weiter zu betreiben und die Verluste über den städtischen Haushalt wie bisher abzudecken, mehrheitlich bestätigt.

Eine seitens des Gesellschafters bestätigte Mehrjahresplanung der zu erwartenden Verluste bis einschließlich 2027 liegt vor.

Ausblick Chancen und Risiken

Der Betrieb eines Freizeitbades ist in der Summe über alle Geschäftsbereiche, begründet in seinem öffentlichen Zweck, grundsätzlich defizitär.

Dies ist auch dem einzigen Gesellschafter, die Stadt Würselen, bewusst. Auch in den bisherigen Lageberichten zu den Jahresabschlüssen wurde darauf hingewiesen, dass jährliche Ausgleichszahlungen in Höhe der liquiditätswirksamen Verluste, einschließlich Investitionsausgaben und Tilgungen Voraussetzung für die Fortführung des Geschäftsbetriebes sind.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2023 ist durch die Investition in die neue Beckenwassertechnik, den gestiegenen Energie- und Personalkosten gekennzeichnet. Die seit 2019 eingeleitete Unternehmensstrategie das Aquana im Freizeitbad- und Saunabereich wieder zu einer bekannten und für den Gast auch zu einer attraktiven Marke im Sport- und Freizeitbereich aufzubauen bei gleichzeitiger Steigerung der Fachkompetenz als Anbieter einer eigenen Schwimmschule, für Vereins-, Schulschwimmen sowie für verschiedene Sportvereine konnte nach der mehrjährigen Corona bedingten Unterbrechung im Jahr 2023 wieder aufgenommen und durch eine Vielzahl von Maßnahmen weiter entwickelt werden. Die Entwicklung der Besucherzahlen (+6,8% um Vergleich zu 2022) bestätigen, dass diese Unternehmensstrategie positiv von den Gästen angenommen wird.

Im ersten Quartal 2024 wird die Sanierung der Beckenwassertechnik zum Abschluss gebracht. Als weitere Sanierungsmaßnahme steht dann die Erneuerung der Lüftungstechnik an. Konzeptentwicklung und Ausschreibung sind für das Jahr 2024 vorgesehen. In diesem Zusammenhang ist auch die Erarbeitung eines nachhaltigen Energiekonzeptes unter Nutzung regenerativer Energieversorgung vorgesehen. Mit diesen Maßnahmen werden die Voraussetzungen für eine mittel- und langfristige Nachhaltigkeit sowie für die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit geschaffen. Für 2024 wird maximal ein Fehlbetrag in vergleichbarer Höhe zum Vorjahr erwartet.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Nürnberg, Claus	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Vorsitzender Stadt Würselen	
Benja, Michaela Qualitätsmanagementbeauftragte	Stadtverordnete(r) UWG	
Claßen, Melanie Leitung Rechnungswesen	Stadtverordnete(r) CDU	
Dumke, Andreas Math. Techn. Assistent	Stadtverordnete(r) SPD	
Janas, Erwin Rentner/Minijober	Stadtverordnete(r) SPD	
Kurmann, Jörg Pflegedirektor	Stadtverordnete(r) SPD	
Mimberg, Marietheres Unternehmensberaterin	Stadtverordnete(r) B90/Die Grünen	
Tremöhlen, Heike Hauswirtschaftsleitung	Stadtverordnete(r) CDU	
Woltery, Lukas Kfm. Leitung/Steuerberater	Stadtverordnete(r) CDU	
Kaminski, Rebecca Studentin der Rechtswissenschaft	Sachkundige(r) Bürger(in) SPD	
Tirtey, Balthasar Polizeibeamter	Sachkundige(r) Bürger(in) CDU	
Wetzstein, Wolfgang Laborleitung	Sachkundige(r) Bürger(in) B90/Die Grünen	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 41,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1993 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.3 Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs- GmbH Klosterstr. 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1995
Internet	www.sew-wuerselen.de
Telefon	02405/671501
Telefax	02405/49939-400

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel ist die Begrenzung der Haftung für die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG.
Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	26,0	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr 2023 bestanden keine wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen zwischen der Stadt Würselen und der Stadtverwaltung Würselen Verwaltungs- GmbH.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	83	79	3
Umlaufvermögen	120	106	13	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	12	11	1
				Verbindlichkeiten	25	16	9
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	120	106	13	Bilanzsumme	120	106	13

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs-GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	1	1	0
2 Sonstige betriebliche Erträge	267	147	120
3 Personalaufwand	-262	-144	-118
4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2	-3	1
5 Erträge aus Beteiligungen	0	1	-1
6 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1	-0	-0
7 Ergebnis nach Steuern	3	2	2
8 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3	2	2

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	69,2 %	74,6 %	-5,4 %
Eigenkapitalrentabilität	4,2 %	2,3 %	1,9 %
Anlagendeckungsgrad 2	k.A.	k.A.	k.A.
Verschuldungsgrad	44,6 %	34,1 %	10,4 %
Umsatzrentabilität	266,6 %	141,0 %	125,6 %

Personalbestand

Das Unternehmen beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein Jahresüberschuss von 3.466,37 € erwirtschaftet.

Chancen und Risiken hängen ausschließlich von der Entwicklung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG ab. Es wird auf die dortige Geschäftsentwicklung verwiesen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Knisch, Marc	Geschäftsführung	
Pasderski, Dr. Edgar	Geschäftsführung	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.4 Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG Klosterstr. 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1995
Internet	www.sew-wuerselen.de
Telefon	02405/671501
Telefax	02405/49939-400

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen in Kooperation mit der Zukunftsinitiative im Aachener Raum (ZAR e.V.), mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Aachen GmbH und mit der AGIT - Aachener Gesellschaft für Innovations- und Technologietransfer mbH unter Beachtung der regionalen Strukturentwicklungsplanung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Kreises Aachen.

Zu diesem Zweck ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt,

- die Stadt Würselen in Fragen der örtlichen und überörtlichen Planung zu beraten und zu unterstützen,
- in Abstimmung mit der Stadt Würselen das Grundstücksmanagement zu betreiben und insbesondere stadtentwicklungsrelevante Flächen zu erwerben, zu überplanen, zu erschließen, zu bebauen und zu vermarkten,
- sich zur Erreichung ihres Zwecks an anderen Gesellschaften zu beteiligen.

Zweck der Beteiligung ist auch die Durchführung von Kulturveranstaltungen aller Art. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Die Gesellschaft kann sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen, deren Vertretung übernehmen oder Zweigniederlassungen errichten.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel ist die Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen sowie Gewährleistung der Durchführung von Kulturveranstaltungen in Würselen. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	11.535,0	100,00

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG	3.012,6	50,00
GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energien mbH	18,8	3,00
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	14,3	25,01
Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH	12,8	50,00
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH	12,6	50,00
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	2,6	10,00
Bauland Würselen GmbH & Co. KG	1,0	50,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr 2023 hat die Stadt Würselen 291.773,44 EUR Erträge von der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG erhalten, welche aus Leistungsbeziehungen resultieren. Die Aufwendungen in Höhe von 820.267,46 EUR setzen sich zusammen aus den monatlichen Abschlägen der Stadt Würselen an die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG in einer Gesamthöhe von 571.200,00 EUR, sowie einer Nachberechnung für das Jahr 2022 in Höhe von 58.609,40 EUR und 177.020,85 EUR aus Mietzahlungen.

In Höhe von 238.770,12 EUR wurden die als Rückstellung gebildeten Entsorgungskosten für Kesselsgracht an die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG ausgezahlt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	20.967	18.317	2.650	Eigenkapital	12.809	9.803	3.005
Umlaufvermögen	6.999	7.150	-152	Sonderposten	17	0	17
				Rückstellungen	392	406	-14
				Verbindlichkeiten	14.743	15.263	-519
Aktive Rechnungsabgrenzungen	11	10	1	Passive Rechnungsabgrenzungen	15	6	10
Bilanzsumme	27.976	25.478	2.499	Bilanzsumme	27.976	25.478	2.499

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Zur Finanzierung des Anlagevermögens hat die Stadt Würselen Bürgschaften bzw. Rechtsgeschäfte, die Bürgschaften wirtschaftlich gleichkommen, gewährt. Der Stand der Bürgschaften zum 31.12.2023 beträgt 17.912.500,00 €.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	2.769	3.178	-409
2 Sonstige betriebliche Erträge	101	195	-94
3 Materialaufwand	-278	-913	636
4 Personalaufwand	-709	-634	-76
5 Abschreibungen	-2.024	-385	-1.639
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.051	-1.327	-724
7 Erträge aus Beteiligungen	0	5	-5
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	60	30	30
9 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-2	-1	-1
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-232	-105	-127
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	4	-11	15
13 Ergebnis nach Steuern	-2.363	31	-2.394
14 Sonstige Steuern	-1	-0	-0
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2.364	31	-2.395
16 Belastung auf Kapitalkonten	2.364	0	2.364
17 Bilanzgewinn	0	31	-31

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	45,8 %	38,5 %	7,3 %
Eigenkapitalrentabilität	0,0 %	0,3 %	-0,3 %
Anlagendeckungsgrad 2	61,1 %	53,5 %	7,6 %
Verschuldungsgrad	118,2 %	159,8 %	-41,7 %
Umsatzrentabilität	0,0 %	1,0 %	-1,0 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 14) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Branchenkonjunktur

Gem. Statistischem Bundesamt nahm der Umsatz im Bauhauptgewerbe im Jahre 2023 für den Zeitraum Januar bis September 2023 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3,6% ab, der Auftragseingang (real, kalender- und preisbereinigt) gar um 5,6%. Die Anzahl der Baugenehmigungen ging laut den Angaben des Statistischen Bundesamts bei Einfamilienhäusern um 37,8%, bei den Zweifamilienhäusern um 52,5% und bei Mehrfamilienhäusern um 28,0% zurück.

(Quelle: [destatis.de/DE/Presse/Prssemittelungen/2023/10/PD23_412_3111.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Prssemittelungen/2023/10/PD23_412_3111.html); m.w.N.)

Auch im Jahre 2023 wurde die Bauwirtschaft wie 2022 von den Auswirkungen des Ukrainekrieges beeinflusst. Ebenso wirkten sich die stark gestiegenen Energiepreise sowie die Inflation negativ aus. Gem. ifo – Institut sah die reale Entwicklung der Baubranche von Januar bis September 2023 wenig rosig aus. Im Oktober 2023 waren 22,2 Prozent der befragten Unternehmen von Stornierungen im Wohnungsbau betroffen.

(Quelle: <https://www.ifo.de/fakten/2023-11-06/auftragsstornierungen-im-wohnungsbau-erreichen-neuen-hoehsstand>)

Wettbewerbssituation

Bedingt durch das knappe Angebot an Wohnbauflächen innerhalb des Hoheitsgebietes der Stadt Würselen ist bei der planerischen Entwicklung von Wohnbauland durch die SEW vom Grundsatz her eher keine Wettbewerbssituation mit Dritten gegeben. Bereits im Jahr 2022 zeichnete sich eine solche jedoch in drei Ortsbereichen ab: Im sogenannten „Singerlande“ (Stadtmitte), auf dem ehemaligen Betriebsgrundstück „Kinkartz“ (Broichweiden) sowie auf dem „Kronenbrotgelände“ (ebenfalls Broichweiden bzw. Linden-Neusen). In den genannten Gebieten planen jeweils private Grundstückseigentümer größere Wohnbausiedlungen. Das Singergrundstück weist zudem eine innerstädtische 1A-Lage auf. Aber selbst für den Fall, von dem allerdings auszugehen ist, dass die Großflächen zukünftig als Wohngebiet komplett oder größtenteils ausgewiesen werden sollten, ist von einer nennenswerten Beeinträchtigung hierdurch bei der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens nicht auszugehen. Weiterhin kann sowohl überregional als regional von einer stabilen Nachfrage nach Wohnraum ausgegangen werden. Insbesondere gilt dies für bezahlbaren Wohnraum (Sozialwohnungen). Genau in diesem Sektor engagiert sich die SEW zunehmend. Aber auch hier gilt es, wie bereits ob ausgeführt, die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung abzuwarten. Gerade die allgemeine Zinsentwicklung führt dazu, dass Verbraucher zurückhaltender reagieren. Im Hinblick auf „Sozialwohnungen“ bzw. öffentlich geförderten Wohnraum ist festzuhalten, dass gem. Beschlusslage des Rates der Stadt Würselen 33% des Wohnraums als öffentlich geförderter Wohnraum bereit zu stellen sind. Durch eine diesbezügliche Deckelung der Mietpreise und gleichzeitig steigenden Bau- und Finanzierungskosten wird es immer schwieriger, diesen öffentlichen Auftrag „wirtschaftlich realisierbar für die SEW“ umzusetzen. Ohne öffentliche Fördermöglichkeiten wäre dieser Auftrag gar nicht zu erfüllen bzw. wirtschaftlich darstellbar, so dass es einer ständigen Neubewertung im Einzelfall bedarf.

Da neben der SEW von fremden Dritten keine Gewerbegebiete entwickelt werden, ist hier innerhalb des Stadtgebietes keine Wettbewerbssituation gegeben. Bei der regionalen und überregionalen Betrachtung des Wohnungs- und des Gewerbemarktes entstehen Konkurrenzsituationen mit anderen Anbietern. Hier spielen die räumliche Nähe zum Oberzentrum und die verkehrsgünstige Lage der Stadt Würselen eine weitere entscheidende positive Rolle für die Entwicklungsmaßnahmen der SEW.

Eine besondere Wettbewerbssituation ist für die Durchführung der Kulturveranstaltungen auf der Freilichtbühne Burg Wilhelmstein gegeben, da diese grundsätzlich in Konkurrenz zu anderen Spielstätten steht. Als regionales Alleinstellungsmerkmal ist jedoch der Standort der Burg, deren Ausbau als Freilichtbühne und deren allgemein geschätztes Ambiente anzusehen. Im Jahre 2023 ist als weitere Spielstätte das „Alte Rathaus“ / Würselen hinzugekommen mit einer maximalen Auslastung von 199 Zuschauern pro Veranstaltung.

Marktstellung des Unternehmens

Innerhalb des Stadtgebietes Würselens kommt der SEW eine herausgehobene Marktstellung zu, da sie die städtischen Aufgaben der Wirtschaftsförderung und Liegenschaften für die Stadt wahrnimmt.

Auch bei den stadtentwicklungsrelevanten Aktivitäten der Gesellschaft ist eine besondere Marktstellung gegeben, da auch hier das Zusammenwirken zwischen der Stadt selbst und dem Entwicklungsträger von herausgehobener Bedeutung ist.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2023 hat die Stadtentwicklungsgesellschaft ihre ursprünglich im Wirtschaftsplan vom 24.11.2022 zum Wirtschaftsjahr 2023 vorgegebenes Ziel (damalig kalkuliertes Gesamtergebnis von einem Defizit i.H. TEUR 248,3) mit dem tatsächlichen Jahresdefizit von TEUR 2.364 verfehlt. Die Umsatzerlöse lagen im Geschäftsjahr bei 2,769 Mio. € gegenüber 3,177 Mio. € im Vorjahr. Die periodenfremden Erträge lagen wie im Vorjahr bei TEUR 9. Der Aufwand für Personal stieg erneut im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr signifikant. Lagen die Personalkosten im Vorjahr bei 633 TEUR, so stiegen diese auf 707 TEUR. Dies ist einerseits auf den Abschluss des neuen Tarifvertrages des öffentlichen Dienstes zurückzuführen und den damit einhergehenden und vereinbarten Gehaltserhöhungen, andererseits auf die Neueinstellung eines Kollegen auf Vollzeitbasis, der auf eine wegfallende Teilzeitstelle folgte. Die Abschreibungen i.H.v. 2.024 TEUR lagen über dem Vorjahresniveau von 384 TEUR. Enthalten ist hier eine außerplanmäßige Abschreibung auf die Beteiligung an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG in Höhe von 1.705 T€. Erläuterungen hierzu sind der Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu entnehmen. Der Aufwand für Versicherungen und Beiträge belief sich mit 86 TEUR in etwa auf dem Vorjahresniveau. Die Objekte Kaiserstr. 114 bis 118 wurden entgegen dem Wirtschaftsplan aus November 2022 für 531 TEUR außerplanmäßig im Laufe des Jahres 2023 renoviert. Grund war, dass die Gesellschafterin dringend Wohnraum für Flüchtlinge benötigte. Allerdings wurde ein Mietvertrag über 5 Jahre mit der Stadt Würselen benötigt. Allerdings wurde ein Mietvertrag über 5 Jahre mit der Stadt Würselen abgeschlossen, wobei die angefallenen Renovierungskosten auf 5 Jahre verteilt auf die Miete aufgeschlagen wurden. Unabhängig davon ergibt sich für das Jahr 2023 ein Einmaleffekt. À la longue, d.h. über den Zeitraum von 5 Jahren, ist die Investition jedoch rentierlich. Die angesprochenen Sanierungsmaßnahmen bzw. deren Kosten sind jedoch auch mit ein Grund, warum das ursprüngliche Ziel von 248,3 TEUR nicht erreicht wurde. Abzüglich anteilig vereinnahmter Miete für 2023 für die Kaiserstraße von gerundet 30 TEUR wäre das Defizit theoretisch um 500,00 TEUR zu reduzieren gewesen.

Eine Abweichung zeigte sich im Vergleich zum Vorjahr erneut bei der Position „Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren“. Hier sank die Position von 1,19 Mio. EUR (2021) auf 913 TEUR im Jahre 2022 auf nunmehr 278 TEUR im Jahre 2023.

Die Raumkosten stiegen signifikant wegen der oben erwähnten Renovierungsarbeiten, aber auch wegen weiterhin steigender Energiekosten von 258 TEUR auf 829 TEUR. Bei „Personalaufwand Verwaltungs GmbH“ ist eine Erhöhung von 143 TEUR auf 262 TEUR zu verzeichnen. Bekanntlich war zum Oktober 2022 ein zweiter Geschäftsführer eingestellt worden, dessen Personalkosten erstmalig in Gänze im Jahre 2023 zum Tragen kamen. Ein weiterer Anstieg liegt bei den Fremdleistungen im Kulturbereich von 494 TEUR auf 554 TEUR vor. Dem Anstieg des Aufwands bei der Kultur steht allerdings spiegelbildlich ein gesteigerter Umsatzerlös von 658 TEUR (2022) auf 744 TEUR gegenüber, so dass im Teilbereich „Kultur“ ein Jahresfehlbetrag von 71 TEUR hingenommen werden muss. Dies ist mit Abstand der geringste Jahresfehlbetrag nach 2022 im Bereich Kultur seit Jahren, wobei zu berücksichtigen ist, dass im Jahre 2022 außerplanmäßig Coronahilfen in Höhe von über 98 TEUR gewährt wurden und auch keine zuschauerabhängige Miete für die Erweiterungsfläche anfiel. Unter den Bedingungen des Jahres 2022 wäre theoretisch sogar ein Plus von ca. 50 TEUR / 60 TEUR erwirtschaftet worden.

Die Mieterträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 47 TEUR auf knapp 616 TEUR gestiegen. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die Vermietung der Objekte Kaiserstraße zurückzuführen.

Die Erträge aus dem bestehenden Vertrag der SEW mit der Stadt Würselen zur Umsetzung der städtischen Liegenschafts- und Wirtschaftsförderungsaufgaben mit einem Jahresnettoertrag sind von 469 TEUR auf 594 TEUR gestiegen.

Aufgrund von Flächenzu- und -abgängen im Berichtsjahr hat sich der Grundstücksbestand des Umlaufvermögens von 192.821 qm (2022) auf 188.427 qm (2023) geringfügig geändert.

Die aus dem Gesellschaftsvertrag der SEW resultierenden Verpflichtungen zur Einhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr 2023 erfüllt, da in diesem Jahr die Aufgaben der SEW wiederum insbesondere Aktivitäten im Bereich der Kultur und Wirtschaftsförderung sowie der Wohnraumversorgung umfassten.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Analyse der Vermögenslage

Das Anlagevermögen der Gesellschaft erhöhte sich von 18,320 Mio. € im Vorjahr auf 20,967 Mio. € im Berichtsjahr. Dies ist im Wesentlichen auf die Fertigstellung der Objekte Kesselsgracht zurückzuführen. Weitere nennenswerte Verschiebungen zu den Vorjahreswerten ergaben sich bei den Sachanlagen insbesondere bei der Position „geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau“, die sich auf 0,0 EUR von 2,087 Mio. € verringerte. Auch dies steht im Zusammenhang mit der Fertigstellung der Objekte Kesselsgracht. Dem gegenüber steht die außerplanmäßige Abschreibung auf die Beteiligung an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG in Höhe von 1,7 Mio. EUR.

Die Geschäftsausstattung erhöhte sich erneut leicht von 28 TEUR auf 30 TEUR. Das Vorratsmögen verringerte sich erneut. Lag dieses im Jahre 2019 noch bei 5,282 Mio. €, im Jahre 2021 bei 4,842 Mio. EUR und im Vorjahr bei 4,040 Mio. €, so betrug es sich im Berichtsjahr 3,760 Mio. EUR.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände der Gesellschaft erhöhten sich von 2,232 Mio. EUR auf 2,497 Mio. EUR. Hierbei war bei der Position „Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ ein Anstieg von 1,156 Mio. EUR auf 1,536 Mio. EUR zu verzeichnen. Dies steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Gewährung weiterer Darlehen an die FAM GmbH (nunmehr Forschungsflugplatz Würselen – Aachen GmbH) i.H.v. 377 TEUR.

Der Kassenbestand der SEW verringerte sich im dritten Jahr hintereinander von 1,705 Mio. € (2020) auf 1,364 Mio. € (Vorjahr) über 877 TEUR (2022) auf nunmehr 741 TEUR.

Das Gesamtvermögen der Gesellschaft erhöhte sich insgesamt um rd. 2,5 Mio. EUR durch die vorgenannten Maßnahmen von rd. 25,47 Mio. EUR auf 27,97 Mio. EUR.

Das Eigenkapital der SEW verringerte sich im Wirtschaftsjahr 2023 von rund 9,8 Mio. EUR auf 12,8 Mio. EUR. Hier ist der Anstieg in erster Linie auf die Erhöhung der Kommanditeinlage, die wiederum im Zusammenhang mit der Finanzierung des Projektes „Gewerbegebiet Flugplatz Merzbrück“ steht, zurückzuführen. Demgegenüber steht der Jahresfehlbetrag von rd. 2,3 Mio. EUR.

Die Verbindlichkeiten stiegen in den letzten Jahren kontinuierlich an. Im Jahre 2019 lagen die Verbindlichkeiten noch bei 10,234 Mio. EUR, im Jahre 2020 bei 10,723 Mio. EUR, im Jahre 2021 bei 10,991 Mio. EUR und im Vorjahr bei 15,2 Mio. EUR. Erstmals konnte nach Jahren des Anstiegs wieder ein leichter Rückgang verzeichnet werden auf 14,74 Mio. EUR.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten lagen im Vergleich zum Vorjahr (10,865 Mio. EUR) nahezu konstant bei 10,76 Mio. EUR. Dies ist für das Berichtsjahr positiv zu erwähnen, da durch das stetige Ansteigen des Leitzinses der EZB und damit eingehender Erhöhung der Kontokorrentzinsen auf den Projektkonten kein Anwachsen zu verzeichnen war.

	Bilanz zum 31.12.2023		Bilanz zum 31.12.2022		Veränderung zum Vorjahr
	T€	%	T€	%	T€
AKTIVA					
Sachanlagen	16.312	58,31	11.961	42,75	4.351
Finanzanlagen	4.655	16,64	6.356	24,95	-1.701
Verbund- / Beteiligungsforderungen	1.486	5,31	1.125	4,42	361
<i>Lang- und mittelfristig gebundenes Vermögen</i>	<i>22.453</i>	<i>80,26</i>	<i>19.442</i>	<i>72,12</i>	<i>3.011</i>
Vorräte	3.760	13,44	4.041	15,86	-281
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	97	0,35	81	0,32	16
Verbund- / Beteiligungsforderungen	50	0,18	31	0,12	19
Forderungen gegen Gesellschafter	803	2,87	915	3,59	-112
sonstige Vermögensgegenstände	61	0,22	80	0,31	-19
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	741	2,65	877	3,44	-136
<i>Kurzfristig gebundenes Vermögen</i>	<i>5.512</i>	<i>0,20</i>	<i>6.025</i>	<i>0,24</i>	<i>-513</i>
Rechnungsabgrenzungsposten	11	0,04	10	0,04	1
	27.976	100,00	25.477	100,00	2.499
PASSIVA					
Kapitalanteile Kommanditisten	9.171	32,78	3.135	14,35	3.000
Rücklagen	3.637	13,00	7.202	32,96	-3.565
Jahresüberschuss	0	0,00	57	0,26	-26
Sonderposten (50 %)	9	0,03	0	0,00	9
<i>Eigenkapital</i>	<i>12.817</i>	<i>45,81</i>	<i>9.803</i>	<i>38,48</i>	<i>3.014</i>
Sonderposten (50 %)	9	0,03	0	0,00	9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.675	16,71	2.618	10,27	2.057
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	3.109	11,11	3.144	12,34	-35
<i>Langfristiges Fremdkapital</i>	<i>7.793</i>	<i>27,85</i>	<i>5.762</i>	<i>22,61</i>	<i>2.031</i>
Rückstellungen	392	1,40	406	1,59	-14
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.083	21,74	8.248	32,37	-2.165
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	12	0,04	10	0,04	2
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	589	2,10	1.028	4,04	-439
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften	197	0,70	178	0,01	19
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	33	0,12	1	0,00	
sonstige Verbindlichkeiten	44	0,16	36	0,14	8
<i>Kurzfristiges Fremdkapital</i>	<i>7.350</i>	<i>26,26</i>	<i>9.907</i>	<i>38,19</i>	<i>-2.557</i>
Rechnungsabgrenzungsposten	15	0,06	6	0,02	9
	27.976	100,00	25.477	100,00	2.499

Analyse der Ertragslage

Auch für das Wirtschaftsjahr 2023 gilt wie in den Vorjahren, dass die Grunderträge aus der Wahrnehmung städtischer Aufgaben und aus Vermietungen nicht ausreichen, um den laufenden Aufwand zu tragen.

Der Erwerb, die Entwicklung und der Verkauf von Grundstücken ist daher weiterhin aktuell notwendig, um positive Jahresergebnisse zu erzielen. Die Geschäftsführung sieht es weiterhin als dringend notwendig an, zukünftig mehr Ertrag beispielsweise durch Mieteinnahmen zu generieren. Dies bedeutet aber zugleich eine Ausweitung bzw. Ausbau der Bestandsimmobilien. Erste Schritte hierzu sind durch das Bauvorhaben Kesselsgracht gemacht worden, die Ende 2023 fertig gestellt wurden und mit Beginn des Jahres 2024 der Vermietung zugeführt werden konnten.

Durch die unter „Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses“ dargestellten Maßnahmen bzw. Ereignisse konnte letztlich noch ein Jahresverlust in Höhe von 2,3 Mio. EUR erzielt.

	01.01. 31.12.2023		01.01. 31.12.2022		Veränderung zum Vorjahr T€
	T€	%	T€	%	
Umsatzerlöse	2.769	100,00	3.178	100,00	-409
= Gesamtleistung	2.769	100,00	3.178	100,00	-409
- Materialaufwand	278	10,04	913	28,73	-635
= Rohergebnis	2.491	89,96	2.265	71,27	226
+ sonstige betriebliche Erträge	101	3,65	195	6,14	-94
- Personalaufwand	709	25,60	634	19,95	75
- Abschreibungen	2.024	73,09	385	12,11	1.639
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.051	74,07	1.327	41,76	724
- Sonstige Steuern	1	0,04	0	0,00	1
= Betriebsergebnis	-2.193	-79,20	114	3,59	-2.307
+/- Beteiligungs-/Finanzergebnis	-175	-6,32	-72	-2,27	-103
= Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2.368	-85,52	42	1,32	-2.410
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4	-0,14	11	0,35	-15
= Jahresergebnis	-2.364	-85,37	31	0,98	-2.395

Finanzlage

	31.12.2023
	<u>T€</u>
Jahresfehlbetrag	-2.364
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.024
Abnahme der Rückstellungen	-14
Zunahme Sonderposten	18
Abnahme der Vorräte	281
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-16
Zunahme der Forderungen gegen Gesellschafter	112
Abnahme der Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-380
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	19
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-439
Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (ohne Darlehen)	14
Abnahme der erhaltenen Anzahlungen	3
Zunahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	32
Zunahme der Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	<u>18</u>
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>-692</u>
Anlagenabgänge zu Buchwert	38
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-4.708
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	<u>-4</u>
Investitionstätigkeit	<u>-4.674</u>
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	5.400
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-31
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten (Rahmenvertrag)	3.874
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-3.981
Auszahlungen aus der Tilgung der Gesellschafterdarlehen	<u>-32</u>
Finanzierungstätigkeit	<u>5.230</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	877
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>-136</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>741</u>

Der Bürgschaftsrahmen, den die Stadt Würselen der SEW gewährt hat, beläuft sich auf rd. 18,240 Mio. EUR zum Jahresende 2023. Mit diesem Bürgschaftsrahmen werden weitgehend die Fremdfinanzierungen des Umlaufvermögens abgesichert. Bereits seit längerer Zeit bedient sich die SEW zur Finanzierung des Anlagevermögens vermehrt der Inanspruchnahme von Grundschulden. Die mögliche Höhe einer Inanspruchnahme des Rahmenkredits bei der VR Bank beläuft sich auf 17,91 Mio. EUR. Davon waren zu Dezember 2021 insgesamt 4,164 Mio. EUR, zum 31.12.2022 insgesamt 8,094 Mio. EUR und zum 31.08.2024 insgesamt 11,23 Mio. € in Anspruch genommen worden. Dies ist um ca. 200 TEUR weniger als im Vergleichszeitpunkt August 2023.

Dies bedeutet, dass beim städtischen Bürgschaftsrahmen derzeit noch ein Freiraum von rd. 7,0 Mio. € gegenüber ca. 6,8 Mio. EUR im Vorjahr besteht. Trotz dieser eindeutig, über die Jahre hinweg negativen Entwicklung sieht die Geschäftsführung noch keine Liquiditätsengpässe bei der Stadtentwicklungsgesellschaft.

Gesamtaussage

Gemessen am Gesamtergebnis konnten die im ursprünglichen Wirtschaftsplan von November 2022 festgehaltenen Ziele nicht erreicht werden. Die Wirtschaftsplanung im November 2022 für das Wirtschaftsjahr 2023 wies einen Jahresverlust von „nur“ 248,3 TEUR aus. Der Jahresverlust lag indes bei

2,3 Mio. EUR. Bei der ursprünglichen Planung wurde in der Sparte „Stadtentwicklung“ mit einem negativen Teilergebnis von gerundet 50 TEUR gerechnet und im Bereich Kultur mit einem negativen Teilergebnis von ca. 198,3 EUR. Letztendlich fiel das Teilergebnis „Stadtentwicklung“ mit ca. minus 2.292 TEUR höher als kalkuliert aus, weil zum Einen, außerplanmäßig 531 TEUR in die Instandsetzung der Immobilien Kaiserstraße investiert wurden und zum Anderen eine außerplanmäßige Abschreibung auf die Beteiligung an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG vorgenommen wurde. Ohne diese Sondereffekte wäre in etwa das Planziel im Bereich Stadtentwicklung erreicht worden. Erfreulicherweise fiel das Defizit im Kulturbereich statt prognostizierter 198,3 TEUR mit nur knapp 71 TEUR geringer aus als prognostiziert.

In den Vorjahren war die Geschäftsführung noch davon ausgegangen, dass es aus der Beteiligung an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG (AKM GmbH & Co. KG; kurz: AKM) mittelfristig Beteiligungserträge für die SEW zu erwarten seien. Diese Einschätzung gibt die Geschäftsführung nunmehr komplett auf. Aufgrund des Wirtschaftsplan der AKM vom 13.12.2023 ist aktuell nicht davon auszugehen, dass AKM bis zum geplanten Ende (2037) der Erschließung und Veräußerung der Gewerbegrundstücke im Bereich Merzbrück ausreichende Gewinn mit branchenüblicher Rendite erwirtschaftet und zum jetzigen Planungszeitpunkt das Projekt „Erschließung und Vermarktung Gewerbegebiet Merzbrück (AEROPARK I – III) insgesamt mit einer „schwarzen Null“ abschließt. Für das Geschäftsjahr 2023 hat die AKM darüber hinaus aufgrund verlustfreier Bewertung des Vorratsvermögens eine Abschreibung auf die aktivierten Bestände vornehmen müssen. Vor den genannten Hintergründen ist auch die Werthaltigkeit der Gesellschaftsanteile der SEW an der AKM neu zu bewerten. Die Geschäftsführung hat für die Beteiligung daher einen beizulegenden Wert auf den 31. Dezember 2023 nach dem Gebot des Vorsichtsprinzips und des Gläubigerschutzes vorsichtig geschätzt. Da der beizulegende Wert unterhalb der historischen Anschaffungskosten der AKM liegt, war eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 1,705 Mio. EUR vorzunehmen. Die Schätzung basiert auf der Annahme, dass die SEW Ende 2037 nur in voller Höhe ihre Einlage zurückerhält. Weitere Rückflüsse aus der Beteiligung sind nicht zu erwarten, sodass vor dem Hintergrund des Vergleichs in eine alternative Anlage keine adäquate Renditeforderung erwirtschaftet werden kann.

Vor dem Hintergrund des Gläubigerschutzes muss die Geschäftsführung auch zukünftig die Werthaltigkeit der Beteiligung jährlich überprüfen. Die Bewertung muss dabei den allgemeinen Rechnungslegungsgrundsätzen bei der Bewertung von Beteiligungen und sonstigen Unternehmensanteilen für die Zwecke eines handelsrechtlichen Abschlusses genügen. Die Geschäftsführung prüft, ob die Durchführung durch einen externen Gutachter erforderlich ist.

Prognosebericht, Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Unter Berücksichtigung der bisherigen Geschäftspolitik der SEW und der getroffenen Entscheidungen bei der Stadt Würselen zur möglichen Entwicklung von neuen Wohnbauarealen kann die zukünftige Entwicklung der SEW weiterhin grundsätzlich positiv beurteilt werden, bedarf jedoch wie im Vorjahr aus nachfolgenden Gründen einer kritischen Betrachtung.

Zunächst bietet die Kooperation der SEW mit der GWG bei den Wohnbauprojekten im Bereich der Kesselsgracht und der Bardenberger Str. / Von – Goerschen – Str. die Chance, den Eigenbestand an vermietbarem Wohnraum nennenswert zu erweitern, um mittelfristig einen erhöhten Deckungsbeitrag durch Mieteinnahmen zu generieren. Dies ist bei dem Objekt „Kesselsgracht“ im Rahmen des gesetzten Zeit- und Investitionsplans gelungen. Die gemeinsamen Planungen der GWG und der SEW zum Projekt „Bardenberger Str. / Von – Goerschen – Str.“ mussten jedoch schon aufgrund der Zins- und Baupreisentwicklung geändert werden. Da der Abschluss des B – Planverfahrens zum Areal sich immer wieder verzögerte und sich über Jahre hinzog, kamen die Geschäftsführung der GWG und der SEW im Frühsommer 2023 darin überein, dass die Umsetzung der bisherigen Planungen vor dem Hintergrund der oben aufgezeigten Entwicklungen nicht mehr wirtschaftlich darstellbar seien und eine Überplanung daher geboten sei. Ursprünglich geplant war eigentlich eine Fertigstellung schon vor Jahren.

Die Neuplanungen führen nun dazu, dass der B – Plan erneut geändert werden muss. Nach Aussage der Verwaltung wäre eine Rechtskraft des neuen B – Plans wegen Personalmangels aber frühestens im nächsten Jahr zu erwarten.

Neben den wiederkehrenden jährlichen Ertragsgrundlagen wird die SEW auch im Geschäftsjahr 2024 Erträge aus der Grundstücksvermarktung erzielen (vgl. hierzu obige Ausführungen). Nach dem letzten aktuellen, fortgeschriebenen Wirtschaftsplan (07.11.2024) wird ein Verlust von 132,8 TEUR prognostiziert. Hierbei entfällt ein Defizit in Höhe von 89,3 TEUR auf den Bereich Kultur und ein Defizit in Höhe von 43,5 TEUR auf den Bereich Stadtentwicklung.

Nach Abschluss der Freiluftsaison der Burg Wilhelmstein (die Spielstätte Altes Rathaus wird noch bis einschließlich Dezember bespielt) ist allerdings jetzt schon absehbar, dass dieses Defizit geringer ausfallen wird. Dahingegen hängt das Erreichen des Ziels für den Bereich Stadtentwicklung noch davon ab, dass noch eingeplante Grundstücksverkäufe auch tatsächlich ertragswirksam im Jahr 2024 noch abgeschlossen werden können.

Wie oben ausgeführt, ist der Kreditrahmen mit ca. 11,4 Mio. EUR in Anspruch genommen worden. Im Vergleich hierzu lag die Inanspruchnahme im Jahre 2020 nur bei 4,1 Mio. EUR. Bis September 2022 betrug der Zinssatz nur 0,2 %. Dies führte in der Vergangenheit zu einem jährlichen Zinsaufwand von ca. 8,2 TEUR (bezogen auf 4,1 Mio. EUR), der letztlich bei der Gesamtbilanzsumme bzw. bei den sonstigen Aufwandspositionen als unwesentlich betrachtet werden konnte. Anders sieht es im Geschäftsjahr aus. Zwar hat sich der Zinssatz stabilisiert und liegt aktuell (August 2024) bei 3,83 %. In der Vergangenheit konnte die Differenz von ca. 200 TEUR zwischen jährlich wiederkehrendem Ertrag und Aufwand bei geringem Zinsaufwand durch Grundstücksvermarktung aufgefangen werden. Allein durch die steigende Zinslast bei einem variablen Zinssatz, wobei dieser Umstand als gesondertes Problem anzusehen ist, vergrößert sich die Differenz nunmehr im gleichen Maße wie die steigende Zinslast. Dies hat natürlich unmittelbare Auswirkungen auch auf die Liquiditätslage der Gesellschaft.

Die Geschäftsführung sieht aber in dem Bereich für das Jahr 2024 eine leichte Entspannung der oben beschriebenen Lage aus nachfolgenden Gründen. Gemäß Aufsichtsratsbeschluss erfolgte die Zwischenfinanzierung der Objekte Kesselsgracht zunächst über das sog. Projektkonto, also durch die Inanspruchnahme des Rahmenkredits. Die Anschlussfinanzierung sah 4 Darlehen vor: Ein Darlehen über 2,24 Mio. EUR zu 3,02 %, ein Darlehen über 961 TEUR zu 2,92 %, ein Darlehen über 1,593 Mio. EUR zu 0,5 % (und Tilgungsnachlass 430 TEUR) und letztlich ein Darlehen über 984 TEUR zu 0,5 % (Tilgungsnachlass 265 TEUR). Von diesen Darlehen können und werden in diesem Jahr noch Beträge von 2,577 Mio. EUR und 138 TEUR, mithin etwas über 2,7 Mio. EUR abgerufen.

Dadurch wird sich kurzfristig die beschriebene Liquiditätslage wiederum verbessern, da sich der in Anspruch genommene Rahmenkredit im gleichen Maße verringert wie Darlehensauszahlungen erfolgen, wobei die Zinssätze zu Letzterem bei weitem geringer sind.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass der derzeit zur Verfügung stehende Bestand bei der SEW veräußerbarer Immobilien weiter abgeschmolzen ist und eine Gewinnabschöpfung aus Immobilienverkäufen in den Folgejahren nicht mehr in dem Maße wie in der Vergangenheit zu realisieren sein wird. Zur Deckung des Aufwands wird es daher zukünftig immer dringender erforderlich sein, den Bestand vermietbarer Objekte auszuweiten, um einen höheren Mietertrag zu generieren. Derartige Möglichkeiten bieten sich perspektivisch weiterhin bei den Bestandsflächen „Rhenania – Gelände“ und Von – Goerschen – Str., nämlich, dass das B – Planverfahren durch immer neue „Ideen“, Prüfaufträge und / oder Vorstellung der Politik sich in die Länge zieht.

Das Mietverhältnis mit der Post endete zum 31.12.2023. Ursprünglich war geplant, auch dieses Objekt zu entwickeln und zu vermieten. Bei den Planungen zeigte sich aber auch hier, dass eine Entwicklung zu Mietobjekten wirtschaftlich nicht darstellbar ist. Die Geschäftsführung kam daher überein, dass Objekt Investoren anzubieten.

Auch im Hinblick auf die Forschungsflugplatz Würselen – Aachen GmbH (kurz FWA, vormals Flugplatz Aachen – Merzbrück GmbH) ist mit weiteren Belastungen zu rechnen. Aufgrund der Planungen zum Ausbau des Forschungsflugplatzes Merzbrück zu einem Forschungsflugplatz und der damit anfallenden Investitionen / Aufwendungen rechnete die Geschäftsführung der FWA GmbH zum Jahresende 2022 mit einem jährlichen Defizit von ca. 200 TEUR. Da zudem sich auch noch zusätzlich die Beteiligungsquote am Verlust der FWA GmbH, an den Pachtzuschüssen und Beteiligung an Tilgung und Zins von Darlehen der FWA GmbH erhöht hat; war aufgrund der FWA – Planungen die Geschäftsführung davon ausgegangen, dass das finanzielle Engagement der SEW bei der FWA von ehemals ca. 55 TEUR sich auf geschätzt 140 TEUR p.a. ab 2024 (!) erhöhen wird. Andererseits hat sich durch den am 28.09.2023 geschlossenen Betrauungsakt aus Sicht der SEW die Situation dahingehend positiv geändert, dass die Stadt Würselen sich gegenüber der SEW zur Ausgleichung dieser Aufwendungen verpflichtet hat. Nach den letzten aktuellen Planzahlen der FWA weisen diese für das Jahr 2024 bereits einen Gesamtausgleich von ca. 171 TEUR, für das Jahr 2025 sogar von 286 TEUR, um in den Folgejahren dann auf 169 TEUR (2026), 156 TEUR (2027) und 141 TEUR zu fallen.

Der Finanzaufbau der Stadtentwicklungsgesellschaft mit der nach wie vor hohen Fremdkapitalquote macht es erforderlich, stetig den Zinsmarkt zu beobachten. Eine langfristige Unabhängigkeit vom Zinsniveau kann durch die Erhöhung der Eigenkapitalquote erreicht werden.

Durch die Neueinstellung eines weiteren Geschäftsführers zum Oktober 2022 erhöhten sich die Personalkosten. Zum 31.03.2025 scheidet ein Geschäftsführer aus. Geplant sind indes für das Jahr 2025 die folgenden Personalmaßnahmen. Die freiwerdende Geschäftsführerstellung wird neu besetzt, allerdings nicht mit einem Geschäftsführer. Welcher Stelleninhalt mit welchem Aufgabenbereichen ist derzeit noch in Prüfung. Eine bis Januar 2025 befristete Stelle bei der SEW – Kultur soll entfristet werden. Bei einem Mitarbeiter soll das im November 2024 endende Arbeitsverhältnis bis Ende 2025 verlängert werden. Zugleich soll für diese Stelle im Frühjahr ein/e Nachfolger/in eingestellt werden, um nach Ausscheiden des erstgenannten Mitarbeiters einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Damit würden sich die Personalkosten insgesamt voraussichtlich im Jahre 2025 auch unabhängig von etwaig neuen Tarifabschlüssen erhöhen.

Sonstige Angaben

Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen.

Die allgemeine Prognose sollte bei den Baupreiskosten weiterhin nicht von Optimismus geprägt sein, wenngleich eine stetige Steigerung nicht mehr in dem Maße wie nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs zu erwarten ist. Der Häuserpreisindex ist indes seit Monaten fallend (vgl. nachfolgende Tabelle):

Häuserpreisindex Veränderungsraten zum Vorjahresquartal in %				
Jahr, Quartal		Häuserpreisindex ¹		Preisindex für bestehende Wohnimmobilien ¹
2024	II	-2,6		-3,0
	I	-5,1		-5,7
	IV	-7,2		-7,9
2023	III	-10,2		-11,3
	II	-9,7		-10,7
	I	-6,9		-8,0
	IV	-3,9		-4,6
2022	III	4,2		4,0
	II	9,3		9,8
	I	11,6		

(Quelle: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Baupreise-Immobilienpreisindex/Tabellen/Haeuserpreise-Bauland.html/#241674>)

Die erstgenannte Entwicklung sowie die Zinsentwicklung hatte – wie bereits erwähnt – dazu geführt, dass das Projekt „Von – Goerschen - Str.“ in Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner GWG neu überplant und dessen Umsetzung verschoben wurde. Das Risiko weiterhin ansteigender Zinsen ist aus Sicht der Geschäftsführung vorläufig gebannt. Eine leicht rückläufige Tendenz beim Zinsniveau ist erkennbar.

Zudem kam es ebenfalls nicht zur Rückzahlung eines zum 30.06.2023 eigentlich endfälligen Gesellschafterdarlehens (an die FAM GmbH) i.H.v. 514 TEUR. Im Rahmen der Umstrukturierung der FAM GmbH bzw. des Flugplatzes Merzbrück zu einem Forschungsflugplatz und hiermit verbundener Kosten war eine Prolongation des Darlehens notwendig. Die Rückzahlung ist jetzt erst im 1. Quartal 2026 fällig.

Hinsichtlich der Bestandsimmobilien hat sich die Geschäftsführung weiterhin dazu entschlossen, stärker als in den Jahren zuvor – trotz gestiegener Baupreise – in Instandhaltung und Renovierung zu investieren. Hier sind insbesondere im Hinblick auf beispielsweise energetische Sanierungen mögliche öffentliche Förderkulissen im Blick zu halten.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Knisch, Marc	Geschäftsführung	

Geschäftsführung		
Pasderski, Dr. Edgar	Geschäftsführung	

Prokura		
Leroy, Ralph	Einzelprokurist	

Aufsichtsrat		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Vorsitzender	
Schmitz, Karl-Jürgen Rechtsanwalt	1. stv. Vorsitzender	
Benend, Guido Landwirt	Stadtverordnete(r) CDU	
Carduck, Markus Angestellter	Stadtverordnete(r) FDP	
Debray, Tobias Jurist	Stadtverordnete(r) CDU	
Fries, Max Referent	Stadtverordnete(r) SPD	
Jochmann, Michael Dipl.-Ing.	Stadtverordnete(r) B90/Die Grünen	
Lohmann, Josefine Rentnerin	Stadtverordnete(r) CDU	
Bürger, Heribert Dipl.-Ing.	Sachkundige(r) Bürger(in) B90/Die Grünen	
Dr. Knauf, Renate Angestellte	Stadtverordnete(r) SPD	
Geusen, Helmut Rentner	Sachkundige(r) Bürger(in) UWG	
Huppertz, Frank Betriebsschlosser	Sachkundige(r) Bürger(in) SPD	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist gem. § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.5 Energie- und Wasser- Versorgung GmbH

Basisdaten

Anschrift	Energie- und Wasser- Versorgung GmbH Willy-Brandt-Platz 2 52222 Stolberg
Gründungsjahr	1912
Internet	www.ewv.de
Telefon	02402/101-0
Telefax	02402/101-1515

Zweck der Beteiligung

Der Gegenstand des Unternehmens ist

1. in der StädteRegion Aachen und in benachbarten Gebieten in den Bereichen Strom, Gas und Wärme, erneuerbare Energien und innovative Energietechnologien, Wasser und Abwasser, Telekommunikation und öffentliche Straßenbeleuchtung sowie in sonstigen funktional vergleichbaren oder komplementären Geschäftsbereichen (Kernbereiche) (Dienst-)Leistungen jeglicher Art zu erbringen,
2. Anlagen, Werke, Einrichtungen und dazugehörige Infrastruktur, einschließlich Versorgungsnetzen sowie Unternehmen zur Wassergewinnung und –versorgung, zu errichten, innezuhaben und betrieblich zu führen und
3. Unternehmen zu gründen, zu pachten und zu verpachten sowie Unternehmen oder Beteiligungen zu erwerben und zu veräußern.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung der Versorgung in Würselen mit Strom, Wasser und Gas.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeitgeber und Auftragnehmer in der Region. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Innogy SE, Essen	9.751,0	53,72
Stadt Stolberg	2.592,0	14,28
Stadt Eschweiler	2.394,2	13,19
StädteRegion Aachen	1.679,0	9,25
Kreis Heinsberg	687,9	3,79
Stadt Alsdorf	395,7	2,18
Stadt Würselen	357,6	1,97
Stadt Baesweiler	181,5	1,00
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren	105,3	0,58
Gemeinde Roetgen Gemeinde Simmerath Stadt Monschau Gemeinde Inden Gemeinde Langerwehe Stadt Linnich Gemeinde Niederzier Gemeinde Aldenhoven	7,3	0,04

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
GREEN Solar Herzogenrath GmbH	1.260,0	45,00
regionetz GmbH, Düren	490,2	49,20
Wärmeversorgung GmbH, Würselen	393,2	100,00
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	249,0	24,90
GREEN Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH Stolberg	244,8	39,16
Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH	13,8	55,10
EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH	11,3	45,00
EWV Baesweiler GmbH & Co. KG	5,0	45,00
Windpark Paffendorf GmbH & Co.KG	0,5	49,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der Stadt Würselen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 1,97 % (abzügl. Kapitalertragsteuer / Solidaritätszuschlag) jeweils im nächsten Jahr zu. Für das Berichtsjahr 2023 waren dies 423.881,83 €. Daneben erhält die Stadt Würselen Konzessionsabgaben für das Gasnetz in Würselen. Im Berichtsjahr 2022 waren das 121.015,40 €.

Die Aufwendungen an die EWV beliefen sich im Jahr 2022 auf 1.693.256,37 T€. Darunter fallen unter anderem die Bewirtschaftungskosten der Gebäude in der Stadt Würselen mit Heizung und Energie in Höhe von 1.690.753,01 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	152.963	154.814	-1.851	Eigenkapital	71.011	66.709	4.302
Umlaufvermögen	100.315	87.038	13.277	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	120.536	99.154	21.382
				Verbindlichkeiten	62.334	76.175	-13.841
Aktive Rechnungsabgrenzungen	2.291	1.389	902	Passive Rechnungsabgrenzungen	1.689	1.204	484
Bilanzsumme	255.569	243.242	12.328	Bilanzsumme	255.569	243.242	12.328

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der Energie- und Wasser-Versorgung GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	376.998	322.575	54.423
3 Sonstige betriebliche Erträge	8.088	2.089	5.999
4 Materialaufwand	-284.781	-250.356	-34.425
5 Personalaufwand	-32.365	-28.175	-4.190
6 Abschreibungen	-2.988	-2.744	-244
6.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-2.988	-2.744	-244
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-34.392	-25.516	-8.877
8 Erträge aus Beteiligungen	11.713	15.382	-3.669
9 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	5	41	-37
10 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	610	151	459
11 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-2.444	0	-2.444
12 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.215	-2.040	825
13 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-13.692	-6.650	-7.042
14 Ergebnis nach Steuern	25.536	24.757	779
15 Sonstige Steuern	-234	-236	3
16 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	25.302	24.521	781

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	27,8 %	27,4 %	0,4 %
Eigenkapitalrentabilität	35,6 %	36,8 %	-1,1 %
Anlagendeckungsgrad 2	46,4 %	43,1 %	3,3 %
Verschuldungsgrad	257,5 %	262,8 %	-5,3 %
Umsatzrentabilität	6,7 %	7,6 %	-0,9 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 251 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 256) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft

Die Zinserhöhungen der Notenbanken belasteten die Weltwirtschaft im Berichtsjahr, was sich in den Prognosen für das Wachstum der Bruttoinlandsprodukte (BIP) widerspiegelt. Gemäß OECD soll das globale BIP für das Jahr 2023 ein Wachstum von 2,9 Prozent erreicht haben und läge damit hinter dem Wachstum des Jahres 2022 mit 3,3 Prozent zurück.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum kann sich dem Einfluss der Zinserhöhungen sowie der Inflation ebenfalls nicht entziehen, was sich auf das BIP-Wachstum der gesamten EU auswirkt. Gemäß OECD soll das BIP des Euroraums im Jahr 2023 nur um 0,6 Prozent gewachsen sein. Wegen der bereits im Jahr 2022 anhaltend hohen Inflation im gesamten Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) Mitte 2022 eine Kehrtwende in ihrer Geldpolitik vollzogen und erstmals seit 16 Jahren den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte angehoben. Weitere Zinsanhebungen folgten, so dass der Leitzins Ende Dezember 2022 bei 2,5 Prozent lag. Die EZB hat diese Zinspolitik im Jahr 2023 fortgesetzt und den Leitzins in mehreren Schritten (September 2023) auf 4,5 Prozent erhöht. Damit will die EZB Kredite verteuern, die Nachfrage dämpfen und hohen Teuerungsraten entgegenwirken, um die Inflation mittelfristig wieder auf einen Zielwert von 2 Prozent zu senken. Die Erhöhung des Leitzinses zeigte in Bezug auf die Inflation den gewünschten Effekt. Während die Teuerungsrate in der Eurozone im Juli 2023 bei 5,3 Prozent lag, ging sie im Oktober auf 2,9 Prozent zurück.

Die Konjunkturprognose des OECD für Deutschland hatte im Juni 2023 für das Berichtsjahr eine Stagnation für möglich gehalten. Mittlerweile wird mit einem leichten Wachstum des BIP der deutschen Wirtschaft von 0,3 Prozent gerechnet. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die Zinserhöhungen, um der Inflation entgegenzusteuern. Das höhere Zinsniveau hat zur Folge, dass die Wirtschaftsaktivität gebremst wird, was sich unter anderem in der Baubranche zeigt.

Im gesamten Jahresverlauf war für Wirtschaft und Haushalte die Inflation spürbar, die gemäß OECD im Jahr 2023 im Schnitt bei 6,6 Prozent lag.

Energiepolitisches Umfeld

International

Die Fragen, mit welchen Mitteln und wie schnell der Klimawandel gebremst werden muss, prägten auch im Jahr 2023 weltweit die energiepolitische Debatte. Auf der UN-Klimakonferenz COP28 in Dubai im Dezember 2023 haben sich Staats- und Regierungschefs von fast 200 Ländern auf ein Schlussdokument geeinigt. In diesem sind folgende Kernaussagen zum Thema Energie getroffen worden: die Verdreifachung der erneuerbaren Energien bis 2030, die Nutzung von Technologien wie der CO₂-Abscheidung und -Speicherung und die Abkehr von fossilen Brennstoffen in Energiesystemen. Die Energiebranche begrüßt das Bekenntnis, sich von fossiler Energie abkehren zu wollen, verbunden mit den Ambitionen, die erneuerbaren Energien bis 2030 zu verdreifachen und die Energieeffizienz zu verdoppeln. Doch wie die EU und die deutschen Delegierten der COP28 ist auch die Energiebranche der Meinung, dass auf globaler Ebene ein klarer Plan für den Ausstieg aus der fossilen Energie fehlt. Daher wird die Dekarbonisierung des Energiesystems weiter eine kritische Herausforderung bleiben, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen.

Europa

Die EU-Institutionen haben, angesichts der durch den Russland-Ukraine-Krieg ausgelösten Energiekrise im vergangenen Jahr und der zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels, Maßnahmen zur Krisenbewältigung auf den Weg gebracht beziehungsweise verstärkt. Mit Blick auf das Aufflammen des Nahost-Konflikts bleibt abzuwarten, ob weitere Maßnahmen zur Stabilisierung der energiewirtschaftlichen Situation ergriffen werden. Im März 2022 hat die Europäische Kommission neue befristete Rahmenbedingungen für staatliche Beihilfen zur „Krisenbewältigung und Gestaltung des Wandels“ angenommen, um Investitionen in Schlüsselsektoren für den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft und die Bewältigung der Energiekrise weiter zu fördern. Am 18. Oktober 2023 wurde die Richtlinie (EU) 2023/2413 zur Förderung von Energie aus erneuerbaren Quellen veröffentlicht. Sie führt einen neuen Mindestanteil von Energie aus erneuerbaren Quellen am gesamten Bruttoendenergieverbrauch der EU in Höhe von 42,5 Prozent sowie sektorale Teilziele ein. Darüber hinaus müssen die Mitgliedsstaaten neue Vorgaben zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Erneuerbare-Energie-Anlagen und den Netzausbau umsetzen.

Darüber hinaus haben sich der Europäische Rat und das Europäische Parlament auf das sogenannte "Gaspaket" geeinigt. Die neue EU-Gasrichtlinie aktualisiert insbesondere den Verbraucherschutzrahmen für Gaskunden und passt die Rahmenbedingungen für den Netzzugang und die Netzplanung an

den aktuellen Kontext an, der durch den verstärkten Einsatz von kohlenstoffarmen Gasen gekennzeichnet ist.

Zudem wurde am 13. September 2023 die neue EU-Richtlinie 2023/1791 zur Energieeffizienz veröffentlicht. Sie enthält ambitioniertere Ziele zur Senkung des EU-Energieverbrauchs um mindestens 11,7 Prozent bis 2030 gegenüber dem EU-Referenzszenario. Die Mitgliedstaaten müssen dementsprechend ihre jeweiligen Beiträge festlegen und neue jährliche Endenergieeinsparungen erreichen, die bis 2030 schrittweise auf 1,9 Prozent ansteigen.

Im Rahmen der EU-Digitalstrategie hat die Europäische Kommission im April 2021 mit dem AI Act ein Gesetz zur Regulierung von künstlicher Intelligenz (KI) vorgeschlagen, das aktuell zwischen dem EU-Parlament, dem Rat und der Kommission im Trilog verhandelt wird. Ziel ist es, eine verantwortungsvolle Nutzung von KI sicherzustellen, die den Nutzen für die Menschen in den Vordergrund stellt, ohne den technischen Fortschritt zu behindern. Der AI Act sieht dazu einen risikobasierten Ansatz zur Regulierung von KI vor.

Deutschland

Mitte 2022 hat der Bundestag das sogenannte Osterpaket zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien verabschiedet. Mit verschiedenen Gesetzesänderungen, beispielsweise im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), hat der Gesetzgeber die Ziele für den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch von 50 Prozent auf 80 Prozent erhöht. Dabei rückt der Ausbau der Solarenergie in den Fokus. Bis 2030 soll die installierte Photovoltaik-Leistung von 100 GW auf über 215 GW mehr als verdoppelt und die Onshore Wind-Leistung von 71 GW auf 115 GW erhöht werden. Das Jahresziel von 9 GW Netto-Zubau an Photovoltaik-Leistung in 2023 wurde dieses Jahr bereits im September erreicht. Der Zubau von Onshore-Windleistung lag Ende des dritten Quartals 2023 bei zirka 50 Prozent des Jahresziels von 3,9 GW.

Um das Ziel der vollständigen Dekarbonisierung der Wärmeversorgung bis 2045 zu erreichen, wurden im Jahr 2023 das Gebäudeenergiegesetz, das auf die Umstellung der Heizungstechnologien abzielt, und das Wärmeplanungsgesetz, das die Wärmenetze adressiert und die Grundlage für die kommunale Wärmeplanung bildet, verabschiedet.

Das Gebäudeenergiegesetz sieht vor, dass Heizungsanlagen künftig nur noch neu installiert werden dürfen, wenn sie mindestens 65 Prozent der bereitgestellten Wärme mit erneuerbaren Energien erzeugen. Für Neubauten gilt dies ab Januar 2024, für den Bestand sind Übergangsfristen bis 2028 vorgesehen. Flankiert werden die Regelungen durch eine unter anderem nach Einkommen gestaffelte Förderung. Das Wärmeplanungsgesetz sieht zunächst einen Anteil von 30 Prozent erneuerbarer Energien in bestehenden Wärmenetzen vor. Gleichzeitig werden die Länder verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass die Kommunen bis spätestens 2028 Wärmepläne erstellen. Diese legen fest, welche Gebiete dezentral oder leitungsgebunden mit Wärme versorgt werden und wie erneuerbare Energien und Abwärme genutzt werden können.

Um die Ausbauziele für Photovoltaik zu erreichen, sind weiterhin erhebliche Anstrengungen in allen rechtlichen und wirtschaftlichen Bereichen erforderlich. Mit Anpassungen vor allem im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sollen die Weichen gestellt werden, um die mit dem EEG 2023 beschlossenen Ausbauziele in systemverträglicher Form zu erreichen. Mit dem Gesetzentwurf will die Bundesregierung die Förderung für besondere Solaranlagen neu regeln, den Zubau von Photovoltaik-Dachanlagen erleichtern, Mieterstrom vereinfachen und die gemeinschaftliche Versorgung von Gebäuden ermöglichen. Darüber hinaus soll die Nutzung von Plug-in Solaranlagen erleichtert und der Netzanschluss beschleunigt werden.

Was die Entlastung der Strom- und Gaskunden betrifft, so wurde 2023 ein ermäßigter Umsatzsteuersatz auf Gas- und Stromlieferungen wirksam. Diese Maßnahme wurde bis zum 29. Februar 2024 verlängert. Das Bundesverfassungsgericht hat am 15. November 2023 entschieden, dass das Gesetz über den zweiten Nachtragshaushalt 2021 verfassungswidrig ist. Das Urteil betrifft unmittelbar den Klima- und Transformationsfonds (KTF). Bei Übertragung der Grundsätze auf die weiteren Sondervermögen ist mittelbar auch der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) betroffen. In der Folge hat die Bundesregierung die staatliche Förderung über die Strom- und Gaspreisbremsen nicht wie geplant bis Ende März 2024 verlängert, sondern diese liefen Ende 2023 aus.

Branchensituation

Der Energiesektor befindet sich in einer Phase grundlegender und anhaltender Veränderungen. Der Russland-Ukraine Krieg sorgt weiterhin für große volkswirtschaftliche Unsicherheiten und beeinflusst den Energiesektor. Die Folgen des Kriegs haben auch Auswirkungen auf unser Geschäft. Insbesondere die volatilen Commodity-Preise wie auch das Energienachfrageverhalten haben Einfluss auf unsere Aktivitäten und sind in den folgenden Kapiteln näher beschrieben

Energiepreisentwicklung

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die damit einhergehenden politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Maßnahmen hatten im Vergleich zu 2022 einen abnehmenden Einfluss auf die europäischen Energiemärkte. Die schnell beschlossenen und umgesetzten Maßnahmen der wichtigsten westlichen Industrieländer haben die reduzierten russischen Öl- und Gaslieferungen gut kompensieren können. Auch hat der im Oktober eskalierte Gaza-Konflikt zwischen Israel und der Hamas-Terrorgruppe bisher keine wesentlichen Auswirkungen auf die internationalen Energiemärkte gehabt. So sind in diesem Jahr die Preise für sämtliche Energie-Commodities (Rohöl, Kohle, Erdgas, Strom und auch CO₂) im Jahresverlauf gesunken.

Strompreise

Die Großhandelspreise für Strom sind im Geschäftsjahr 2023 kontinuierlich gesunken. Lag der Preis für das Frontjahresprodukt Cal24 Base am Terminmarkt in den ersten Januar-Tagen noch über 200 €/MWh, so wurden zum Jahresende hin Preise von unter 90 €/MWh erreicht. Der Jahresmittelwert betrug für dieses Produkt etwa 136 €/MWh und damit ca. 31 % unter der Vorjahreswert. Als wesentliche Gründe für die fallende Preisentwicklung können die entspannte Angebotssituation (Steigerung der Einspeisung Erneuerbarer Energien und hohe Verfügbarkeit der konventionellen Kraftwerke, u.a. auch der Kernenergie in Frankreich) sowie der Preisrückgang der für die Stromerzeugung wichtigen Primärenergieträger Kohle und Gas (Erdgas und LNG) angeführt werden.

Gaspreise

Die Großhandelspreise für Erdgas sind im Geschäftsjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr ebenso deutlich gefallen. Auch hier hat es zwischen Jahresbeginn und Jahresende eine mehr als Halbierung der Preise gegeben: von knapp 80 €/MWh für das Frontjahresprodukt 2024 auf etwa 35 €/MWh. Der Jahresmittelwert lag bei 53 €/MWh und damit auch deutlich unter dem Vorjahreswert (84 €/MWh). Interessanterweise sind die wesentlichen Preisrückgänge in den Wintermonaten Januar und Februar sowie November und Dezember zu verzeichnen. Hier tritt zwar eine erhöhte Heizgasnachfrage auf, insgesamt waren die Gasspeicherentnahmen aber aufgrund der warmen Witterung niedriger als befürchtet. So konnten dann die am Terminmarkt in Bezug auf eine drohende Knappheitssituation eingepreisten Risikoaufschläge sukzessive reduziert werden. Auch angebotsseitig hat es in der Gasversorgung keine wesentlichen Einschränkungen gegeben und an den neu errichteten deutschen LNG-Terminals sind höhere Anlandungen zu verzeichnen gewesen.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Energiekrise

Nachdem die Energiekrise im Jahr 2022 für enorme Höchststände und Volatilitäten an den Energiehandelsmärkten gesorgt hat, hat sich die Situation 2023 sukzessive beruhigt, wenngleich die Energiepreise nach wie vor auf einem Preisniveau deutlich über dem der Vorkrisenzeit liegen. Wesentliche Stabilisatoren waren hierfür der milde Winter und ein deutlicher Ausbau der LNG-Lieferungen nach Europa, wodurch eine Versorgungssicherheit gewährleistet werden konnte. Dies führte dazu, dass der vertriebliche Wettbewerb im Laufe des Jahres wieder deutlich zugenommen hat.

Nachdem die Stabilisierung der Energiepreise nachhaltig zu beobachten war, konnten Risikopositionen abgebaut werden. Dies führte dazu, dass alle anpassbaren Vertriebsprodukte im Strom und Gas zum 01.06.2023 in den Arbeitspreisen gesenkt werden konnten. Die Kundenverluste aus dem ersten Halbjahr 2023 konnten dadurch in der Folge deutlich minimiert werden. Im Sondervertragskundengeschäft konnten die im Jahr 2022 eingeführten risikominimierenden Einschränkungen sukzessive abgebaut werden, so dass im Jahresverlauf auch wieder Angebote mit kurzen Bindefristen gelegt werden konnten.

Wechsel in der Geschäftsführung

Zum 01.04.2023 trat Nicolai Bedenbecker sein Amt als neuer Geschäftsführer bei der EWW an. Dies zunächst in Doppelfunktion mit dem bisherigen Geschäftsführer, Manfred Schröder, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Manfred Schröder schied zum 30.06.2023 planmässig aus seinem Amt aus, so dass Nicolai Bedenbecker seit dem 01.07.2023 als alleiniger Geschäftsführer der EWW fungiert.

Neue Organisation zum 01.01.2023

Mit einer neuen Organisation startete die EWW in das neue Jahr. Durch eine Reorganisation der internen Bereiche und Verantwortlichkeiten hat sich die EWW zukunftssicher aufgestellt, um die großen Herausforderungen der Energiewirtschaft aktiv begleiten und vorantreiben zu können. Hierdurch sollen insbesondere die Entwicklung und der Vertrieb nachhaltiger Energielösungen, die Erschließung neuer Geschäftsfelder, die klare Fokussierung auf die Kundenbedürfnisse sowie die ganzheitliche Entwicklung digitaler Geschäftsprozesse und -lösungen fokussiert angegangen werden, um so die Positionierung der EWW als der regionale Ansprechpartner im Bereich der Energiewende ausbauen zu können.

Wiederaufbau Ketschenburg

Nach umfangreichen Renovierungs- und Instandsetzungsarbeiten wird der Wiedereinzug in das Verwaltungsgebäude der EWW im Laufe des Jahres 2024 erfolgen. Die genaue Terminfestlegung steht noch aus und wird in Kürze erfolgen. Im Rahmen des Wiedereinzugs wird basierend auf der kürzlich geschlossenen Betriebsvereinbarung zum Mobilien Arbeiten eine ausgewogene Mischung zwischen Home-Office und Präsenzarbeit umgesetzt, wodurch die Mitarbeiterbindung gestärkt und die EWW noch stärker als attraktiver Arbeitgeber positioniert wird.

Altersteilzeit

Die EWW hat 2023 eine neue Betriebsvereinbarung zur Altersteilzeit (ATZ) abgeschlossen und verfolgt mit der ATZ gleich mehrere strategische Ziele. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der strategischen Personalplanung, insbesondere im Hinblick auf die rechtzeitige Nachfolgeplanung sowie frühzeitige Karriereplanungen zwecks Mitarbeiterbindung bei zunehmendem Fachkräftemangel.

Der digitale Wandel schreitet voran, so dass beispielsweise durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz (K-I) die Anpassung von Jobprofilen erforderlich wird und die Personalentwicklung vor wesentlichen Herausforderungen steht. Die Verjüngung der Belegschaft durch den vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand stellt eine zeitgemäße Möglichkeit dar, sowohl auf die Bedürfnisse der älteren Arbeitnehmer einzugehen, als auch die betriebsinternen Strukturen auf die Entwicklungen und Herausforderungen einzustellen und die EWW auf diese Weise wettbewerbsfähig zu halten.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWW werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen insbesondere die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und die Investitionen.

Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponente je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWW und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert.

Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss. Das Jahresergebnis beträgt in 2023 25,3 Mio. € gegenüber 24,5 Mio. € im Vorjahr. Die Entwicklung des Jahresergebnisses entspricht demnach genau der Prognose des Vorjahres.

Investitionen: Die EWW investierte in 2023 5,0 Mio. € (Vorjahr: 4,0 Mio. €, geplant waren 9,8 Mio. €). Die deutliche Unterschreitung gegenüber der Planung resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Investitionsziele vertrieblicher Projekte im Bereich Wärme-Contracting, Fernwärme und Erneuerbare Energien nicht in Gänze erreicht wurden. Hier spielen unter anderem Bauverzögerungen durch Material- und/oder Ressourcenknappheit sowie auch krisenbedingt rückläufige bzw. zeitliche verzögerte Kundenaufträge eine große Rolle. Außerdem wurden geplante neue Unternehmensbeteiligungen nicht eingegangen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWW den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2023 hat die EWW 539 GWh Strom (Vorjahr 702 GWh, geplant 708 GWh) und 1.189 GWh Gas (Vorjahr 1.297 GWh, geplant 1.258 GWh) abgesetzt.

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2023 belaufen sich auf 377,0 Mio. € (Vorjahr: 322,6 Mio. €, geplant 507,4 Mio. €, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf

163,9 Mio. € (Vorjahr 157,4 Mio. €) und auf den Erdgasverkauf 156,5 Mio. € (Vorjahr: 114,4 Mio. €) sowie 6,5 Mio. € (Vorjahr: 5,2 Mio. €) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Trotz der Mengenrückgänge im Strom und Gas erfolgte durch entsprechende Preiseffekte eine Umsatzerhöhung im Vergleich zum Vorjahr. Die geringeren Umsatzerlöse gegenüber der Planung resultieren aus einem reduzierten Marktpreisniveau an den Energiemärkten und dadurch bedingten geringeren Endkundenpreisen als noch zum Zeitpunkt der Planung unterstellt.

Mit dem assoziierten Verteilnetzbetreiber wurden 26,0 Mio. € (Vorjahr: 25,7 Mio. €) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungserlösen erzielt. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 24,0 Mio. € (Vorjahr: 19,9 Mio. €). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiterberechneten Betriebsaufwendungen sowie Investitionskosten, aus der Rückvermarktung von Gas-mengen infolge angepasster Absatzprognosen, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Entwicklung im Stromsegment

Im Berichtsjahr konnten alle Produkte (ausgenommen Fixpreisprodukte mit festen Laufzeiten) ab Juni im Preis gesenkt werden. Im Zuge der sich stabilisierenden Beschaffungsmärkte kam es in 2023 zu einer Wiederbelebung des vertrieblichen Wettbewerbs. Dies führte dazu, dass die Kundenanzahl im Strom um ca. 2.500 Kunden gesunken ist.

Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Um das Risiko im Rahmen der Energiebeschaffung zu minimieren, wurden die Verträge in 2023 im Wesentlichen über Tranchen- oder spotindizierte Verträge geschlossen. Diese Verfahren sind für die EWW weitestgehend risikolos.

Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2023 bei 539 GWh und damit unter der Abgabemenge des Vorjahres (741 GWh inkl. periodenfremder Effekte). Die Stromabsatzmenge verteilt sich mit 181 GWh auf private Haushalte, 31 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 327 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Gegenüber der Prognose aus 2022 für 2023 wurden 169 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus Mengenrückgängen im Bereich der Sondervertragskunden und aus den vorge-nannten Kundenabgängen resultieren. Der Stromabsatz wurde dabei fast ausschließlich über fremde Händler beschafft.

Entwicklung im Erdgassegment

Im Kundensegment Privatkunden und kleinere Gewerbekunden wurde in 2023 eine Preissenkung in allen Produkten (ausgenommen Fixpreisprodukte mit festen Laufzeiten) durchgeführt. Analog zum Strom führte der wiedereinsetzende Wettbewerb insgesamt zu Kundenabgängen von ca. 2.300 Kunden. Die durchgeführten Preissenkungen zur Mitte des Jahres sorgten dafür, dass die Kundenabgänge mi-nimiert werden konnten.

Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einem intensiven Wettbewerb. Die Akquise von Kun-den sowie die Verlängerung von Bestandskunden unterlagen auch im Gas-Segment strengen Risiko-auflagen (analog zum Stromgeschäft).

Die Erdgasabsatzmenge 2023 liegt mit rund 1.189 GWh insgesamt 108 GWh unter der des Vorjahres (1.297 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus temperaturbedingten Minderverbräuchen sowie Einspareffekten. Gegenüber der Prognose aus 2022 für 2023 wurden 69 GWh weniger abgesetzt, die i. W. aus Temperatureffekten sowie generellen Einspareffekten in nahezu allen Segmen-ten resultieren. Der Mengeneffekt im Segment Privat- und Gewerbekunden wurde durch die Kundenab-gänge verstärkt. Der Gasabsatz wurde dabei fast ausschließlich über fremde Händler beschafft.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 25,3 Mio. € (Vorjahr: 24,5 Mio. €) ab, womit das Ergebnis exakt das Niveau laut Planung erreicht.

Die auf die wesentlichen Posten reduzierte Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2023		2022		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	376.998	100,0%	322.575	100,0%	54.423	16,9%
Materialaufwand	-284.781	-75,5%	-250.356	-77,6%	-34.425	-13,8%
Rohergebnis	92.217	24,5%	72.219	22,4%	19.998	27,7%
Andere betriebliche Erträge	8.088	2,1%	2.089	0,6%	5.999	287,2%
Personalaufwand	-32.365	-8,6%	-28.175	-8,7%	-4.190	-14,9%
Andere betriebliche Aufwendungen	-37.614	-10,0%	-28.496	-8,8%	-9.118	-32,0%
Betriebsergebnis	30.326	8,0%	17.637	5,5%	12.689	71,9%
Ergebnis aus Finanzanlagen	9.273	2,5%	15.423	4,8%	-6.150	-39,9%
Zinsergebnis	-605	-0,2%	-1.889	-0,6%	1.284	68,0%
Steuerergebnis	-13.692	-3,6%	-6.650	-2,1%	-7.042	-105,9%
Jahresüberschuss	25.302	6,7%	24.521	7,6%	781	3,2%

Die Umsatzerlöse nahmen um 16,9 % bzw. 54,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 377,0 Mio. € zu. Die große Abweichung zur Planung von 507,4 Mio. € beruht insbesondere darauf, dass die im Vorjahr aufgestellte – und im Kontext des Ukraine-Kriegs mit großen Unsicherheiten behaftete – Planung für 2023 ein weiterhin sehr hohes Energiepreisniveau unterstellte, welches sich im Jahresverlauf jedoch rückläufig entwickelte.

Im Gasgeschäft zeigen sich deutliche, temperaturbedingte Mengeneffekte, sowie die darüberhinausgehenden Einspareffekte der Kunden aufgrund des immer noch hohen Preisniveaus. Dennoch stiegen die Gaserlöse – auch bedingt durch die Rückvermarktung der nicht benötigten Gasmengen – um 42,1 Mio. € von 114,4 Mio. € auf 156,5 Mio. €.

Die Stromerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Mio. € auf 163,9 Mio. € gestiegen, insbesondere bedingt durch die Weitergabe von Preiseffekten infolge gestiegener Beschaffungspreise.

Die Erlöse aus Fernwärme und Contracting sind im Wesentlichen durch gestiegene Absatzpreise sowie durch Anlagen-/Kundengewinne gegenüber dem Vorjahr von 5,2 Mio. € auf 6,5 Mio. € gestiegen.

Der Materialaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund gestiegener Großhandelspreise um 34,4 Mio. € auf 284,8 Mio. €. Die Strom- und Gasbezugskosten lagen im Rahmen der tranchenbasierten Beschaffungsstrategie deutlich über dem Vorjahresniveau.

Die Netzentgelte sind im Vergleich zum Vorjahr sowohl im Strom- als auch im Gassegment gestiegen. Daneben waren gestiegene Umlagen im Gas (u.a. Gasspeicherumlage und Bilanzierungsumlage) zu verzeichnen.

Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 92,2 Mio. € (Vorjahr: 72,2 Mio. €) bzw. 24,5 % der Umsatzerlöse, was einen Anstieg i. H. v. 27,7 % bedeutet.

Die anderen betrieblichen Erträge beinhalten unter anderem Ansprüche auf Wiederaufbauhilfen (3,1 Mio. €, Vorjahr: 0,5 Mio. €) sowie Erträge aus den Zuschreibungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (2,7 Mio. €, Vorjahr: 0,2 Mio. €).

Der Personalaufwand beträgt 32,4 Mio. € und erhöhte sich um 14,9 % gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg ist insbesondere auf gestiegene Rückstellungen für gutachterlich bewertete Deputate zurückzuführen.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 0,3 Mio. € auf 3,0 Mio. €.

Die anderen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 9,1 Mio. € von 28,5 Mio. € auf 37,6 Mio. €, insbesondere bedingt durch die Auflage des neuen ATZ-Programms mit einem Volumen von 5,0 Mio. € sowie durch um 3,3 Mio. € erhöhte Aufwendungen im Zusammenhang mit der Instandsetzung des flutgeschädigten Hauptsitzes in Stolberg.

Das Betriebsergebnis stieg im Wesentlichen aufgrund des höheren Rohergebnisses um 12,7 Mio. € auf 30,3 Mio. € an.

Das negative Zinsergebnis beträgt 0,6 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus dem Saldo der Zinsen für die Bewertung der Pensionsrückstellungen i. H. v. 0,5 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €) sowie dem Zinsergebnis im Zusammenhang mit Kreditverbindlichkeiten/Bankguthaben von -0,1 Mio. € (Vorjahr: -0,4 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen liegt bei 9,3 Mio. € (Vorjahr: 15,4 Mio. €) und resultiert im Wesentlichen aus der Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 9,8 Mio. € (Vorjahr 13,6 Mio. €). Neben weiteren Beteiligungserträgen von 1,9 Mio. € (Vorjahr: 1,8 Mio. €) ist hierin auch die Abschreibung auf die Beteiligung an der Windpark Paffendorf GmbH & Co. KG i. H. v. 2,4 Mio. € enthalten, die durch zukünftig erwartete geringere Einspeisevergütungen begründet ist.

Der Ertragsteueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2023 mit einem Betrag i. H. v. 13,7 Mio. € (Vorjahr: 6,6 Mio. €) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragsteuern/Ergebnis vor Ertragsteuern) beträgt im Geschäftsjahr 34,9 % (Vorjahr: 21,3 %). Die Ausgleichszahlung der Regionetz wird dabei zu 95 % steuerfrei behandelt. Die im Vergleich zum Vorjahr hohe Steuerquote resultiert im Wesentlichen auf einer vom Handelsrecht divergierenden steuerlichen Bewertung von Deputats- und ATZ-Verpflichtungen sowie der steuerlichen Nichtanerkennung der im Finanzanlagevermögen durchgeführten Abschreibung.

Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr leicht vermindert bei 6,7 % (Vorjahr: 7,6 %). Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 25,3 Mio. € wurde eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 37,9 % (Vorjahr: 41,1 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 8,1 % (Vorjahr: 4,8 %).

Investitionen

Im Berichtsjahr 2023 erfolgten Investitionen i. H. v. 5,0 Mio. € in den Bereichen Betriebs- und Geschäftsausstattung, Energiedienstleistungen sowie den immateriellen Vermögensgegenständen.

Von den Investitionen in Energiedienstleistungen beziehen sich rd. 3,1 Mio. € auf das Segment Privat- und Geschäftskunden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Investitionen im Bereich des Anlagen-Contractings mit Heiz- und KWK-Anlagen sowie Fernwärme und Quartierskonzepte.

Des Weiteren erfolgten Kapitalrückführungen von Beteiligungen im Bereich des Finanzanlagevermögens i. H. v. 1,3 Mio. €.

Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	31.12.2023		31.12.2022		Veränderung	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva						
Anlagevermögen	153,0	59,9%	154,8	63,6%	-1,8	-1,2%
- davon Sachanlagen	17,1	6,7%	14,6	6,0%	2,5	17,0%
- davon Finanzanlagen	134,3	52,5%	138,1	56,8%	-3,8	-2,8%
Umlaufvermögen	100,3	39,2%	87,0	35,8%	13,3	15,2%
- davon Forderungen aus LuL	46,2	18,1%	28,5	11,7%	17,7	62,3%
Rechnungsabgrenzungsp.	2,3	0,9%	1,4	0,6%	0,9	65,5%
	255,6	100,0%	243,2	100,0%	12,4	5,1%
Passiva						
Eigenkapital	71,0	27,8%	66,7	27,4%	4,3	6,4%
Rückstellungen	120,6	47,2%	99,2	40,8%	21,4	21,6%
- davon Pensionsrückstellungen	59,1	23,1%	54,7	22,5%	4,4	8,1%
Verbindlichkeiten	62,3	24,4%	76,2	31,3%	-13,9	-18,2%
- davon ggüber Kreditinstituten	32,0	12,5%	46,2	19,0%	-14,2	-30,7%
Rechnungsabgrenzungsp.	1,7	0,7%	1,2	0,5%	0,5	41,2%
	255,6	100,0%	243,2	100,0%	12,4	5,1%

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 12,4 Mio. € von 243,2 Mio. € auf 255,6 Mio. €. Wesentlicher Grund hierfür ist – neben der Stärkung des Eigenkapitals durch Einstellung von 3,5 Mio. € aus dem Vorjahresergebnis in die Gewinnrücklagen – ein Anstieg der Rückstellungen, insbesondere bedingt durch den Anstieg der Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (+ 6,8 Mio. €), für Steuern (+ 6,4 Mio. €), für das bisherige sowie das neu aufgelegte ATZ-Programm (+ 5,9 Mio. €) und Pensionen (+ 4,4 Mio. €). Gegenläufig wirkte sich insbesondere die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 14,2 Mio. € aus.

Die Anlagenintensität liegt bei 59,9 % (Vorjahr: 63,6 %).

Das Eigenkapital zeigt sich leicht erhöht bei 27,8 % der Bilanzsumme (Vorjahr: 27,4 %).

Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 59,1 Mio. € (Vorjahr: 54,7 Mio. €) betragen. Diese machen 23,1 % der Bilanzsumme aus.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten reduzierten sich aufgrund der regelmäßigen Tilgungen sowie insbesondere aufgrund der außerordentlichen Tilgung eines Darlehens i. H. v. 6,9 Mio. € um 30,7 % auf 32,0 Mio. €.

Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält eine Kreditlinie, welche durch temporäre und saisonal stark volatile Zahlungsschwankungen in Anspruch genommen wird.

Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft sowie durch die bestehende Kreditlinie jederzeit das finanzielle Gleichgewicht gewährleistet.

Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Cash-Flow aus operativem Geschäft sowie aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf:

	2023	2022	Veränderung
			in Mio. €
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	25,0	33,0	-8,0
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	11,1	10,2	0,9
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-31,4	-21,3	-10,1
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	4,7	21,9	-17,2
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	30,6	8,7	21,9
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	35,3	30,6	4,7

Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr von 33,0 Mio. € auf 25,0 Mio. € vermindert.

Generell wird dieser zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifkundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifkunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung (Gas) im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei der EWW. Die Einzahlungen seitens der Kunden und Auszahlungen an die Strom- und Gaslieferanten sowie Zahlungen an die Verteilnetzbetreiber für Netzentgelte unterliegen starken Zahlungsstromschwankungen. Im Berichtsjahr ist der Rückgang des Cash-Flows aus der laufenden Geschäftstätigkeit insbesondere stichtagsbedingt und dadurch begründet, dass – im Gegensatz zum Vorjahr – die Dezember-Abschläge erst zu Beginn des neuen Jahres eingezogen wurden.

Der Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit beträgt 11,1 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mio. € erhöht. Im Wesentlichen beinhaltet der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit Einzahlungen der Regionetz im Rahmen der Vorweggewinnausschüttung i. H. v. 10,2 Mio. €, aus der Spitzabrechnung der letztjährigen Ausgleichszahlung i. H. v. 2,6 Mio. €, sowie weitere Beteiligungserträge i. H. v. 1,9 Mio. €. Demgegenüber stehen insbesondere Auszahlungen für Investitionen in die immateriellen Vermögensgegenstände i. H. v. 0,2 Mio. € sowie für Investitionen in das Sachanlagevermögen i. H. v. 4,8 Mio. €.

Der Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v. -31,4 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen die Gewinnausschüttung des Vorjahresergebnisses i. H. v. 21,0 Mio. € (Vorjahr: 17,5 Mio. €) sowie Darlehensstilgungen i. H. v. 9,6 Mio. € (davon eine außerordentliche Tilgung i. H. v. 6,9 Mio. €). Zum Bilanzstichtag werden 24,4 Mio. € (Vorjahr: 34,4 Mio. €) Darlehensverbindlichkeiten ausgewiesen. Die Gesellschaft ist damit fristenkongruent finanziert.

Der Finanzmittelfonds zum Ende des Geschäftsjahres beträgt 35,3 Mio. € und setzt sich zusammen aus dem Guthaben auf dem Girokonto der Sparkasse Aachen i. H. v. 35,3 Mio. € sowie Cash Pool-Forderungen gegen die Regionetz und deren Beteiligungen i. H. v. 7,5 Mio. €. Er erhöhte sich demnach um 4,7 Mio. €. Die Gesellschaft beansprucht – unter Hinzurechnung der Darlehen – zum Bilanzstichtag 32,0 Mio. € Finanzkreditverbindlichkeiten. Der Anteil der Kurzfristfinanzierung liegt bei 30,2 %.

Die Geschäftsführung der EWW bewertet die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als stabil.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2023 beschäftigte die EWW durchschnittlich 251 (Vorjahr: 248) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei der EWW elf Menschen in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- Industriekaufrau/-mann
- Kauffrau/-mann für Büromanagement in verkürzter Ausbildung (2-jährig/“Switch“)
- Kauffrau/-mann für Büromanagement
- Kauffrau/-mann für Digitalisierungsmanagement

An ehemalige Mitarbeitende und deren Hinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,25 Mio. € an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden), belief sich auf 375.

Personalentwicklung

Die Neuorganisation zum 01.01.2023 hat die Personalentwicklung intensiv mit vielen flankierenden Maßnahmen begleitet. Durch die wechselseitige Einbindung sowohl der Führungskräfte als auch der Mitarbeitenden in verschiedenste Entwicklungsveranstaltungen, teilweise unter Begleitung externer Experten, sowie durch eine transparente und umfangreiche Kommunikation, ist die Grundlage für die erfolgreiche Implementierung des Change-Prozesses gelegt.

Daneben hat die Personalentwicklung das Angebot an Schulungsangeboten via Einführung einer E-Learning-Plattform ausgeweitet, um so die kontinuierliche Weiterbildung der Mitarbeitenden in dem dynamischen Umfeld der Energiewirtschaft zu fördern.

Zum Ende des Geschäftsjahres wurde durch die Personalentwicklung im Auftrag der Geschäftsführung erstmal seit 2006 eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt mit dem Schwerpunkt der Messung der Mitarbeiterzufriedenheit. Mit einer überragenden Teilnahmequote von 91 % konnten wertvolle Rückmeldungen für die Weiterentwicklung der EWW gesammelt werden. Die erhobenen Kennzahlen des Mitarbeiterzufriedenheitsindex (ESAT) und der Weiterempfehlungsrates (eNPS) bilden eine wichtige Grundlage der sog. Nullmessung.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Die Verpflichtung zur Einhaltung der Grundsätze von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz obliegt jedem einzelnen Mitarbeiter. Die Führungskräfte haben hierbei eine Vorbildfunktion. Es gilt der Grundsatz: „Jeder Mitarbeitende geht so gesund nach Hause, wie er gekommen ist.“ Dies gilt insbesondere in Zeiten des digitalen und hieraus resultierenden dezentralen Arbeitens. Darüber hinaus wurden durch das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) zahlreiche Maßnahmen zur Gesunderhaltung unserer Mitarbeitenden konzipiert und durchgeführt.

Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für die EWW Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert die EWW den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser. Das Thema (ökologische) Nachhaltigkeit ist auch fester Bestandteil der EWW-Strategie der Zukunft.

Die EWW berät mit ihrem Netzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm.

Tätigkeitsabschlüsse

Die EWW erbringt energiespezifische Dienstleistungen im Sinne des § 6b Abs. 1 EnWG gegenüber der Regionetz GmbH und ist somit verpflichtet, mehrere Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen, prüfen zu lassen und offenzulegen.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Bei der EWW orientiert sich das Risikomanagementsystem an dem des Hauptgesellschafters E.ON. Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWW als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt.

Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

Marktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch EEG-Anlagen wirken ebenfalls absatzmindernd. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmende Kundenzahlen und reduzierter Margengenerierung bedingt durch steigenden Wettbewerb.

Strategische Risiken

Strategische Risiken thematisieren insbesondere potenzielle Bedrohungen der strategischen Erfolgspotenziale eines Unternehmens (wie Kernkompetenzen und Wettbewerbsvorteile). Strategische Entscheidungen können von Investitionen bis hin zur Beschaffungsstrategie von Medien und der Festlegung von Organisationsstrukturen reichen. Beispielsweise birgt auch die sich aktuell vollziehende Energiewende Risikopotenziale, ist aber auch Chance zugleich.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Hierunter fallen auch jene Risiken, die durch ungeeignete Methoden und Modelle entstehen können. Der Prozess zur Energiebeschaffung ist in diesem Kontext von herausragender Bedeutung. Zum Management eben dieses Risikos wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet.

Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden.

Weitere Beispiele sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im IT- oder administrativen Bereich. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken nie gänzlich ausschließbar.

Generell schützt die EWW sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWW und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWW und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die Refinanzierung über Kreditlinien wird über eine solide Bonität der EWW sichergestellt.

Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnisrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch die laufende Überwachung der Beteiligungen.

Rechtliche und regulatorische Risiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Unter diese Kategorie fallen auch Risiken aus Compliance, Governance und HSE (Health, Safety, Environment).

Im Rahmen des Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen.

Soziale und Ökologische Risiken

Die Kategorie Soziale und Ökologische Risiken umfasst jene Risiken, die für die Gesundheit von Personen, den Lebensraum oder die Arbeitsumgebung von besonderer Wichtigkeit sind. Ökologische Risiken entstehen meist durch externe Einflüsse. Im Bereich Human Resources gibt es bspw. Risiken für die menschliche Gesundheit und für das Ökosystem oder auch Risiken der persönlichen Haftung von Unternehmen für umweltrelevante Aktivitäten eines Unternehmens.

Eine gewisse Steuerung und Minimierung sozialer und ökologischer Risiken stellt die EWV über die Einbindung in das E.ON-konzernweite Environmental, Social, Governance (ESG)-Reporting sicher.

Risiko-Portfolio

Das Risiko-Portfolio der EWV wird turnusmäßig aktualisiert und dem Risikokomitee der EWV vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
 - Niedrig (>1 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)
 - Hoch (>20 bis 50 %)
 - Sehr Hoch (>50 bis 100 %)

und

- Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
 - Gering (0 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20 %)
 - Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
 - Kritisch (>50 %)
 - Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWV nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Hier die sechs wertwichtigsten Risiken:

1. Zerstörung der Dienststelle (Schadensklasse „Schwerwiegend“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Das erfasste (extreme) Szenario unterstellt einen Schadensfall der gleichen Größenordnung wie dem Hochwasser in 2021, allerdings ohne Intervention eines staatlich aufgelegten Hilfsfond bzw. der Gebäudeversicherung.

2. Beschaffungskostenanstieg aufgrund eines Lieferantenausfalls (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“)

Liquiditätsprobleme eines Lieferanten könnten zu einem Ausfall von Beschaffungsmengen führen für die Medien Strom und Gas. Dieses Szenario bildet den Ausfall des Lieferanten mit der größten jährlichen Liefermenge dar.

3. Margenminderung aufgrund geringerer spez. Verbrauchsmengen (Effizienzen/Substitution) (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)

Mögliche Ursachen sind bspw. das Einsparverhalten der Kunden, Substitution durch andere Energieträger, Wärmedämmung, effizientere Energietechnik etc. Das Risiko beinhaltet geringere spez. Verbrauchsmengen sowohl im Gas als auch im Strom.

4. Margenminderung aufgrund höherer Kundenabgänge und Wechsler (Schadensklasse „Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)

Mögliche Ursachen sind bspw. erfolglose Kündigungsverhinderungs- und Akquisitionsversuche in dem angegebenen Zeitfenster, allgemeine Zunahme der Wechselbereitschaft, äußere Marktstörungen, die Energiewende, Kündigungen aufgrund von Wechseln wegen neuer Preisanpassungsklauseln.

5. Kostensteigerung bei Ausgleichsenergie (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)

Damit sind Mehrkosten für Ausgleichsenergie für Strom und Gas im Vergleich zum durchschnittlichem Beschaffungspreis gemeint. Mögliche Ursachen könnten bspw. Nicht korrekt prognostizierte Absatzmengen sein.

6. Kreditrisiken Retail B2B/B2B (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“)

Das Risiko umfasst im Wesentlichen Forderungsausfälle im B2C Segment. Hauptrisikotreiber bilden neben Kaufkraftveränderungen auch Preissteigerungen, konjunkturelle Entwicklungen und Insolvenzen (§133 ff InsO)

Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

Chancen

Erneuerbare Energien integrieren: Wir erkennen die Bedeutung der Integration erneuerbarer Energien in unser Portfolio. Dies ermöglicht uns, eine führende Rolle in der Energiewende zu spielen, während wir weiterhin konventionelle Produkte anbieten. Dabei bietet sich für die EWW die Chance sowohl im Angebot von Produkten für Privatkunden, wie z.B. Wärmepumpen und Photovoltaik, als auch durch Investitionen in größere regionale Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien neue Märkte zu erschließen und bereits bestehende Produkte und Projekte weiterzuentwickeln. Die Möglichkeiten für Investitionen in Photovoltaik- als auch Windparkprojekte werden maßgeblich von der jeweils geltenden Gesetzgebung beeinflusst.

Wärmeversorgung: Wir sehen auch für 2024 weiterhin ein gesteigertes Interesse an klimafreundlicher Wärmeversorgung. Die Verpflichtungen der Kommunen in NRW zur Durchführung einer kommunalen Wärmeplanung wird für uns als EWW weiterhin die Möglichkeit eröffnen als Partner Angebote zur Konzeptionierung abzugeben. Wir konnten bereits im Jahr 2023 bei drei Kommunen Angebote zur Durchführung der kommunalen Wärmeplanung legen und möchten dieses Angebot auch im Jahr 2024 ausweiten. Neben der kommunalen Wärmeplanung setzen wir auch in den Folgejahren unsere nachhaltigen Nahwärmekonzepte für Neubaugebiete um. Unterstützt wird dies durch den Klimaneutralitätspfad vieler Gemeinden sowie ein angedeutetes Verbot des Einbaus von rein fossilen Heizungen. Kombiniert mit einem verstärkten Umweltbewusstsein der Bürger erkennen wir Chancen in der Umsetzung von kalten Nahwärmeprojekten sowie den Absatz von Wärmepumpen.

Förderung von Energieeffizienz: Wir setzen uns dafür ein, unsere Kunden über Energieeffizienz zu informieren sowie zu fördern. Dies hilft nicht nur, den Gesamtenergieverbrauch zu senken, sondern stärkt auch unsere Beziehung zu den Kunden im Bereich des Energievertriebs.

Dezentralisierte Energieerzeugung ausbauen: Wir nutzen die Chancen der Dezentralisierung, um näher an unseren Kunden zu sein und gleichzeitig die Effizienz unserer konventionellen Energieerzeugung zu steigern.

Digitale Technologien einsetzen: Durch den Einsatz digitaler Technologien in unserem Umfeld verbessern wir die Effizienz und Stabilität unseres konventionellen Strom- und Gasvertriebs und entwickeln nachgefragte Kundendienstleistungen.

Beteiligung an der Elektromobilität: Wir erkennen das Wachstum der Elektromobilität als Chance, unser Geschäft im Bereich der Ladeinfrastruktur deutlich auszubauen. Durch Investitionen in öffentliche Ladeinfrastruktur gelingt es uns nicht nur dauerhafte und wiederkehrende Erlöse in einem Wachs-

tumsmarkt zu generieren, sondern wir kommen auch unserer regionalen Positionierungen im Versorgungsgebiet nach. Darauf aufbauend steht die Projektierung von komplexeren Abrechnungsmodellen im gewerblichen Kontext in der Startphase. Wir erkennen in allen Segmenten rund um Elektromobilität eine zunehmende Bedeutung für die EWW.

Nutzung regulatorischer Anreize: Wir nutzen staatliche Förderprogramme, um sowohl in konventionelle als auch in erneuerbare Energieprojekte zu investieren und unsere Marktposition zu stärken.

Strategische Partnerschaften eingehen: Durch Kooperationen mit anderen Unternehmen und Institutionen schaffen wir Synergien, die sowohl unseren konventionellen als auch unseren erneuerbaren Energiebereich stärken.

Nachhaltigkeitsinitiativen vorantreiben: Wir positionieren uns als nachhaltiger Energieversorger, um das Vertrauen unserer Kunden zu stärken und gleichzeitig unser Energiegeschäft auszubauen.

Prognosebericht

Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die globale wirtschaftliche Entwicklung wird auch im Jahr 2024 von den Herausforderungen der Inflation und den geringen Wachstumsaussichten geprägt sein. Die OECD prognostiziert ein moderates Wachstum der Weltwirtschaft von 2,7 Prozent, ausgehend von strengeren Finanzierungsbedingungen, schwachem Handelswachstum in einem Umfeld von geopolitischen Spannungen und auch den Auswirkungen einer strafferen Geldpolitik, die weitere Störungen auf den Märkten verursachen kann. Unter der Annahme, dass die Inflation weiter nachlässt und die Realeinkommen steigen, wird die Weltwirtschaft im Jahr 2025 voraussichtlich um 3 Prozent wachsen. Der weltweite Warenhandel und die Industrieproduktion werden aufgrund des weitgehenden Abbaus von Lagerbeständen in Unternehmen wieder an Dynamik gewinnen, während sich die schwache Wirtschaftsentwicklung in China dämpfend auswirken wird.

Für die EU wird für das Jahr 2024 ein Wachstum des BIP von 1,3 Prozent prognostiziert und für das Jahr 2025 voraussichtlich von 1,7 Prozent.

Mit Blick auf Deutschland gehen Wirtschaftsinstitute für das Jahr 2024 von einer beginnenden Erholung der Wirtschaft und einem Wachstum von 0,9 Prozent aus. Darüber hinaus wird mit einer weiteren Normalisierung der Konjunktur im Jahr 2025 und einem BIP-Wachstum von 1,3 Prozent gerechnet. Die sich zuletzt abschwächende Inflation, die steigenden Lohneinkommen und die hohe Beschäftigungsrate lassen auf eine höhere Kaufkraft sowie gesamtwirtschaftliche Nachfrage schließen, die diese Einschätzungen/Prognosen stützen.

Strategische Entwicklung der EWW

Die für EWW bisher bedeutende Rolle des Geschäftsfeldes Erdgasversorgung wird bedingt durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen in den kommenden Jahren sukzessive zurückgehen. Die EWW plant eine höchstmögliche Kompensation zurückgehender Liefermengen im Gas durch ansteigende Wärmepumpen- und Fernwärmeaktivitäten. Die EWW-seitige Beteiligung an der kommunalen Wärmeplanung stellt dabei einen wichtigen strategischen Stellhebel für die Wärmetransformation in der Region dar. Hier gilt es, Involvement und Beratung zunächst zu sichern, bevor eine Beteiligung an der eigentlichen Umsetzung über Investitionen erfolgt. Aufgrund der Vielzahl der unterschiedlichen Belange der Kommunen in der Region kommt es im hohen Maße auf einen effizienten Einsatz der Ressourcen (Projektmanager, Investitionen, etc.) an. Dabei sind auch die Transformationspläne für die eigenen FW-Netze und die des Netzbetreibers Regionetz aufeinander abzustimmen. Die EWW hat dazu ein strategisches Projekt aufgesetzt, welches einen langfristigen Charakter haben wird. Zentraler Baustein wird das Wasserstoffkernnetz sein, welches eine Anbindung einzelner Industriebetriebe in der Region wohl vor 2030 ermöglicht. Zudem kann die Verwendung an Wasserstofftankstellen eine Option sein.

Das Strommarktdesign wird sich bis 2030 in Richtung Regenerative Erzeugung, Flexibilitätsdienstleistungen und Wasserstoff entwickeln. Auf der Verbraucherseite kommt es zu einem starken Anstieg der Wärmepumpentechnologien, aber auch die Elektromobilität wird einen weiteren Hochlauf nehmen. Diese Technologien werden künftig auch als Flexibilität und daher als steuerbare Einheiten (vehicle2grid/intelligentes Laden) eingebunden werden können. Hier gilt es weiterhin den Wachstumspfad über attraktive Produktoptionen auf der Commodity- und Dienstleistungsseite zu begleiten und abzuschöpfen. Auf der Erzeugerseite gilt es alle Geschäftsoptionen für Photovoltaik und

Windkraft im regionalen Umfeld zu prüfen und umzusetzen. Ein systematischer Angang von potentiellen Flächen und die enge Verzahnung mit den kommunalen Entscheidungsträgern sind essentiell. Dies gilt im Kern auch für den Hochlauf der öffentlichen Ladeinfrastruktur der von EWW nun forciert wird. Die EWW will ihr Beteiligungsportfolio, insbesondere im Bereich der Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien, weiter ausbauen und optimieren. Hierzu sind verschiedene Projekte in Vorbereitung. Einen wichtigen strategischen Eckpfeiler der EWW stellt die Digitalisierung dar. Die Vorteile der Digitalisierung sollen optimal unter Berücksichtigung der Kundenbedürfnisse genutzt werden. Dabei wird auch zunehmend der Einsatz von künstlicher Intelligenz eine Rolle spielen. Dem allgemeinen Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt wird die EWW durch eine erhöhte Arbeitgeberattraktivität entgegenwirken. Eine hohe Mitarbeiterzufriedenheit stellt hierzu die Basis dar.

Ausblick

Klimaschutz und Strukturwandel

Der Klimaschutz bildet das aktuelle zentrale Politikthema. Für ihn wird eigens ein Gesetz erstellt: das Klimaschutzgesetz. Der Klimaschutz wird vor allem durch die Energiewende vorangetrieben. Wesentliche Impulse ergeben sich hier aus der jüngeren EU-Gesetzgebung in Form der novellierten Erneuerbare-Energien-Richtlinie als auch aus dem Strukturwandelprozess im Rahmen des Braunkohleausstiegs.

Nach dem Beschluss der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vom 26. Januar 2019 wird Deutschland zur Verringerung des CO₂-Ausstoßes bis spätestens zum Jahr 2038 komplett aus der Kohleverstromung aussteigen.

Die Zukunftsagentur „Rheinisches Revier“ wird den Strukturwandelprozess im Auftrag des Landes Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich steuern, um auf lange Zeit Wertschöpfung und Beschäftigung zu sichern und eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Der Raum des Rheinischen Reviers umfasst die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Kreis Neuss, die Städteregion Aachen und die Stadt Mönchengladbach. Gemeinsam mit den 2,4 Millionen Menschen, die im Rheinischen Revier leben, ist es Ziel, eine lebenswerte Zukunft für diese Region zu gestalten.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 wurde mit dem Ziel erstellt, einen konkreten Leitfaden für den bestmöglichen Einsatz der in Aussicht gestellten Fördermittel für das Rheinische Revier zu schaffen. Die Bundesregierung beabsichtigt, das Rheinische Revier in den nächsten zwei Jahrzehnten mit bis zu 15 Milliarden Euro zu unterstützen, um Beschäftigungs- und Wertschöpfungsverluste in den Teilregionen zu kompensieren und eine erfolgreiche Transformation für die Zeit nach der Braunkohleverstromung zu ermöglichen.

Das Wirtschafts- und Strukturprogramm 1.0 ist die bislang ambitionierteste Zukunftsvision des Rheinischen Reviers für die Zeit nach der Braunkohle. Das Rheinische Revier will seine herausragenden Kompetenzen in der Energiewirtschaft, in der Ressourcen- und Bioökonomie, in der industriellen Produktion, in Wissenschaft und Forschung sowie die Neuordnung von Raum und Infrastrukturen nutzen, um zeitnah die erforderlichen neue Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotenziale im Wirkungsraum der auslaufenden Braunkohleverstromung zu erschließen. Damit will es Modell und Pilotregion für neue Energie und Mobilität sowie nachhaltige Produktionen werden und ein darauf ausgerichtetes attraktives Lebensumfeld erschaffen.

Bis zum Jahr 2050 will die Region zudem vollständig CO₂-neutral wirtschaften. Die international vereinbarten Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) und deren Umsetzungsstrategien können dabei eine wichtige Orientierung liefern.

EWW Schwerpunkte

Trotz der widrigen Umstände rund um das zu sanierende Verwaltungsgebäude in Stolberg hat es die EWW auch in 2023 weiter erfolgreich geschafft, alle Prozesse in hoher Qualität aufrechtzuerhalten. Die Arbeiten wurden seit 2020 zum größten Teil ins Home-Office verlegt. Dieser Zustand wird auch noch zu Beginn des Jahres 2024 anhalten. Die weiter fortschreitende Sanierung des Verwaltungsgebäudes wird einen vollständigen Einzug in das Verwaltungsgebäude voraussichtlich im Laufe des Jahres 2024 erlauben.

EWV hat das ambitionierte Ziel zu einem der besten Arbeitgeber in der Region zu werden. Die Arbeitszufriedenheit steht im Fokus und wird kontinuierlich gemessen und verbessert. Angesichts der Herausforderung von Fachkräftemangel und demografischem Wandel ist es wichtig, bestehende Kompetenzen zu erweitern und gleichzeitig neue Fähigkeiten zu erlernen. Dies ist entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Unternehmens zu erhalten und sich in einer ständig verändernden Arbeitswelt zu behaupten.

Unter dem Dach der Zukunftsagentur Rheinisches Revier sind entlang der Themenfelder Infrastruktur und Mobilität, Energie und Industrie, Ressourcen und Agrobusiness, Raum, Innovation und Bildung sowie Internationale Bau- und Technologieausstellung (IBTA) sogenannte Revierknoten definiert worden. Die Revierknoten erarbeiten jeweils mit einem Expertenkonsortium die inhaltliche Basis für künftige Förderprogramme. Die EWV wird sich im Rahmen des Zukunftsfeldes „Energie und Industrie“ als Experte aus der Energiewirtschaft gemeinsam mit anderen Unternehmen der Region engagieren. Unser Schwerpunkt wird auch hier auf der Vernetzung mit unseren kommunalen Partnern liegen, mit denen wir gemeinsam die Potentiale im Strukturwandel nutzen wollen.

Ein zentrales Vorhaben bildet die sogenannte Talachse der Kupferstadt Stolberg (Rhld.). Hierunter wird eine von Südwest nach Nordost verlaufende infrastrukturelle Achse verstanden, welche sich entlang des natürlichen Verlaufs des Vichtbachs entwickelt hat. Die Talachse prägt insbesondere das Bild Stolbergs als Industriestandort. Ziel ist es, Stolbergs energieintensive Traditionsunternehmen entlang der Talachse mit Hilfe erneuerbarer Energiesysteme sowie innovativer Energiespeicher energieautark aufzustellen und mittels Kooperationen im Bereich Technologie- und Innovationstransfer bestehende Standortvorteile auszubauen. Zur Umsetzung des Vorhabens soll unter Beteiligung der Akteure über eine Studie der Antrag zu einem gemeinsamen Förderprojekt erarbeitet werden. Die EWV beteiligt sich als Koordinator und als Mitglied des Akteurskonsortiums an der Studie und den flankierenden Maßnahmen.

In Kommunen bestehen gemeinhin hohe Energie-Einsparpotenziale, vor allem in öffentlichen Gebäuden. Kommunale Energieeffizienz-Netzwerke tragen nennenswert dazu bei, diese Potenziale zu identifizieren und zu heben. Daher wurde als wichtige Sofortmaßnahme des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) die Förderung von Energieeffizienz-Netzwerken von Kommunen eingeführt.

Die Umsatzerlöse der EWV werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2024 357,1 Mio. € betragen. Einen wesentlichen Beitrag liefern die Commodity-Absatzmengen mit 708 GWh Strom und 1.258 GWh Gas mit korrespondierenden Stromerlösen i. H. v. 164,8 Mio. € und Gaserlösen i. H. v. 160,7 Mio. €. Der Jahresüberschuss der EWV für 2024 wird gemäß Plan bei 24,2 Mio. € liegen. Darin enthalten ist eine Ausgleichszahlung der Regionetz i. H. v. 16,5 Mio. €. Das Investitionsvolumen 2024 beträgt ca. 13,2 Mio. €.

Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWV ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWV Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWV hat sich im Geschäftsjahr 2023 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Bedenbecker, Nicolai	Geschäftsführung	ab 01.04.2023
Schröder, Dipl.-Ing. Dipl.-Wirt. Ing. Manfred	Geschäftsführung	bis 30.06.2023

Aufsichtsrat		
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	Vorsitzender	
Dr. Küppers, Stefan Vorstand Westenergie AG	1. stv. Vorsitzender	
Kohlen, Thomas Betriebsratsvorsitzender EWW	2. stv. Vorsitzender	
Bachmann, Erik Abteilungsleiter Kundenservice/Abrechnung/Debitoren	-	
Back, Dieter Gruppenleiter Lager & Material	-	
Becker, Udo Betriebsratsvorsitzender Regionetz	-	
Danelzik, Sarah Senior Vice President Order2Cash	-	
Dipl.-Ing. Spelthahn, Wolfgang Landrat des Kreises Düren	-	
Emonds, Jochen Ratsmitglied Stadt Stolberg	-	
Finke, Guido stv. Betriebsratsvorsitzender	-	
Haas, Patrick Bürgermeister Stadt Stolberg	-	
Hermanns, Karl-Heinz Städteregionstagsmitglied	-	
Kever, Astrid stv. Betriebsratsvorsitzende	-	
Krauthausen, Dietmwar Ratsmitglied Stadt Eschweiler	-	
Leonhardt, Nadine Bürgermeisterin Stadt Eschweiler	-	
Prof. Dr. Schröder, Achim Vorstand	-	
Pusch, Stephan Landrat des Kreises Heinsberg	-	
Ruhnau-Schroeder, Klaudia ehm. Mitarbeiterin der EWW	-	
Sonders, Alfred Bürgermeister Stadt Alsdorf	-	
Stangel, Michael Leiter Region Westliches Rheinland	-	
Vogt, Brigitte Leiterin Marketing & Brand	-	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Beirat		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Beirat		
von Hoegen, Till Technischer Beigeordneter Stadt Würselen	-	

Ausführliche Aufsichtsratsübersicht aus dem Jahresabschluss der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH. Für die Gesellschafterversammlung und den Beirat nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 21 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 23,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die EWV GmbH ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1912 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.6 enwor - energie & wasser vor ort GmbH

Basisdaten

Anschrift	enwor - energie & wasser vor ort GmbH Kaiserstr. 86 52134 Herzogenrath
Gründungsjahr	1909
Internet	www.enwor-vorort.de
Telefon	02407/509-0
Telefax	02407/509-7777

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist

- die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme,
- die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen,
- die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie
- die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung der Versorgung in Würselen mit Strom, Wasser und Gas.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgabe der enwor ist die Sicherstellung der Versorgung mit Strom, Gas, Trinkwasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus fühlt sich enwor als Arbeitgeber, als Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk in der Region und als Sponsor insbesondere für die Jugendarbeit im Versorgungsgebiet dem Gemeinwohl verpflichtet. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	11.724,3	52,52
Stadt Herzogenrath	5.860,3	26,25
Stadt Würselen	2.497,9	11,19
Stadt Übach-Palenberg	1.317,6	5,90
Stadt Alsdorf	550,3	2,46
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	319,7	1,43
Stadt Baesweiler	52,6	0,24
2 ehem. Aktionäre StwAG	2,4	0,01

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	4.791,6	4,35
Trianel Windpark Borkum GmbH & Co. KG	4.589,2	1,54
Trianel Windkraft Borkum II GmbH & Co. KG	4.302,4	4,75
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG	1.878,9	1,27
Trianel Gaskraftw. Hamm GmbH & Co. KG	644,9	1,22
Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH	600,0	50,00
Trianel GmbH	445,4	2,21
Trianel Onshore Windkraft GmbH & Co. KG	300,2	5,49
Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH	25,1	25,10
IWA - Institut für Wasser- und Abwasseranalytik	9,0	30,00
STAWAG Solar GmbH	5,0	10,00
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG	2,0	20,00
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG	0,3	10,00
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG	0,3	10,00
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG	0,3	10,00
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG	0,3	10,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der Stadt Würselen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 11,891 % (abzgl. Kapitalertragsteuer / Solidaritätszuschlag / anteiliger Erstattung durch die Finanzbehörde) jeweils im nächsten Jahr zu. Im Jahr 2023 waren dies 671.328,11 € Gewinnanteil. Daneben erhielt die Stadt Würselen Konzessionsabgaben für die Strom- und Wassernetze in Würselen in Höhe von 1.760.000,00 €. Insgesamt ergaben sich in 2023 Erträge von der Enwor in Höhe von 2.431.328,11 €.

Die Aufwendungen an die Enwor beliefen sich im Jahr 2023 auf 837.725,07 €. Darunter fallen unter anderem die Aufwendung für Straßenbeleuchtung in Höhe von 621.046,48 € sowie Leistungen für die Bewirtschaftung von Gebäuden mit Energie, Wasser und für die Heizung in Höhe von 188.841,58 €.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	157.755	159.230	-1.475	Eigenkapital	70.069	60.666	9.403
Umlaufvermögen	59.896	44.799	15.097	Sonderposten	21.303	20.267	1.036
				Rückstellungen	108.603	104.900	3.703
				Verbindlichkeiten	18.375	19.904	-1.529
Aktive Rechnungsabgrenzungen	705	1.710	-1.006	Passive Rechnungsabgrenzungen	7	3	4
Bilanzsumme	218.356	205.739	12.617	Bilanzsumme	218.356	205.739	12.617

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Zur Finanzierung des Ankaufs der Würselener Straßenbeleuchtung hat die Stadt Würselen der ASEAG Energie GmbH am 16.09.2003 eine Bürgschaft gewährt. Der Stand der Bürgschaft beträgt zum 31.12.2023 73.060,32 €.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	188.243	140.544	47.699
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-7.723	7.436	-15.159
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	2.597	2.109	488
4 Sonstige betriebliche Erträge	3.785	1.201	2.584
5 Materialaufwand	-115.314	-88.329	-26.985
6 Personalaufwand	-27.467	-27.219	-248
7 Abschreibungen	-8.611	-8.434	-177
7.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-8.611	-8.434	-177
8 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-11.332	-9.617	-1.715
9 Erträge aus Beteiligungen	4.764	3.468	1.296
10 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	119	142	-22
11 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.704	1.581	122
12 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	-5.495	-5.017	-478
13 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.252	-4.454	3.202
14 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-8.642	-7.488	-1.155
15 Ergebnis nach Steuern	15.376	5.922	9.454
16 Sonstige Steuern	286	534	-248
17 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	15.662	6.456	9.206

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	32,1 %	29,5 %	2,6 %
Eigenkapitalrentabilität	22,4 %	10,6 %	11,7 %
Anlagendeckungsgrad 2	44,4 %	38,1 %	6,3 %
Verschuldungsgrad	181,2 %	205,7 %	-24,5 %
Umsatzrentabilität	8,3 %	4,6 %	3,7 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 294 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 286) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Gesamt- und regionalwirtschaftliche Entwicklung im Geschäftsjahr

Das Jahr 2023 erwies sich aus wirtschaftlicher Sicht als schwierig. Die Erholungsphase nach der Covid-19- Krise währte bei der deutschen Wirtschaft nicht lange. Im Jahr 2023 sank das reale Bruttoinlandsprodukt nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes gegenüber dem Vorjahr um 0,3 %. Die Bundesregierung musste im Februar 2024 ihre Prognose in Bezug auf das Wirtschaftswachstum für das Prognosejahr 2024 von 1,3 % in Richtung eines Nullwachstums zurücknehmen. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hinkt im internationalen Vergleich hinterher, Deutschland bleibt in Bezug auf das Wachstum das Schlusslicht in Europa. Das Jahr 2024 dürfte so herausfordernd werden wie das Berichtsjahr. Viele Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Prognosen die deutsche Wirtschaft betreffend gesenkt, die Wachstumsprozeentsätze bewegen sich nur knapp oberhalb der Nulllinie. Die Bundesregierung sieht das langfristige Wachstum nur bei 0,5 %. Kein Land in der EU wächst langsamer als Deutschland. Auch im Vergleich mit der amerikanischen und der chinesischen Volkswirtschaft schneidet Deutschland in Bezug auf die Wachstumsdynamik schlecht ab, was darauf zurückzuführen ist, dass es an binnenwirtschaftlicher Nachfrage und Investitionsfreude mangelt. Die festzustellende Wachstumsdelle kann nicht vollständig mit den Folgen des Ukrainekriegs erklärt werden. Die Auslandsnachfrage lässt zu wünschen übrig. Die im internationalen Vergleich hohen Energiekosten belasten den Standort Deutschland in den energieintensiven Branchen und mittelbar auch die Exportwirtschaft. Insgesamt wird angesichts dessen die Frage gestellt, ob Deutschland erneut „der kranke Mann in Europa ist“.¹ Bejahendenfalls ist die Frage zu stellen, welche strukturellen und angebotsseitigen Verbesserungen notwendig sind, um den Anschluss an die prosperierenden Volkswirtschaften herzustellen. Derzeit drücken insbesondere die gestiegenen Finanzierungskosten auf die Investitionsbereitschaft der Industrie, der Dienstleister und der privaten Haushalte. Gerade die letztgenannte Gruppe hält sich derzeit im Hinblick auf die Inflationsraten mit Konsumausgaben zurück. Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor detaillierter dargestellt.

Industrie

Die Industrieproduktion befindet sich über mehrere Monate hinweg in einer Abwärtsbewegung und folgt der Nachfrageschwäche. Vorhandene, in der Vergangenheit existente Auftragspolster werden zunehmend abgeschmolzen, was ein noch stärkeres Minus bei der Industrieproduktion verhindert.

Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung zeigt sich gegenüber der Konjunkturlage bis auf Weiteres noch robust. Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm Ende 2023 punktuell zu, wobei die einzelnen Sektoren (Handel, Pflege- und Gesundheitsdienstleistungen, Industrie) unterschiedliche Tendenzen aufweisen. Insgesamt mehren sich die Zeichen für eine geringfügig steigende Arbeitslosigkeit.

Regionalwirtschaftliche Lage

Die Wachstumsrate der Wirtschaftsleistung von NRW wird 2024 nach Einschätzung der Landesregierung bzw. des von ihr beauftragten RWI-Wirtschaftsforschungsinstituts nur um 0,3 % steigen, dies liegt unter den wachstumsaussichten für die Bundesrepublik insgesamt. Die Wirtschaftsleistung in NRW ging im Jahr 2023 um 1,1 % zurück. Die Erholung der hiesigen Wirtschaft fällt somit schwach aus.

Die Arbeitslosigkeit ist zum Jahreswechsel 2023/2024 leicht gestiegen. Sie liegt in der Städte- Region Aachen mit 7,2 % in etwa auf dem gleichen Niveau wie in NRW insgesamt. Die Lage innerhalb der StädteRegion ist uneinheitlich. Die niedrigste Quote weist der Bezirk Monschau mit 4,2 % auf, die höchste Quote liegt in der Stadt Aachen mit 7,7 %. Der Kreis Düren rangiert mit 7,0 % auf vergleichbarem Niveau wie die StädteRegion Aachen, wohingegen die Quote im Kreis Heinsberg mit 5,4% deutlich günstiger ausfällt.

Derzeit wird der regionale Arbeitsmarkt trotz vieler Herausforderung für die Betriebe noch als robust eingeschätzt. Angesichts des Fachkräftemangels versuchen die Unternehmen auch bei „Auftragsdellen“ ihre Belegschaften weiter zu beschäftigen.

Die Unternehmen blicken insgesamt im IHK Bezirk Aachen pessimistisch in das Jahr 2024. Die Geschäftserwartungen sind trüb und bleiben negativ, wenngleich die Ist-Situation in Bezug auf die Geschäftslage noch positiv besprochen wird. Aufgrund der negativen Zukunftserwartungen ist nicht davon auszugehen, dass es zu einem spürbaren Anstieg der Mitarbeiterzahlen kommen wird. Dies gilt auch bereits deswegen, weil die Investitionspläne auf niedrigem Niveau bleiben, der Fachkräftemangel limitierender Faktor ist und die Inlandsnachfrage schwächelt, weil die Konsumenten sich zurückhalten.

Die weiterhin inflationsbedingt hohen Baukosten und die Bauzinsen belasten unverändert im Baugewerbe bzw. bei den Immobilieninvestoren die Entscheidungssituationen. Angesichts dessen sind die Renditeaussichten am Bau belastet und bremsen die Baukonjunktur - insbesondere den so dringend benötigten Wohnungsneubau. Lediglich der Tiefbau federt den Einbruch beim Bauvolumen ab.

¹

<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/economist-deutschland-ist-wieder-der-kranke-mann-europas-titelgeschichte/>

Zur Steuerung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bedient sich die enwor sowohl finanzieller als auch sonstiger Leistungsindikatoren. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren sind:

- Umsatzerlöse,
- Rohertrag,
- Investitionen,
- Liquidität,
- Jahresüberschuss.

Sonstige Leistungsindikatoren sind:

- Absatzmengen Strom, Gas, Wasser und Wärme,
- Entwicklung der Kundenzahlen.

Zusammenfassend kann vorab festgestellt werden, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor im Geschäftsjahr 2023 jederzeit geordnet war.

Mit Netzpachtvertrag und Übertragungsvertrag für den Netzbetrieb jeweils vom 19. Dezember 2022 hat die enwor ihre Strom- und Gasnetzaktivitäten auf die Tochtergesellschaft enwor Netz GmbH, Herzogenrath, übertragen. Der Netzpachtvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2027. Mit diesen beiden Verträgen war beabsichtigt, die gesamten Strom- und Gasnetzaktivitäten auf den Rechtsnachfolger enwor Netz GmbH zu übertragen. In Abstimmung mit der Regulierungsbehörde ging zu diesem Zweck die Genehmigung des Netzbetriebs der enwor auf den Rechtsnachfolger gemäß § 4 Abs. 3 EnWG über. Die enwor Netz GmbH hat sich verpflichtet, sämtliche gesetzlichen und behördlichen Pflichten eines Netzbetreibers ab dem 01. Januar 2023 wahrzunehmen. Sie stellt insbesondere sicher, dass im Rahmen der Bestimmungen des Übertragungsvertrages und des EnWG alle gesetzlichen Pflichten eines Verteilnetzbetreibers, die sich aus dem EnWG und den Konzessions-, Wegenutzungs- und Gestattungsverträgen ergeben, eigenständig und unabhängig entsprechend dem in § 8 EnWG geforderten Umfang wahrgenommen werden.

Ertragslage

Die in diesem Berichtsteil verwendeten Zahlen entstammen der Bilanz und der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung (im Folgenden kurz GuV) bzw. der Sparten-Bilanz und der Sparten-

GuV für das Berichtsjahr. Planwerte sind den internen Planungsunterlagen entnommen. Die Absatz- und Erlösstatistiken für die einzelnen Sparten bilden die Grundlage für die Angabe der Ist-Mengen.

Insgesamt konnten die Umsatzerlöse der enwor mit 188 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr mit 141,0 Mio. € um 47 Mio. € gesteigert werden. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf gestiegene Erlöse im Bereich Strom (+ TEUR 8.772), gestiegene Erlöse im Gasbereich (+ TEUR 7.220) sowie gestiegene Erlöse aus Betriebsführungen (+ TEUR 12.179). Prognostiziert waren 182 Mio. €. Die Abweichung zum Planansatz liegt insbesondere in höheren Vertriebs Erlösen begründet. Die Materialaufwendungen sind von 88,3 Mio. € im Vorjahr um 27 Mio. € auf jetzt 115,3 Mio. € gestiegen. Das Rohergebnis stieg von 63,0 Mio. € im Vorjahr um 8,7 Mio. € auf 71,6 Mio. € im Geschäftsjahr. Dadurch konnte der in der Planung für 2023 angesetzte Wert von 62,4 Mio. € überschritten werden.

Der Personalaufwand erreicht 27,5 Mio. €. Er ist gegenüber dem Vorjahreswert in Höhe von 27,2 Mio. € um 0,3 Mio. € gestiegen und übertrifft den Planwert in Höhe von 24,5 Mio. €. Die konstante Seitwärtsbewegung ist im Jahr 2023 durch gegenläufige Effekte bedingt: einer generellen Aufwandserhöhung durch Lohnsteigerung wirkt ein Abschmelzen der Pensionsrückstellung entgegen, welches insbesondere durch die Harmonisierung der Prämissen im Rahmen des Kooperationsprojektes NERA begründet ist.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr von -4,3 Mio. € auf nunmehr -0,2 Mio. € deutlich verbessert. Damit liegt das Finanzergebnis oberhalb der Planung von -2 Mio. €. Auch hier liegt die Ursache in den Pensionsrückstellungen: durch die deutliche Zinssteigerung am Kapitalmarkt im Jahr 2023 ist der in die Zuführung der Pensionsrückstellung einzuberechnende Zinsanteil um 3,1 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Der Jahresüberschuss nach Steuern liegt im Geschäftsjahr 2023 mit 15,7 Mio. € um 9,3 Mio. € oberhalb des Planwerts in Höhe von 8,5 Mio. €, der im Dezember 2022 vorgestellt wurde. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag in Höhe von 15,0 Mio. € an die gewinnberechtigten Gesellschafter auszuschütten.

Im Folgenden wird die Ertragslage für die einzelnen Geschäftsbereiche dargestellt. Eine detaillierte Übersicht zu den Erlös- und Aufwandspositionen ergibt sich aus den veröffentlichten Spartenabschlüssen.

Entwicklung im Strombereich

Strom Netz

Ab dem 1.1.2023 hat die enwor Energie den Stromnetzbetrieb an ihre 100%ige Tochter enwor Netz GmbH übertragen. Die enwor Netz GmbH ist der Stromnetzbetreiber in den Städten Herzogenrath und Würselen und versorgt dort rund 86.800 Einwohner über ein ca. 1.167 km langes Leitungsnetz. Die Jahresnetzlast liegt mit 278,2 Mio. kWh unter dem Vorjahresniveau (284,8 Mio. kWh) und übersteigt damit den prognostizierten Wert von 260,2 Mio. kWh. Die Durchleitungsmenge für Fremdlieferungen ist im abgelaufenen Geschäftsjahr mit 129,8 Mio. kWh im Vergleich zum Vorjahreswert mit 134,2 Mio. kWh gesunken und liegt damit aber über der Prognose in Höhe von 116,0 Mio. kWh. In der Sparte Strom Netz der enwor Energie sind lediglich Erlöse aus Betriebsführung und Verpachtung, die Abschreibung der Netze und weitere anteilige Kosten ausgewiesen.

Messstellen, die bereits mit modernen Messeinrichtungen ausgestattet sind und gemäß Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) nach Preisobergrenze (POG) abgerechnet werden, werden nicht mehr dem Stromnetz, sondern einer separaten Sparte „Messstellenbetrieb“ zugeordnet. Somit finden die Abrechnungserlöse daraus auch keine Berücksichtigung mehr in der Sparte „Stromnetzbetrieb“.

Stromvertrieb

Die Stromabgabe an sämtliche Kunden der enwor ist von 193 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 185 Mio. kWh gesunken und liegt aber noch oberhalb der Prognose von 177,6 Mio. kWh.

Dabei konnte im Out-of-Area-Bereich das Vorjahresniveau gehalten werden, im Homeland-Bereich der enwor musste dagegen ein deutlicher Rückgang der Absatzmenge von 140,1 Mio. kWh auf 132,1 Mio. kWh verzeichnet werden. Im Out-of-Area-Bereich sank die Kundenzahl von 5.248 auf 4.991. Im Homeland-Bereich sank die Kundenzahl von 45.427 auf 45.291.

Durch die Realisierung nicht eingetretener Risikofürsorge stieg das Rohergebnis Stromvertrieb nach 3,8 Mio. € im Vorjahr auf 5,0 Mio. € im Berichtsjahr.

Sonstige Stromaktivitäten

Zu den sonstigen Aktivitäten zählt die Stromerzeugung aus dem Trianel Kohlekraftwerk in Lünen, mit dem die enwor über einen Stromabnahmevertrag verbunden ist, sowie die Straßenbeleuchtung und der Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen.

Das Geschäftsjahr 2023 schließt im Bereich Trianel Kohlekraftwerk mit einem Gewinn in Höhe von 0,6 Mio. € ab. Die bereits bestehende Drohverlustrückstellung wurde in 2023 nicht angepasst, da für die künftigen Geschäftsjahre 2023 - 2030 in erheblichem Umfang Rückstellungen angelegt sind.

Der Geschäftsbereich Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen entwickelte sich auch in 2023 sehr positiv. So ist die enwor als Dienstleisterin im Rahmen des „Weiße-Flecken-Programms“ der Bundesregierung mit Verlegearbeiten für Glasfaserkabel im Auftrag von NetAachen bzw. der StädteRegion Aachen befasst. Die entsprechenden Verträge wurden in 2020 unterzeichnet. Die Tätigkeiten in diesem Zusammenhang führten zu einem deutlichen Anstieg der Umsatzerlöse, da die Abrechnung der Maßnahmen im Berichtsjahr eingesetzt hat.

Die Sparte konnte dadurch als zusätzliches Betätigungsfeld der enwor weiter ausgebaut werden. Die Umsatzerlöse stiegen von 1,4 Mio. € im Vorjahr auf 4,8 Mio. € im Geschäftsjahr.

Entwicklung im Gasbereich

Gas Netz

Ab dem 1.1.2023 hat die enwor Energie den Gastnetzbetrieb an ihre 100%ige Tochter enwor Netz GmbH übertragen. Die enwor Netz GmbH betreibt das Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath mit einer im Vergleich zum Vorjahr kaum veränderten Leistungslänge von 140 km. Die Zahl der Anschlüsse konnte im Geschäftsjahr 2023 um 21 Anschlüsse gesteigert werden, die Gasabgabe mit 182,1 Mio. kWh lag deutlich unter dem Vorjahreswert von 218,0 Mio. kWh. Prognostiziert waren 187,3 Mio. kWh, die somit ebenfalls nicht erreicht wurden. Das Rohergebnis im Bereich Gas Netz ist gegenüber dem Vorjahr (EUR 4,0 Mio.) auf EUR 2,9 Mio. gesunken und liegt damit knapp unter dem geplanten Wert von EUR 3,1 Mio. In der Sparte Gas Netz der enwor Energie sind lediglich Erlöse aus Betriebsführung und Verpachtung, die Abschreibung der Netze und weitere anteilige Kosten ausgewiesen.

Gas Vertrieb

Im Gas Vertrieb musste vor allem mit deutlichen Mengenrückgängen umgegangen werden. Die Kundenzahl im eigenen Netzgebiet konnte im Bereich der Tarifkunden leicht um 96 Kunden erhöht werden. Dagegen verlor die enwor im eigenen Netzgebiet 43 Sondervertragskunden. Im Out-Of-Area-Bereich sank die Kundenzahl von 2.025 auf 1.843. Die Gasabgabe an Kunden sank witterungsbedingt und aufgrund von massiven Einsparbemühungen der Kunden um 12,0 Mio. kWh von 199,5 Mio. kWh im Vorjahr auf 174,0 Mio. kWh. Damit liegt die Ist-Abgabe unter dem prognostizierten Wert von 205,8 Mio. kWh.

Das Rohergebnis der Gasvertriebssparte übertrifft im Geschäftsjahr 2023 mit 5,04 Mio. € das prognostizierte Rohergebnis (3,2 Mio. €). Der Vorjahreswert i.H.v. 4,3 Mio. € wurde ebenfalls übertroffen.

Entwicklung im Wasserbereich

Die enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler und Stolberg sowie in Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt rund 243.600 Menschen sowie Industrie- und Gewerbekunden in dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Die enwor betreibt hierzu ein fast 1.133 km langes Leitungsnetz mit rd. 64.631 Hausanschlüssen.

Die Wasserabgabe blieb mit 15,2 Mio. m³ im Geschäftsjahr 2023 leicht unter dem Vorjahreswert in Höhe von 15,3 m³ und unter der prognostizierten Menge von 15,7 Mio. m³.

Die Umsatzerlöse sind im Geschäftsjahr 2023 geringfügig um TEUR 35 auf TEUR 35.380 (Vorjahr: TEUR 35.415) gesunken. Das Rohergebnis liegt mit 22,4 Mio. € leicht über dem Vorjahresniveau von 22,2 Mio. €, aber leicht unter dem geplanten Betrag von 22,6 Mio. €.

Entwicklung im Wärmebereich

Die enwor hat im Geschäftsjahr 2023 an insgesamt 302 Kunden eine Gesamtwärmeabgabe von 20,4 Mio. kWh geliefert. Sie übertrifft damit leicht den prognostizierten Wert von 19,5 Mio. kWh.

Der Bereich Wärmecontracting verlief im Geschäftsjahr 2023 leicht rückläufig, es wurden 149 Kunden versorgt.

Betriebsführungen

Im Geschäftsjahr 2023 wurden die Betriebsführungsleistungen für die WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, für die enwor Netz GmbH sowie für die Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH auf Grundlage von Dienstleistungs- bzw. Betriebsführungsvertrages erbracht. Die Betriebsführung für die enwor Netz GmbH erfolgte in 2023 erstmalig. Hier wurden 12,2 Mio. € Erlöse erzielt. Die Umsatzerlöse liegen in diesem Geschäftszweig mit 20,8 Mio. € 12,2 Mio. € über dem Vorjahresniveau von 8,6 Mio. € und damit entsprechend über dem geplanten Wert in Höhe von 8,7 Mio. €.

Finanzlage

Die enwor hat im Geschäftsjahr 2023 in ihrem operativen Geschäftsbetrieb weiter in den Erhalt und die Erweiterung ihrer Leitungsnetze, Hausanschlüsse sowie Zähler und Messeinrichtungen investiert und dies weitgehend im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibungen finanziert. Insgesamt lagen die Investitionen ins Anlagevermögen mit 13,9 Mio. € (ohne Finanzanlagen) deutlich unter dem geplanten Volumen von 15,7 Mio. €.

Die enwor hat im Jahr 2023 lediglich 132 TEUR in Finanzanlagen investiert.

Der Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12. ist von 21,9 Mio. € auf 9,8 Mio. € gesunken.

Die Zahlungsfähigkeit der enwor war im Geschäftsjahr 2023 zu jedem Zeitpunkt in voller Höhe gegeben.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen der enwor hat sich in der Summe von 159,2 Mio. € im Vorjahr auf jetzt 157,8 Mio. € erneut leicht verringert. Dies ist insbesondere durch den Verkauf von Straßenbeleuchtungsanlagen an die Stadt Würselen verursacht.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme ist von 77,39 % im Vorjahr auf 72,24 % gesunken und zeigt somit unverändert die für Versorgungsunternehmen typische Anlagenintensität auf.

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital im engeren Sinne um 9,4 Mio. € auf 70,1 Mio. € gestiegen. Die Pensionsrückstellungen sinken leicht um 0,3 Mio. € auf nunmehr 86,5 Mio. €. Die Kreditverbindlichkeiten wurden von 8,8 Mio. € auf 1,5 Mio. € zurückgeführt.

Eigenkapital und langfristige Fremdkapital in Summe haben einen Anteil von 82,96 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne und decken damit das Anlagevermögen der enwor in vollem Umfang ab. Dies belegt die Einhaltung des betriebswirtschaftlichen Grundsatzes der fristenkongruenten Finanzierung.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Mit notariell beurkundetem „Beteiligungsvertrag zur Umsetzung des Zusammenschlusses“ vom 11. Dezember 2023 wurde der gesamte Geschäftsbetrieb der Gesellschaft im Wege der Ausgliederung gemäß § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG gegen Gewährung von Aktien an der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, übertragen. Der Ausgliederungstichtag ist der 1. Januar 2024. Das Vollzugsdatum ist der Tag der Eintragung der Ausgliederung im Handelsregister der Gesellschaft. Bis zum heutigen Tag ist die Eintragung und die Ausgliederung als solche noch nicht rechtlich erfolgt. Aus diesem Grund wird zunächst die Jahresplanung des Geschäftsjahres 2024 unter der Annahme einer stand-alone-Situation dargestellt.

Die enwor arbeitet bevorzugt im Portfolio- und Bilanzkreismanagement mit dem Dienstleister Trianel zusammen. Beim Strom können wir auf eine langjährige Zusammenarbeit zurückblicken, neu zum Lieferjahr 2024 haben wir den Dienstleistungsauftrag auch auf Erdgas erweitert. Beim Portfoliomanagement beschafft die enwor die geplanten Mengen für ihre Kunden im Heimvorteil und im allgemeinen Tarif sukzessiv über drei Jahre (ungleichmäßig) verteilt an den Großhandelsmärkten. Hierzu werden Prognosen des Absatzes und der Struktur für die verschiedenen Lieferjahre erstellt. Ein Risiko besteht darin, dass Prognosen (Mengenentwicklungen) falsch sind.

Bei den Sondervertragskunden wird ereignisbasiert und größenkongruent beschafft. Erteilt ein Sondervertragskunde den Auftrag zur Belieferung, werden die Mengen entsprechend dem Kundenbedarf eingekauft, damit der kalkulierte Einkaufspreis nah am realisierten Beschaffungspreis liegt.

Nach den Höhenflügen im Jahr 2022 entspannte sich der Großhandelsmarkt im Strom für das Folgejahr. Der höchste Wert lag am 03.01.2023 bei 214,27 €/MWh, der niedrigste mit 86,62 €/MWh kurz vor Jahresende.

Durch den über drei Jahre verteilten Einkauf von Energiemengen erzielt enwor einen geglätteten Energiepreis. Preisliche Ausreißer nach oben oder unten gleichen sich so aus. Im steigenden Markt erhält man in der Regel einen Einkaufsvorteil zum aktuellen Marktpreis, da in dem durchschnittlichen Einkaufspreis Mengen enthalten sind, die unter dem aktuellen Marktpreis beschafft wurden. Im fallenden Markt ist es genau umgekehrt. Nun liegt der aktuelle Marktpreis in der Regel unter dem Einkaufspreis, da in dem Beschaffungspreis „teure“ Beschaffungen der Vergangenheit enthalten sind. Da die Preise für das Kalenderjahr 2024 im Jahr 2023 sanken, konnten Marktteilnehmer, die sich kurzfristig eindecken, günstigere Preise anbieten als enwor. So wurden Arbeitspreise von 32 ct/kWh angeboten, bei einem Kunden mit 3.000 kWh/Jahr eine Ersparnis von ca. 200 € zu unserem Heimvorteil. Da enwor keine Preisanpassung zum 01.01.2024 durchgeführt hat, hatten unsere Heimvorteilkunden kein Sonderkündigungsrecht und die Verträge haben sich automatisch verlängert, so dass sich „nur“ 1.120 Kunden im Strom und 350 Kunden bei der Gasversorgung einen neuen Anbieter gesucht haben. Ohne diese Schutzfunktion hätte enwor wahrscheinlich deutlich mehr Kunden verloren.

Die enwor ist vom Konjunkturverlauf abhängig bzw. betroffen: Wenn unsere hiesigen Industrie- und Gewerbekunden ihre Produktion aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage drosseln, wird dies unter sonst gleichen Bedingungen dazu führen, dass sie von uns geringere Energie- und Wassermengen beziehen. Diesen Effekt sieht man besonders in Zeiten einer Rezession, in der wir uns aktuell befinden. Auf der anderen Seite bestehen Chancen auf höhere Absatzmengen, wenn unsere Kunden ihre Produktion konjunkturbedingt wieder steigern und die konjunkturelle Absatz-Talsole durchschritten wird.

Der Wettbewerbsdruck im Energiemarkt ist hoch. Entscheiden sich Kunden für andere Anbieter, sinken unter sonst gleichen Bedingungen die Absatzmengen, die Margen, die wir zuvor mit den dann abwandernden Kunden verdient haben, gehen verloren. Die enwor versorgt in diversen Tarifen ca. 50.000 Kunden mit Strom und ca. 8.000 Kunden mit Gas. Kunden reagieren auf Preiserhöhungen sensibel.

Dementsprechend ist das Risiko von Kundenverlusten gegeben. Effizienzmaßnahmen von enwor-Kunden, beispielsweise im Bereich Wärmedämmung, können ebenso zu Absatzzrückgängen im Bereich der Gas- und Wärmeversorgung führen. Wenn Kunden dazu übergehen, Energie selbst zu erzeugen, unterstützt enwor sie dabei und entwickelt entsprechende Dienstleistungen mit Kundennutzen. Hier steht die enwor ebenfalls im Wettbewerb. Die Einsparung und Eigenproduktion von Energie führen zu negativen Folgen im Basisgeschäft. Dabei ist auch das Thema Mieterstrom zu nennen. Schafft es ein Energieversorger nicht, eigene Produkte aufzulegen, bricht ihm der gesamte Absatz sämtlicher Mieter eines Hauses weg und nicht nur der selbsterzeugte Anteil. Noch spielt Mieterstrom im Versorgungsgebiet der enwor keine große Rolle, wenn jedoch die Spielregeln besser definiert sind, ist mit einer Zunahme vom Mieterstromprojekten zu rechnen.

Für das Jahr 2024 ist das Portfolio wie im Vorjahr „long“, d.h. wir haben mehr eingekauft als wir an die Kunden liefern werden. Die überschüssigen Mengen werden im Laufe des Jahres 2024 in den Spot- oder den Terminmarkt verkauft, je nachdem, wo die Erwartung auf bessere Preise größer ist. Da die Preise am Großhandelsmarkt inzwischen unter unsere Beschaffungskosten gefallen sind, entsteht aus dem Verkauf der überschüssigen Mengen ein Verlust. Diese Verluste sind aber durch entsprechend kalkulierte Risikoaufschläge abgedeckt und sollten nicht das operative Ergebnis gefährden.

Teile der Geschäftsaktivitäten der enwor sind die Errichtung sowie der Unterhalt von energie- und wasserwirtschaftlichen Anlagen sowie von Glasfasernetzen z.B. für NetAachen.

Durch intensives Projektmanagement wird einer Budgetüberziehung bei der Errichtung von technischen Anlagen entgegengewirkt. Weiterhin stellen durch Material- und Personalengpässe bedingte Baukostensteigerungen ein Risiko, u.U. mit Auswirkungen auf die Margen der enwor dar.

Die Bundesregierung forciert die Elektrifizierung und Dekarbonisierung der Wärmeversorgung. Es erfolgt eine Substitution fossiler Energieträger durch erneuerbare. Noch gibt es für Gasheizung kein Verbot, aber klare Anreize zum Wechsel. Seit Anfang des Jahres gilt in Deutschland das neue Gebäudeenergiegesetz, kurz GEG. Entgegen der Befürchtung vieler Hausbesitzer*innen sieht dieses jedoch kein Verbot der Gasheizung vor, in den vorangegangenen Gesetzesentwürfen klang es jedoch noch anderes. Wegen des geringeren Wärmebedarfes neuer Häuser ist die Wärmepumpe im Neubau ganz überwiegend die erste Wahl. Perspektivisch wird der Gasverbrauch sinken. Das ist ein Risiko für den Wert des enwor-Gasnetzes.

Ein Risiko besteht weiterhin in der fehlenden Klarheit der Energiepolitik. Im Vertrauen auf die Aussagen der Regierung wurden von der enwor Beteiligungen in Kraftwerke (Kohle/Gas) getätigt. Wird diesen Kraftwerken bereits nach z.B. 15 statt der erwarteten 40 - 45 Jahren die Betriebsgenehmigung entzogen, droht das Risiko eines erheblichen finanziellen Rückschlags. Zeitpunkt und Umfang können derzeit weiterhin nicht abgeschätzt werden.

Auch die enwor muss mit Forderungsausfällen rechnen. Folgende Gründe können zu Forderungsausfällen führen: Begleichen die Kunden trotz monatlicher Mahnaufrufe die Rechnungen nicht, werden die Forderungen tituliert und anschließend durch Gerichtsvollzieher vollstreckt. Ist die Vollstreckung in das Vermögen der Kunden erfolglos verlaufen, werden die Beträge ausgebucht, es kommt zu sog. Forderungsausfällen. Weitere Ausbuchungsgründe sind: gerichtliche Vergleiche, Insolvenzen, Kunden mit nicht zu ermittelnden neuen Aufenthaltsorten oder Aufenthaltsorte im weiteren Ausland und verstorbene Kunden. Die enwor bucht in diesen Fällen die Forderungen als uneinbringlich aus. Das Risiko der Forderungsausfälle wird eine erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet, da diese eine hohe Wahrscheinlichkeit als auch ein hohes Schadensausmaß haben. Durch Maßnahmen wie verkürzte Fristen und kürzere Verarbeitungszeiträume zwischen den einzelnen Mahnstufen und weiteren Maßnahmen wie Sperrungen etc. wurden die Forderungsausfälle in den Vorjahren deutlich verringert. Der bereits in den beiden Vorjahren festgestellte Anstieg der Forderungsausfälle hat sich im Jahr 2023 erwartungsgemäß fortgesetzt. Ein Mehrjahresvergleich lässt erkennen, dass sich sowohl die Anzahl als auch die Höhe der einzelnen Ausfälle deutlich erhöht. Dies korrespondiert mit einem deutlich erhöhten Eingang an Schreiben von Schuldnerberatungen sowie Mitteilungen über Privatinsolvenzen. Daher ist davon auszugehen, dass auch Kunden, die grundsätzlich gewillt sind, die Forderungen zu bedienen dazu künftig nicht mehr in der Lage sein werden. Diesem Risiko wird durch eine deutliche Anpassung der Pauschalwertberichtigungen begegnet.

Die größte Finanzlast der enwor stellen die Altersversorgungen und die Verzinsung dieser Ansprüche dar. Die enwor hat Verpflichtungen gegenüber jetzigen und früheren Mitarbeitenden aus Pensions- und anderen Leistungszusagen. Zinssatz, Renteneintritt, Lebenserwartung, Gehaltssteigerungen und andere Parameter, die die Höhe der Rückstellung beeinflussen, können zu einem geänderten Gegenwartswert der Pensionsrückstellung führen, was zusätzlichen ungeplanten Aufwand zunächst ohne direkte Liquiditätswirkung - oder auch Ergebnisse aus der Auflösung von Rückstellungen - bedeuten kann. Fast alle Parameter für dieses Risiko liegen außerhalb der enwor und können von dieser nicht oder nur minimal gesteuert werden. Das Risiko ist sehr bedeutend, da die Position Pensionsrückstellungen die bei weitem größte Einzelposition auf der Kapitalseite darstellt. Zusätzlicher Aufwand für die Pensionsrückstellung wirkt sich unmittelbar auf das Gesamtergebnis und auch langfristig auf die Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage aus. Vom Aktuar erstellte Prognoseberechnungen weisen für die Jahre 2024 ff sinkende Zinsaufwände im Zusammenhang mit Pensionsrückstellungen aus.

Der aktuelle Entgelttarifvertrag ist zum 31.01.2024 gekündigt worden. Der neue Tarifabschluss sieht eine lineare Erhöhung von +6,5 % ab dem 01.02.24 bis zum 31.12.24 und weitere +3,7 % ab dem 01.01.25 bis zum 31.12.25 vor. Damit haben wir eine Gesamtlaufzeit von insgesamt 23 Monaten. Des Weiteren wird die Basisvergütung für Auszubildende um 3 % pro Ausbildungsjahr erhöht.

Die deutsche Wirtschaft ist aktuell wie gelähmt. Unter Unternehmen und Haushalten ist die Stimmung schlecht und die Unsicherheit hoch. Im ersten Quartal 2024 dürfte die Wirtschaftsleistung ihren Rückgang zunächst fortsetzen und um 0,1 % im Vergleich zum Vorquartal sinken. Zu einer spürbaren gesamtwirtschaftlichen Erholung dürfte es erst in der zweiten Jahreshälfte kommen. Insgesamt wird das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr nur um 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr zunehmen. Im kommenden Jahr wird die Wirtschaftsleistung dann um 1,5 % zulegen. Damit wurde die Wachstumsprognose für das laufende Jahr im Vergleich zur ifo Konjunkturprognose Winter 2023 deutlich um 0,7 Prozentpunkte herabgesetzt und für das Jahr 2025 leicht um 0,2 Prozentpunkte angehoben. Anders als erwartet, befindet sich die deutsche Wirtschaft im Winterhalbjahr 2023/24 in einer Rezession. Insbesondere die Erholung der Industriekonjunktur setzt erst später ein.

Daher bleibt abzuwarten, wie sich die Umsatzerlöse mittelfristig entwickeln werden bzw. wie schnell die Volks- bzw. Regionalwirtschaft die Rezession überwinden. Die Geschäftsführung wird dem Aufsichtsrat im Sommer 2024 eine aktualisierte Prognoserechnung für 2024 auf der Basis valider Halbjahreswerte vorlegen.

Zur Abschätzung und Begrenzung von Risiken wird bereits seit dem Jahr 2007 ein jährlicher Risikomanagementbericht für die enwor - energie & wasser vor ort GmbH erstellt. Hierzu werden festgelegte Risiken von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern in engen zeitlichen Abständen bzw. bedarfsorientiert be- und ausgewertet. Die Geschäftsführung überprüft die Risikoeinschätzung im Sinne eines Frühwarnsystems und leitet im gegebenen Fall Gegensteuerungsmaßnahmen ein. Der Risikobericht wird dem Jahresabschlussprüfer im Rahmen seiner Abschlussprüfung vorgelegt und dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben.

Insgesamt sieht die Geschäftsführung das Unternehmen gut aufgestellt.

Die Gesellschaft erwartet unter der stand-alone-Annahme für das Geschäftsjahr 2024 ein solides Rohergebnis in der Größenordnung von ca. 61 Mio. €. Hier sind Umsatzerlöse in Höhe von Mio. 212,7 € und ein Jahresüberschuss in Höhe von Mio. 9,8 € geplant.

Unter der Annahme des Vollzugs der o.g. Ausgliederung wird sich der Geschäftsbetrieb der enwor auf das Halten und Verwalten der Beteiligung an der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen beschränken. Das Jahresergebnis für das Jahr 2024 wird unter der Annahme der o.g. Ausgliederung im Wesentlichen durch die Ausgleichszahlung von der STAWAG in Höhe von rd. EUR 11,0 Mio. geprägt. Die originären Kosten und Steuern werden unter EUR 0,5 Mio. erwartet.

Die Geschäftsführung erachtet den Vollzug der o.g. Ausgliederung zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes als überwiegend wahrscheinlich.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Dr. Nahrath, Stephan	Geschäftsführung	
Thomas, Prof. Dr. Axel	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	Vorsitzender	
Höfer, Frank Arbeitnehmersvertreter	1. stv. Vorsitzender	
Dr. Fadavian, Benjamin Bürgermeister Herzogenrath	-	
Dr. Fasel, Bernd Selbständig	-	
Dr. Moschel, Florian Rechtsanwalt/Steuerberater	-	
Goebbels, Wolfgang Personalratsvorsitzender	-	
Gronowski, Dieter Bautechniker	-	
Helg, Georg K. Betriebsratsvorsitzender	-	
Krämer, Friedhelm Beamter a.D.	-	
Lahaye-Reiß, Birgit Lehrerin	-	
Matheis, Kunibert Pensionär	-	
Möhring, Maximilian Sozialpädagogische Familienhilfe	-	
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	
Prast, Alexandra med.-techn. Laboratoriumsassistentin	-	bis 31.10.2023
Schmitz, Karl-Jürgen Rechtsanwalt	-	
Sobczyk, Marie-Therese Fachkraft Betreuung	-	
Verhoolen, Gerd Regierungsbeschäftigter Land NRW	-	ab 01.11.2023
Walther, Oliver Bürgermeister Übach-Palenberg	-	
von Morandell, Ingrid Betriebswirtin	-	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Ausführliche Aufsichtsratsübersicht aus dem Jahresabschluss der enwor – energie & wasser vor ort GmbH. Für die Gesellschafterversammlung nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 19 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 21,1 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die enwor GmbH ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1909 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.7 Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH

Basisdaten

Anschrift	GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH Bierstr. 1d 52134 Herzogenrath
Gründungsjahr	1951
Internet	www.gwg-aachen.de
E-Mail	info@gwg-aachen.de
Telefon	02406/988660
Telefax	02406/9886699

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck). Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus, der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben, zu gründen oder sich an solchen zu beteiligen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung der Stadt Würselen.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind. Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Bestände wirtschaftlich im Hinblick auf Wohnqualität und technische Ausstattung auf das heutige Niveau zu bringen. Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der kreisangehörigen Kommunen. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Hierzu hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	781,8	78,17
Stadt Stolberg	49,1	4,91
Provinzial	48,8	4,87
Stadt Eschweiler	43,5	4,35
Stadt Alsdorf	17,9	1,79
Stadt Würselen	16,5	1,65
Stadt Herzogenrath	16,5	1,65
Sparkasse (S-IBG)	15,3	1,52
ASEAG AG	6,1	0,61
Gemeinde Simmerath	4,9	0,49

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

An der Gewinnausschüttung bzw. einer Verlustabdeckung der Gesellschaft ist die Stadt Würselen entsprechend ihrem Anteil von 1,645 % am Stammkapital beteiligt. Im Jahr 2023 ist keine Gewinnausschüttung erfolgt.

Insgesamt wurden in 2023 194.085,26 € an Erträgen von der GWG eingenommen. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Mieteinnahmen in Höhe von 62.509,48 €, Abfallgebühren in Höhe von 28.029,34 € sowie 39.896,29 € für Kanalbenutzungsgebühren, Schmutzwasser und Niederschlagswasser.

Die Stadt Würselen hat 62.280,66 € an Aufwendungen an die GWG gezahlt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Aufwendungen aus Leistungsbeziehungen und betreffen die Bewirtschaftung, Instandhaltung sowie die Unterhaltung der Gebäude und städtischen Häuser.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	44.512	38.807	5.705	Eigenkapital	22.931	22.594	337
Umlaufvermögen	4.892	7.421	-2.529	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	217	233	-17
				Verbindlichkeiten	26.262	23.403	2.859
Aktive Rechnungsabgrenzungen	6	3	3	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	49.410	46.231	3.180	Bilanzsumme	49.410	46.231	3.180

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	9.527	7.474	2.053
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-308	633	-941
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	45	74	-30
4 Sonstige betriebliche Erträge	113	2.230	-2.117
5 Materialaufwand	-5.689	-4.576	-1.114
5.a Aufwendungen für bezogene Leistungen	-5.689	-4.576	-1.114
6 Personalaufwand	-1.094	-1.086	-8
7 Abschreibungen	-1.252	-1.361	110
7.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-1.252	-1.361	110
8 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-388	-335	-54
9 Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	94	96	-2
10 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	1	12
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-442	-461	18
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-31	-53	22
13 Ergebnis nach Steuern	587	2.637	-2.050
14 Sonstige Steuern	-167	-148	-18
15 Erträge aus Verlustübernahme	0	47	-47
16 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	420	2.536	-2.115
17 Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1	0	1
18 Einstellungen in die Bauerneuerungsrücklagen	-320	-2.435	2.115
19 Bilanzgewinn	101	101	0

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	46,4 %	48,9 %	-2,5 %
Eigenkapitalrentabilität	1,8 %	11,2 %	-9,4 %
Anlagendeckungsgrad 2	51,5 %	58,2 %	-6,7 %
Verschuldungsgrad	115,5 %	104,6 %	10,9 %
Umsatzrentabilität	4,4 %	33,9 %	-29,5 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 36) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Geschäftsverlauf

GWG-bezogene Wohnungsmarkt-Aussagen:

Die Situation am hiesigen Wohnungsmarkt konsolidiert sich. Die Baupreise dürften auf ihrem hohen Niveau verharren. Das hohe Zinsniveau stellt einen Belastungsfaktor für Immobilieninvestitionen dar. Die GWG legt weiterhin Wert auf nachhaltige Finanzstabilität und unterlegt Investitionen mit ca. 25 % aus eigenen Mitteln.

Der hiesige Wohnungsmarkt befindet sich nicht mehr in seiner dynamischsten Phase, die von einer allgemeinen „Sympathie bzw. Euphorie für Betongold“ getragen wurde. Der operative Fokus der GWG liegt gleichermaßen auf der Schaffung von neuem Wohnraum wie auch auf der Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Wohnungsbestandes. Mit seniorengerechten energieeffizienten Bauvorhaben sind wir in einem Markt aktiv, der durch die demografische Entwicklung unterstützt wird, aktuell gut aufgestellt. Mit Neubauten diversifizieren und verjüngen wir unser Portfolio.

Im öffentlich geförderten Wohnungsbau werden wir ausschließlich hausintern entwickelte Projekte verfolgen, ein Ankauf fertiger Objekte ist nicht vorgesehen.

Bestandentwicklung:

Wir verfügen über

	31.12.2023	31.12.2022
Häuser	133	130
Wohnungen	848	808
davon frei finanziert/preisgebunden	606 / 242	587 / 221
Garagen / Stellplätze	296 / 171	265 / 155
Wohnfläche	51.547 m ²	48.685 m ²
Anzahl sonstiger Einheiten	12	11
Fläche sonstiger Einheiten	3.547 m ²	3.134 m ²

Der Wohnungsbestand liegt vollständig im Gebiet der StädteRegion Aachen.

Wirtschaftliche Lage

Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und Attraktivierung von Objekten weiterhin einen Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses.

Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2023 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen 800 T€ ausgegeben. Das entspricht einem Plus von 189 T€ gegenüber dem Vorjahr (611 T€).

Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2023 sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.051 gestiegen. Dies hängt sowohl mit den üblichen den Sanierungen folgenden Mietsteigerungen als auch mit der erstmalig ganzjährigen Vermietung unserer Neubauten in Alsdorf, Broicher Straße und Herzogenrath, Südstraße zusammen. Ebenso hat unser Neubau in der Bierstraße, der im August bezogen wurde, zur Umsatzsteigerung im Berichtsjahr beigetragen. Vor allem sind die Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit deutlich gestiegen (+T€ 2.409). Relativiert wird dieser hohe Anstieg durch die korrespondierende Steigerung der Aufwendungen für andere (Vor) Lieferungen und (Vor) Leistungen (+T€ 1.354). Ein Verkaufserlös aus Grundstücksverkäufen (Teilfläche an private Investoren im Bereich Kesselgracht Würselen Vorjahr T€ 543) ist nicht mehr angefallen.

Neben den aufwandswirksamen Instandhaltungskosten in Höhe von T€ 800 wurden aktivierungsfähige Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. T€ 143) durchgeführt, womit insgesamt T€ 943 zum Werterhalt unserer Gebäude geleistet wurden. Die Ausgaben zur Substanzverbesserung lagen unabhängig von ihrer buchhalterischen Behandlung als Investition oder Instandhaltungsaufwand pro m² Wohnfläche und Jahr bei 18,29 €.

Auslöser der erhöhten Instandhaltungsvolumina waren vor allem Ausfälle von Heizungen, die erneuert werden mussten.

Unter Einbeziehung der Personal- und zugehörigen Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich sogar ein Wert von 21,40 €/m²/Jahr für die Substanzverbesserung.

Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2023 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente im Bereich der Tarifangestellten zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 8 T€ gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von ca. 0,7%.

Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 420.

Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Ergebnisrechnung liegt um ca. T€ 228 über dem zuletzt geplanten Wert. Dafür hauptsächlich verantwortlich sind Umsatzerlöse aus Projektmanagement bzw. Betreuungstätigkeit für andere Investoren (SEW) (T€ 145) und sonstige betriebliche Erträge (T€ 98) z.B. Erstattungen aus Mietbelastung. Aufwandsseitig liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen über dem geplanten Wert (T€ 59).

Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken jederzeit im Berichtsjahr vertragsgerecht nachgekommen ist.

Darüber hinaus gilt es, Leistungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden.

Die essentiellen Bilanzzahlen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr so dar:

	2023	2022	2021
Bilanzsumme in T€	49.410	46.320	39.776
Anlagevermögen in T€	44.512	38.807	35.362
Anlagevermögen % zu Bilanzsumme	90,1	83,9	88,9
Eigenkapitalquote in %	46,4	48,9	50,8
Langfristige Fremdkapitalquote in %	48,7	43,5	44,6

Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2023 ein Jahresergebnis von T€ 420 erwirtschaftet (gegenüber T€ 2.536 in 2022). Korrigiert man das Vorjahresergebnis um den Einmaleffekt aus dem Verkauf der Oppenhoffallee (T€ 2.091), so liegt das Ergebnis 2023 nur ca. T€ 25 unter dem Vorjahresniveau (T€ 445), obwohl die Sanierungsbudgets ausgeweitet wurden.

Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens insgesamt als stabil zu beurteilen. Die Einstellung von wesentlichen Teilen des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken.

Für die Gesellschaft und die Geschäftsführung sind die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren wesentliche Steuerungsinstrumente. Diese haben sich in den letzten vier Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

	2023	2022	2021	2020
<i>Umsatzerlöse in T€</i>	9.526	7.474	5.089	4.900
<i>Eigenkapital in T€</i>	22.931	22.595	20.206	17.741
<i>Eigenkapitalquote</i>	46,4%	48,9%	50,8%	46,1%
<i>Eigenkapitalrentabilität</i>	1,8%	11,2%	2,8%	3,0%
<i>Fluktuationsquote</i>	8,5%	11,8%	8,1%	8,1%
<i>Leerstandsquote (länger als 3 Monate)</i>	0,0%	0,6%	0,3%	0,1%
<i>Erlösschmälerungen Sollmieten</i>	1,5%	1,6%	1,1%	1,1%

In 2023 zeigt sich ein weiterer (deutlicher aber auch z.T. vorübergehender) Anstieg der Umsatzerlöse im Betrachtungszeitraum.

Chancen- und Risikobericht:

Risikobericht:

Branchenspezifische Risiken:

Infolge der geopolitischen Spannungen entstehen sprunghaft gestiegene gesamtwirtschaftliche bzw. weltwirtschaftliche Verwerfungen. Dies beeinflusst die Zahlungswilligkeit und Zahlungsfähigkeit unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Wohnungsangeboten möglicherweise negativ. Daraus können sich für die GWG Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln.

Die EU hat die nähere Zukunft im Hinblick auf die Nachhaltigkeit unter die Überschrift „Dekade des Handelns“ gestellt.

Das Thema Nachhaltigkeit unserer Wohnungsbestände bzw. deren Herstellung wird die GWG vor organisatorische, technische und vor allem finanzielle Herausforderungen stellen. Diese sog. transitorischen Risiken werden massive Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Die Vorgaben der EU (Green Deal) sowie Gebäudeenergiegesetze und -verordnungen tangieren das Geschäftsmodell massiv.

Ertragsorientierte Risiken:

Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit noch nicht zu erkennen. Wir gehen davon aus, dass unsere Wohnungsangebote weiterhin Gegenstand guter Nachfrage sein werden. Im Neubaubereich bleibt die GWG gut für den demografischen Wandel aufgestellt. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird stetig zunehmen. Allein bis 2030 wird die Zahl der Rentner an der Gesamtbevölkerung um 10% steigen.

In diesem Kontext reduzieren wir quotal durch Neubau den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen (Stichwort: graue Wohnungsnot). Die niedrigen/unterdurchschnittlichen Einkommensverhältnisse in der Region sind ein Belastungsfaktor.

Finanzwirtschaftliche Risiken:

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Bedrohungen. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Aufgrund der momentan stabilen Liquiditätsausstattung unseres Unternehmens sind kurzfristig Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährungen refinanziert ist.

Die Liquiditätslage ist aktuell zufriedenstellend; es sind aber wegen der verstärkten Nicht-Zahlung von Mietern Belastungen nicht auszuschließen. Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen. Das Mahnwesen setzt niederschwellig ein und ist konsequent.

Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, dass die Kreditinstitute der Gesellschaft bei einem Neubauvorhaben keine neuen Kredite gewähren würden.

Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung.

Die Gesellschaft verfügt über ein Kundenportfolio, das in Bezug auf die Rückstände zunehmend der Beobachtung und individualisierten Gegensteuerung bedarf.

Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes Neubauprojekt ein separater Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermittelt.

Bei der Beschaffung von Bauleistungen sahen wir 2023 erneut Preissteigerungen.

Angesichts der rückläufigen Auftragspolster bei den Bauunternehmen und der Stornierung zahlreicher Bauaufträge sollte die Bereitschaft der Handwerker steigen, ihre bisherigen Margen zu reduzieren.

Insgesamt ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Instandhaltungsbudgets der Zukunft anders aussehen werden, als die der Gegenwart, gering.

Chancenbericht:

Flexibilität und Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nicht so ausgerichtet, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegmentes steht.

Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß. Der Anteil barrierefreier Wohnungen ist überdurchschnittlich. Projektentwicklungen setzen - da Nachverdichtungschancen oftmals ausgereizt sind - neue Grundstücke voraus. Aufgrund unserer Einbindung in die Systeme der kommunalen Daseinsvorsorge sehen wir unverändert gute Chancen auf perspektivstarke Grundstücke, die wir nachfragen können oder die uns angeboten werden.

Gesamtaussage:

Risiken der künftigen Entwicklung können sich sowohl auf der Einnahmenseite (Mietzahlungen) als auch im Sanierungsbereich unserer Bestände ergeben. Vor dem Hintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken insgesamt noch gut gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die GWG geht mit Maß und Mitte mit den vorgenannten Chancen und Risiken um. Sie untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt zufriedenstellend (wenngleich mit regionalen Unterschieden). Die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Volkswirtschaft sowie insbesondere der Region in Bezug auf Wachstum, Einkommen und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer investitionsbedingt steigenden Fremdkapitalquote würden sich Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im Ergebnis der GWG langfristig bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko zu minimieren. Die Mietzahlungen der Kunden werden seit jeher beobachtet.

Es ist zu erkennen, dass angesichts der EU-Taxonomie-Verordnung die Bereitschaft des Kapitalmarkts, nicht-energieeffiziente Gebäude zu finanzieren, deutlich abnimmt. Wenn ein Kredit gewährt wird, dürfte mittelfristig die Energieeffizienz des zu finanzierenden Objektes unmittelbar oder mittelbar in die Konditionen eingehen.

Es wird die Aufgabe der zukünftigen Geschäftsjahre sein, dass Risikomanagement im Allgemeinen zu überarbeiten und in Bezug auf die transitorischen Risiken / Nachhaltigkeitsrisiken neu aufzubauen.

Die GWG hat die Reformen der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie auf EU-Ebene bzw. auf nationaler Ebene sorgfältigst zu beobachten. Hier sind bedeutende Hürden für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft zu sehen.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten:

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

In Bezug auf die beiden Darlehen, die mit einer Doppelswap-Konstruktion unterlegt sind, besteht kein Risiko, da es sich um eine Bewertungseinheit handelt.

Prognosebericht:

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen bzw. Versorgungsaufträge schwerpunktmäßig kümmern:

- Halten unserer bestehenden Mieter
- Akquisition neuer Mieter (unsere Fluktuationsquote schwankt und liegt bei ca. 9-10 %)
- Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimieren
- öffentlich geförderter Wohnungsbau
- Nachhaltigkeit / Energieeffizienz.

Voraussetzung für eine positive Unternehmensentwicklung ist, dass wir die Wohnbestände qualitativ auf einem Niveau halten, das von Kunden als attraktiv vom Preis-Leistungs-Verhältnis angesehen wird und dass das Portfolio seine ESG-Parameter verbessert.

Insgesamt sind diesbezüglich grundlegende Änderungen in der Geschäftspolitik notwendig.

Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG verhalten positiv. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region ist noch auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gehen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus, denn wir erwarten, dass aufgrund der Fertigstellung von Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Das Jahresergebnis 2024 erwarten wir bei unserem strategischen Zielwert von 400 T€.

Wir werden im Planjahr 2024 in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Unser Ziel ist es, in einem mittelfristigen Zeitraum von ca. 5 Jahren unser Mehrjahresziel (100 neue Wohnungen) zu vervollständigen und komplett zu bearbeiten.

Die von der EU vorgegebene "Dekade des Handelns" wird die Geschäftspolitik der GWG massiv beeinflussen und die Ergebnisse spürbar belasten.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Thomas, Prof. Dr. Axel	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Dr. Grüttemeier, Tim Städteregionsrat Aachen	Vorsitzender	
Berlipp, Heiner Dipl. Ing. Architekt	1. stv. Vorsitzender	
Bock, Björn Finanzberater	-	
Borning, Ronald Zollbeamter a.D.	-	
Haas, Patrick Bürgermeister Stadt Stolberg	-	
Kahlen, Ralf Erster Beigeordneter der Stadt Alsdorf	-	

Aufsichtsrat		
Körlings, Franz Rentner	-	
Laufs, Norbert Vorstandsvorsitzender Sparkasse Aachen	-	
Leonhardt, Nadine Bürgermeisterin Stadt Eschweiler	-	
Lo Cicero-Marenberg, Susanne Bau- und Umweltdezernentin der StädteRegion Aachen	-	
Lübben, Lars Geschäftsführer einer gemeinnützigen Bildungseinrichtung	-	
von Hoegen, Till Technischer Beigeordneter Stadt Würselen	-	

Gesellschafterversammlung		
von Hoegen, Till	Technischer Beigeordneter Stadt Würselen	

Ausführliche Aufsichtsratsübersicht aus dem Jahresabschluss der Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH. Für die Gesellschafterversammlung nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die GWG Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH ist aufgrund der Unternehmensgründung im Jahr 1951 ein Bestandsunternehmen und muss gem. § 2 LGG keinen Gleichstellungsplan vorweisen.

3.4.1.8 Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH

Basisdaten

Anschrift	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH Bierstraße 1d 52134 Herzogenrath
E-Mail	info@wfg-aachen.de

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist es, die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch für Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen.

Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte im Kreis Aachen zu planen, zu realisieren und zu verwalten.

Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere

- mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren,
- sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, zu beteiligen, solche zu gründen oder zu erwerben,
- Zweigniederlassungen errichten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihre Geschäfte zum Wohle aller beteiligten Städte und Gemeinden zu betreiben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
StädteRegion Aachen	1.183,1	51,36
Sparkasse Aachen	306,8	13,32
Stadt Eschweiler	189,4	8,23
Stadt Alsdorf	151,8	6,59
Stadt Würselen	151,3	5,59
Stadt Stolberg	12,9	9,27
Gemeinde Roetgen	12,9	0,22
Gemeinde Simmerath	12,9	0,22
Stadt Monschau	12,9	0,22
Stadt Herzogenrath	12,9	4,76
Stadt Baesweiler	5,2	0,22

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr bestanden keine Finanz- und Leistungsbeziehungen mehr zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und der Stadt Würselen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	13	142	-129	Eigenkapital	2.972	2.789	183
Umlaufvermögen	17.892	3.114	14.777	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	34	21	13
				Verbindlichkeiten	14.899	420	14.479
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	27	-27
Bilanzsumme	17.905	3.257	14.648	Bilanzsumme	17.905	3.257	14.648

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Seit 2017 besteht keine Bürgschaft mehr zwischen der Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH und der Stadt Würselen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	77	131	-53
3 Sonstige betriebliche Erträge	174	5	169
4 Materialaufwand	-12	-27	15
5 Personalaufwand	-69	-60	-9
6 Abschreibungen	-17	-9	-8
6.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-17	-9	-8
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-59	-65	6
9 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23	5	18
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4	-11	6
12 Ergebnis nach Steuern	113	-32	145
14 Erträge aus Verlustübernahme	70	70	0
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	183	38	145

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	16,6 %	85,6 %	-69,0 %
Eigenkapitalrentabilität	6,2 %	1,4 %	4,8 %
Anlagendeckungsgrad 2	22.951,5 %	1.961,7 %	20.989,7 %
Verschuldungsgrad	502,5 %	15,8 %	486,6 %
Umsatzrentabilität	236,5 %	29,0 %	207,4 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 5) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Finanzlage

Das restliche bzw. verbliebene Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen aus dem Bereich EDV und ist mit einem Restbuchwert von rund TEUR 13 (Vorjahr: TEUR 142) zu beziffern. Unter den Neuanschaffungen des Geschäftsjahrs findet sich eine Firewall inkl. Hardware in Höhe von rund 22 TEUR. Hierbei ist eine Nutzungsdauer von einem Jahr zugrunde gelegt.

Die unter den Vorräten ausgewiesenen fertigen Erzeugnisse und Waren resultieren aus einem As- set-Kaufvertrag (TEUR 12.500).

Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, die insgesamt TEUR 3.541 betragen (Vorjahr: TEUR 2.100) dominiert die Forderung aus Umsatzsteuer (TEUR 2.375). Die Forderung aus dem verbliebenen Public-Leasing-Vertrag ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 117 auf TEUR 711 gesunken. Die Minderung der Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen ist auf erbrachte planmäßige Tilgungsleistungen zurückzuführen.

Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich von rund TEUR 1.014 um TEUR 836 auf TEUR 1.850 erhöht. Die nachfolgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft.

Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	31.12.2023
	T€
Jahresüberschuss	183
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	17
Zunahme der Rückstellungen	13
Zunahme der Vorräte	-12.500
Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	14
Abnahme der Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen	117
Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände	-1.572
Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-405
Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.883
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP	-26
Laufende Geschäftstätigkeit	724
Anlagenabgänge zu Buchwerten	135
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-22
Investitionstätigkeit	113
Liquide Mittel am Anfang der Periode	1.014
Zahlungswirksame Veränderung	836
Liquide Mittel am Ende der Periode	1.850

Das Eigenkapital hat sich gewinnbedingt gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Verbindlichkeiten sind von TEUR 420 um TEUR 14.479 auf TEUR 14.899 aufgrund des gestundeten Kaufpreises im Zusammenhang mit dem Asset-Kaufvertrages gestiegen.

Insgesamt erhöht sich die Bilanzsumme von TEUR 3.257 um TEUR 14.648 auf TEUR 17.905.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: Anlagevermögen x 100 / Gesamtvermögen

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	13	142
Gesamtvermögen	17.905	3.257
Anlagenintensität	0 %	4 %

Eigenkapitalanteil

Formel: Eigenkapital x 100 / Gesamtkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	2.972	2.789
Gesamtkapital	17.905	3.257
Eigenkapitalanteil	17 %	86 %

Verschuldungsgrad

Formel: Fremdkapital x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	14.933	441
Eigenkapital	2.972	2.789
Verschuldungsgrad	502 %	16 %

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 53 auf TEUR 77 gesunken. Nach dem Ende des Leasing-Neugeschäftes reduzieren sich im Wesentlichen planmäßig und tilgungsbedingt die Einnahmen aus Zinsüberschüssen. Darüber hinaus sind die Mieteinnahmen im zweiten Halbjahr 2023 aufgrund des Verkaufs des letzten Mietobjektes weggefallen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind hauptsächlich aufgrund des Abgangs des verkauften Mietobjektes aus dem Anlagevermögen um TEUR 169 auf TEUR 174 gestiegen. Der Verkaufspreis für das Kunst- und Kulturzentrum Monschau lag höher als der Restbuchwert. Aus der Transaktion resultiert ein Gewinn in Höhe von TEUR 165. Der Personalaufwand, der Materialaufwand sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich in Summe um TEUR 13 verringert.

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis vor Ertragsteuern und Gesellschafterzuschüssen in Höhe von TEUR 113 (Vorjahr: TEUR -32).

Unter Berücksichtigung der im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Gesellschafterzuschüsse (TEUR 70 sogenannte Sockelförderung) erzielt die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 183 (Vorjahr: TEUR 38).

Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

	01.01. bis 31.12.2023		01.01. bis 31.12.2022		Veränderung zum Vorjahr
	T€	%	T€	%	T€
Umsatzerlöse	77	100,00	131	100	-53
+/- Bestandsveränderungen	0	0,00	0	0,00	0
= Gesamtleistung	77	100,00	131	100,00	-54
+ sonstige betriebliche Erträge	174	224,56	5	3,68	169
- Materialaufwand	12	15,60	27	21,00	-16
- Personalaufwand	69	89,41	60	46,26	9
- Abschreibungen	17	21,55	9	6,83	8
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	59	75,59	65	49,65	-6
= Betriebsergebnis	94	122,42	-26	-20,06	121
+/- Beteiligungs-/ Finanzergebnis	18	23,67	-6	-4,53	24
= Ergebnis vor Steuern	113	146,08	-32	-24,59	145
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0,00	0	0,00	0
+ Gesellschafterzuschüsse	70	90,41	70	53,63	0
= Jahresergebnis	183	236,49	38	29,04	145

Prognosebericht

Insgesamt wird für das Jahr 2024 ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WFG konzentriert sich auch in 2024 darauf, dass verblieben Geschäftsvolumen abzubauen. Die Verbindlichkeit, die im Zusammenhang mit dem Ankaufsvorgang der Glasfaserhausanschlüsse entstand, besteht nach dem Verkauf nicht mehr.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfügt nicht über risikotragende Finanzinstrumente wie Swaps. Derartige Risiken sind in den vergangenen Jahren planmäßig und schadensfrei abgebaut worden. Im Übrigen ist die WFG weitestgehend fristen- und größenkongruent refinanziert.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Thomas, Prof. Dr. Axel	Geschäftsführung	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Für die Gesellschafterversammlung nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Aufgrund der Unterschreitung von 20 Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern ist gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 LGG kein Gleichstellungsplan aufzustellen.

3.4.1.9 regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH

Basisdaten

Anschrift	regio iT - gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH Lombardenstraße 24 52070 Aachen
Gründungsjahr	2003
Internet	www.regioit.de
Telefon	0241/41359-0
Telefax	0241/413540 -1698

Zweck der Beteiligung

Zweck des Unternehmens ist die automatische Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft iT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter, sowie deren kommunalen Gesellschaften, sowie von Einwohnern und Einwohnerinnen der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Sicherstellung der automatischen Informationsverarbeitung in den Verwaltungen der Stadt und der städtischen Unternehmen.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgabe der regioiT ist die Sicherstellung der automatischen Informationsverarbeitung sowie die Qualifizierung von kommunalen Mitarbeitern und Einwohnern. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Zur öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen	564,6	37,64
Zweckverband INFOKOM Gütersloh	193,2	12,88
StädteRegion Aachen	151,3	10,08
Stadt Aachen	151,3	10,08
Civitec Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung	27,0	18,00
Stadt Würselen	12,9	0,86
Stadt Stolberg	12,9	0,86
Stadt Eschweiler	12,9	0,86
Stadt Alsdorf	12,9	0,86
Stadt Baesweiler	12,9	0,86
Gemeinde Roetgen	12,9	0,86
Gemeinde Simmerath	12,9	0,86
Stadt Monschau	12,9	0,86
Stadt Herzogenrath	12,9	0,86
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren	12,9	0,86
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgien (DG)	12,9	0,86
Stadt Düren	12,9	0,86
regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G.	1,5	1,00

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
nextgov iT GmbH	60,0	60,00
vote iT GmbH	17,5	70,00
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH	15,6	60,00
Better Mobility GmbH	12,4	49,50
PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	4,0	0,20

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der Stadt Würselen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 0,859 % (abzgl. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) in Höhe von 72.283,53 € zu.

Die Stadt Würselen hat im Jahr 2023 Aufwendungen in Höhe von 1.936.685,15 € an die regio iT GmbH geleistet. Dabei handelt es sich ausschließlich um Aufwendungen aus Leistungsbeziehungen, wie bspw. 1.531.285,63 € für die Benutzung der EDV-Anlage und Programmpflege.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	32.974	29.442	3.532	Eigenkapital	19.658	21.916	-2.257
Umlaufvermögen	25.709	18.841	6.868	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	15.004	17.822	-2.818
				Verbindlichkeiten	31.568	13.126	18.442
Aktive Rechnungsabgrenzungen	7.920	5.268	2.651	Passive Rechnungsabgrenzungen	373	688	-315
Bilanzsumme	66.602	53.551	13.051	Bilanzsumme	66.602	53.551	13.051

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der regio iT – gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	155.333	153.614	1.719
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	345	0	345
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	537	467	71
4 Sonstige betriebliche Erträge	2.804	2.433	371
5 Materialaufwand	-69.560	-67.476	-2.085
6 Personalaufwand	-56.711	-53.394	-3.317
7 Abschreibungen	-10.076	-9.002	-1.074
7.a Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-10.076	-9.002	-1.074
8 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-14.281	-11.736	-2.546
9 Erträge aus Beteiligungen	558	115	443
10 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	11	2
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-470	-200	-270
12 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-2.340	-4.290	1.950
13 Ergebnis nach Steuern	6.152	10.541	-4.390
14 Sonstige Steuern	-4	-35	31
15 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	6.148	10.506	-4.359

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	29,5 %	40,9 %	-11,4 %
Eigenkapitalrentabilität	31,3 %	47,9 %	-16,7 %
Anlagendeckungsgrad 2	59,6 %	74,4 %	-14,8 %
Verschuldungsgrad	236,9 %	141,2 %	95,7 %
Umsatzrentabilität	4,0 %	6,8 %	-2,9 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 615 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 580) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging im Jahr 2023 um 0,3% leicht zurück. Die Energiekrise und geopolitische Spannungen verunsicherten Produzenten, Investoren sowie Konsumentinnen und Konsumenten. Die Energiepreise stabilisierten sich auf hohem Niveau. Steigende Zinsen verschlechterten die jahrelang günstigen Finanzierungsbedingungen. Insgesamt dämpften die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen die Konjunktur. Im Zuge dessen rutschte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 ins Minus.

Positiver haben sich die Teilmärkte der Digitalbranche entwickelt. Die Umsätze im Informationstechnik-Gesamtmarkt stiegen 2023 von 210,7 (2022) auf 215,0 Mrd. Euro (+2,0 %).

Der für die regio iT wichtige Teilmärkte Informationstechnik ist um 2,2% gestiegen. Während die Teilmärkte Software (+9,6%) sowie IT-Services (+5,1%) ein Wachstum aufwiesen, ist der Teilmarkt IT-Hardware (-5,4%) stagniert. Auch die Anzahl der Beschäftigten in der Informationstechnik ist erneut um 33.500 Arbeitsplätze gestiegen. Grundlage für die Markteinschätzung sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Geschäftsverlauf

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2023 ihren Gesamtumsatz erneut steigern. Mit einem Wert von 155,3 Mio. € konnte trotz Ausgründung des Geschäftsbereiches „kommunale Serviceportale“ eine neue Bestmarke erzielt werden.

Nach wie vor sind die Produktlösungen mit einem Umsatzerlös von 110 Mio. € Wachstumstreiber der regio iT. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dieses Umsatzsegment einem Zuwachs von 4,9 Mio. € bzw. 4,7%. Auf Basis der breiten Produktpalette der regio iT konnten sowohl Umsatzzuwächse bei Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert werden. Insbesondere die Mitglieder der Beteiligungsgenossenschaft der regio iT sorgen für stark steigende Umsatzerlöse. An dieser Stelle trägt die Strategie der regio iT, Kunden zu Gesellschaftern zu machen, Früchte.

Auch das Projektgeschäft trägt einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der regio iT bei. Mit einem Umsatzvolumen in Höhe von 12,3 Mio. € weisen die Erlöse aus Beratung einen hohen Wert aus. Das Vorjahresniveau von 15,1 Mio. € konnte u.a. aufgrund der Ausgründung der „kommunalen Serviceportale“ in diesem Umsatzsegment nicht erreicht werden.

Deutlich überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (20,2 Mio. €) konnten mit 23,5 Mio. € übertroffen werden

Die sonstigen Erträge liegen mit 2,8 Mio. € über dem Vorjahresniveau (2,4 Mio. €). Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den über Buchwert erzielten Erlösen aus dem Verkauf von Geschäftsanteilen an den Tochtergesellschaften vote iT GmbH und cogniport GmbH.

Korrespondierend mit den gestiegenen Umsätzen weist auch der Materialaufwand höhere Kosten auf. Mit 69,5 Mio. € liegt dieser 2,1 Mio. € über dem Wert des Vorjahres. Ein nennenswerter Punkt für diese Entwicklung ist die Verschiebung der Stromkosten für die Rechenzentren. Bis 2022 wurden sämtliche Stromkosten im sonstigen Aufwand erfasst. Ab 2023 werden die produktionsnahen Aufwände für Strom im Materialaufwand ausgewiesen. Dieser Effekt beläuft sich auf 1,3 Mio. €. Darüber hinaus wirken sich Preissteigerungen seitens der Vorlieferanten negativ auf die Kostenseite aus.

In der Folge konnte das Rohergebnis von 89,0 Mio. € auf 89,5 Mio. € leicht gesteigert werden.

Die Gesamtleistung eines (IT-) Dienstleistungsunternehmens korreliert im hohen Maße mit der Personalkapazität. Die deutliche Steigerung des Gesamterfolges führt demnach auch zu höheren Personalkosten. Diese belaufen sich auf 56,7 Mio. € (Vorjahr: 53,4 Mio. €) für das Geschäftsjahr 2023. Ausschlaggebend ist der Aufbau von Mitarbeitenden. Zum 31. Dezember 2023 waren bei der regio iT 697 Mitarbeitende (Vorjahr: 669), davon 55 Auszubildende (Vorjahr: 49) beschäftigt. Die Personalkostenintensität (Personalkosten in % vom Umsatz) liegt bei 36,5% (Vorjahr 34,8 %).

Die Abschreibungen liegen aufgrund des sehr hohen Investitionsvolumens bzw. Anlagevermögens mit 10,1 Mio. € über dem Vorjahreswert (9,0 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 14,3 Mio. € über dem Vorjahresniveau (11,7 Mio. €).

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nicht-finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €):

Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente.

Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 89,4 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr 89,0 Mio. €). Die Rohertragsquote (Rohertrag im Verhältnis zum Gesamtumsatz) liegt in 2023 stabil bei 57,6% (Vorjahreszeitraum: 58,0%).

Der Anteil der Beratungsumsätze im Verhältnis zum Gesamtumsatz beträgt 7,9%. Dies entspricht einen relativen Rückgang von 1,9%-Punkten zum Vorjahr (9,8%). Aufgrund der Ausgründung des Geschäftsbereiches „kommunale Serviceportale“ ist ein nennenswerter Erfolgsfaktor der regio iT weggebrochen. Dies hat zur Konsequenz, dass sowohl der absolute als auch relative Anteil der Wertschöpfungskette rückläufig ist.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Das Managementsystem (IMS) der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Service-management) zeitgleich von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits ISO 20000 und ISO 27001 fanden auch im Berichtsjahr 2023 statt.

Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, Informations-, Sicherheits- und Servicemanagement-System für diese Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine wesentlichen Abweichungen zu den zugrundeliegenden Normforderungen festgestellt.

Die Einführung von intelligenten Messsystemen (Smart Metern) ist das Startsignal für die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland. Die Voraussetzung für die Bereitstellung von IT-Services und die Durchführung von Geschäftsprozessen (Smart Meter Gateway Administration) ist eine Bestätigung bzw. Zertifizierung, dass die regio iT die Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gemäß Messstellenbetriebsgesetz § 25 erfüllt. Im Rahmen der IMS Audits wurde bestätigt, dass die regio iT diese Anforderungen umgesetzt hat und anwendet. Diese ergänzende Zertifizierung (nach BSI TR-03109-6, Version 1) ist bis 2026 gültig.

Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung (berufundfamilie

GmbH). Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2023 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2026 zu führen.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss der regio iT liegt im Betrachtungszeitraum bei 6,1 Mio. €. Dies ist zwar im Vergleich zum Vorjahr ein rückläufiges Ergebnis. Allerdings war das Jahr 2022 ein sehr besonderes Geschäftsjahr, welches im Kontext der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung herausragend war. Insgesamt betrachtet kann die Ertragslage der regio iT als stabil bezeichnet werden.

Trotz Ausgründung des Geschäftsbereiches „kommunale Serviceportale“ konnte das Geschäftsfeld der regio iT ausgeweitet werden.

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2023 betrug die Bilanzsumme 66,6 Mio. € (Vorjahr 53,5 Mio. €).

Im Berichtsjahr lagen die Investitionen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen bei 13,8 Mio. € (Vorjahr 12,5 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen im Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrelierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einen hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert.

Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad¹ sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2023 betrug der Anlagendeckungsgrad¹ 59,6 %, und die Eigenkapitalquote 29,5 % (Eigenkapitalquote Vorjahr 40,9 %). Die Investitionen werden daher neben dem Cashflow mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 18,8 Mio. € (Vorjahr 9,5 Mio. €).

Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Hinsichtlich der Berichterstattung zur Erfüllung der öffentlichen Zwecksetzung (§ 108 GO NRW) wird folgendes festgestellt: Die regio iT ist im Berichtsjahr ihren satzungsgemäßen Aufgaben, bestehend aus der Erbringung von IT-Dienstleistungen für alle hierfür geeigneten kommunalen Aufgaben, nachgekommen. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes durchgeführt.

Zusammenfassung

Der Geschäftsverlauf des Berichtsjahres 2023 kann unter schwierigen Rahmenbedingungen als stabil bewertet werden. Trotz des rückläufigen Ergebnisses kann ein Gewinn nach Steuern in Höhe von 6,1 Mio. € ausgewiesen werden.

Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen.

Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 151,5 Milliarden Euro und einer Wachstumsrate von 6,1 % wird trotz der weltweiten Krisen auch für das Jahr 2024 von einer sehr positiven Entwicklung des ITK-Marktes ausgegangen. Dies bietet auch weiterhin Chancen für die regio iT. Durch das breite Dienstleistungsportfolio, vor allem auch durch die ausgewiesene Expertise bei Private-Cloud-Plattformen, ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie hat in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich die Digitalisierungspotenziale klar aufgezeigt. Angefangen bei Themen wie mobilem Arbeiten & Lernen bis hin zu IT-gestützten Schnittstellen bzw. Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden.

Ein Engpassfaktor für das Wachstum ist jedoch nach wie vor der Fachkräftemangel. Grundlage der Markteinschätzung für 2023/2024 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BITKOM.

Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2024 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €):

	2023 Ist	2024 Plan	Abw. I/P abs.	Abw. I/P %.
Gesamtumsatz	155,3	157,5	2,2	1,4%
<u>davon</u>				
Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb	110	114	4,0	3,5%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	12,3	13,3	1,0	7,5%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	23,5	21,2	-2,3	-10,8%
Anteil Umsätze aus Projektleistung/Beratung	7,9%	8,4%	-	-
Rohergebnis/-ertrag ¹	89,4	93,3	3,9	4,2%
Personalkosten	56,7	63,2	6,5	10,3%
Personalkostenquote ²	36,5%	40,1%	-	-
Ergebnis vor Steuern	8,5	6,2	-2,3	-37,1%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	5,5%	3,9%	-	-

¹Rohergebnis=(Umsatz+sonst.Ertr.+akt.EL/BV)/.Materialaufwand

²Personalkostenquote=Personalkosten(inkl. Fremdl. Beamte)/Umsatz

Für das Geschäftsjahr 2024 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 114,0 Mio. € eine weitere Steigerung der wesentlichsten Umsatzkategorie mit Wertschöpfung. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung gehen wir bei einem geplanten Wert von 13,3 Mio. € weiterhin von einem hohen Niveau aus. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg sind wir optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft erwarten wir zwar rückläufige Erlöse, die aber voraussichtlich mit 21,2 Mio. € nach wie vor auf hohem Niveau liegen werden. Den vielfältigen Chancen im Kontext dieser Zukunftsthemen stehen aber auch Risiken entgegen, da die gesamtwirtschaftliche Lage negativen Einfluss auf finanzielle Spielräume der Kommunen haben könnte.

Nach wie vor verbleibt das Risiko, dass mit deutlich höheren Preissteigerungen seitens der Hersteller zu kalkulieren ist. Trotz rückläufiger Inflationsrate wirken sich die gestiegenen Preise auf die Kostensituation der regio iT aus. Zudem wird für 2024 mit Personalkosten in Höhe von 63,2 Mio. € gerechnet, was einem Anstieg von 6,5 Mio. € gegenüber 2023 entspricht. Zum einem ist die sehr hohe Tarifsteigerung ab 01.03.2024 in Höhe von 200 € zzgl. 5,5 % in der Planung berücksichtigt und zum anderen wird mit einem deutlichen Aufbau des Personalbestandes geplant.

In der Folge erwartet die regio iT für 2024 eine Steigerung des Rohergebnisses von 89,4 Mio. € auf 93,3 Mio. €. Das Ergebnis vor Steuern wird mit 6,2 Mio. € niedriger ausfallen (Vorjahreswert: 8,5 Mio. €). Die regio iT wird die gestiegenen Kosten Großteils nicht an die Kunden weitergeben, weil die Preise für den Produkt-/Applikationsbetrieb auf mehrere Jahre hinweg fest vereinbart sind. Folglich wird die Kostenentwicklung zu Lasten des Ergebnisses gehen.

Zusammenfassend geht die regio iT weiterhin von einer guten Geschäftsentwicklung für das Jahr 2024 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

Erklärung der Geschäftsführung gemäß § 289f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen

Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Danach müssen unter anderem Gesellschaften, die der unternehmerischen Mitbestimmung (insbesondere nach dem MitbestG oder dem DrittelbG) unterliegen, Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung festlegen. Die Geschäftsführung des Unternehmens besteht zum Bilanzstichtag aus zwei männlichen Geschäftsführern. Für die Laufzeit der Bestellung und der Anstellungsverträge kann diese Quote nicht verändert werden. Der 15-köpfige Aufsichtsrat ist mit 15 Männern besetzt (Frauenquote: 0 %). Da die Aufsichtsräte ihr Mandat bis zur nächsten Kommunalwahl innehaben, ist auch hier in den nächsten 2 Jahren nicht mit einer Änderung zu rechnen. Bei der regio iT besteht die Besonderheit, dass es im technischen Umfeld ausgesprochen schwierig ist, weibliche Führungskräfte zu finden. So weist die 1. Führungsebene unter der Geschäftsführung 1 weibliche Führungskraft und 8 männliche Führungskräfte auf. Die 2. Führungsebene (Center & Stäbe mit Leitungsfunktion) unter der Geschäftsführung besteht zum Bilanzstichtag aus 40 männlichen und 5 weiblichen Führungskräften. Die Frauenquote (1. und 2. Führungsebene) beträgt folglich 12,5 %. Selbstverständlich wird sich die Geschäftsführung dafür einsetzen, Frauen in Führungspositionen zu bringen und wird weiterhin die Förderung von Frauen besonders unterstützen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Das Kerngeschäft der regio iT ist die Erbringung von IT-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Deren finanzielle Mittel sind in hohem Maße von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängig. Der IT-Markt ist zudem äußerst wettbewerbsintensiv und die IT-Branche ist einem rasanten technologischen Wandel unterworfen. Der herrschende Wettbewerb prägt hinsichtlich hohen Preisdrucks bei gleichzeitig steigenden Anforderungen an Produkt- und Servicequalität insbesondere den IT-Dienstleistungsbereich. Neue Technologien können sich zudem disruptiv auf das Geschäftsmodell der regio iT auswirken, z. B. wenn Softwarelieferanten durch Cloud-Technologien zu Wettbewerbern werden. Um diesen Risiken zu begegnen, passt die regio iT alle Prozesse sowie das Produktportfolio laufend den Markt-/Kundenanforderungen an. Die regio iT investiert zudem in Forschung & Entwicklung in Themengebiete, die auf Geschäftsfelder mit überdurchschnittlichem Wachstumspotenzial ausgerichtet sind (Cloud-Computing, E-Mobilität, Shared-Service-Dienstleistungen, Bildung etc.). In diesem Umfeld beteiligt sich die regio iT regelmäßig an Netzwerken innerhalb von mit Bundes- oder EU-Mitteln geförderten Projekten.

Die Überwachung der Geschäftsentwicklung und der damit einhergehenden Risiken ist wesentlicher Bestandteil des operativen Controllings der regio iT und des Berichtswesens. Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die konstante Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der

Kundenfluktuation in Verbindung mit wesentlichen kurzfristigen Vertragskündigungen wird derzeit als gering eingeschätzt.

Die Kunden der regio iT, Kommunen und kommunale Unternehmen, haben hohe Anforderungen an die IT-Sicherheit und die Verfügbarkeit. Dies gilt auch für die regio iT selbst. Die Anzahl der Cyberangriffe mit Datendiebstahl durch kriminelle Handlungen, Sabotage und Spionage hat auch im Berichtsjahr weltweit weiter zugenommen. Cyberangriffe können zu erheblichen Beeinträchtigungen und negativen Auswirkungen auf die IT-Infrastruktur der regio iT führen. Wahrscheinlichkeit und Ausmaß von Schäden durch externe Angriffe sind allerdings nur sehr schwer abzuschätzen. Im Extremfall können Attacken auf die IT-Systeme zum vollständigen Erliegen von Arbeitsabläufen und Prozessen der regio iT führen. Risiken bestehen auch bei Ausfall der IT-Systeme aufgrund technischer Probleme oder durch sonstige negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT-Servicemanagement-Prozesse. Weiterhin bestehen Haftungsrisiken aus dem Verstoß gegen nationale und internationale Datenschutzbestimmungen. Um diese Risiken zu minimieren, trifft die regio iT zahlreiche Vorkehrungen. Die Sicherheit der Informationsverarbeitung ist ein zentraler Aspekt aller Prozesse der regio iT. So sind die Geschäftsprozesse der regio iT entsprechend den Anforderungen der DIN EN ISO 9001 sowie ISO/IEC 20000 zertifiziert. Zudem verfügt die regio iT über ein nach der strengen internationalen Norm ISO/IEC 27001 zertifiziertes Informationssicherheits-Managementsystem. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die getroffenen (Sicherheits-) Maßnahmen keinen hinreichenden Schutz bieten, da sich insbesondere die Szenarien externer Angriffe ständig verändern. Können Beeinträchtigungen der IT-Infrastruktur nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarten Leistungserbringungen dar. In der Folge können durch Ausfälle der IT-Systeme Umsatzeinbußen, Reputationsschäden sowie Zahlungsverpflichtungen aus vertraglichen und/oder gesetzlichen Ansprüchen von Kunden, Vertragspartnern und Behörden entstehen.

Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu mindern, hat die regio iT eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen.

Projekte der regio iT zeichnen sich oft durch hohe Komplexität bei hohem Zeit- und Kostenaufwand aus. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese aufgrund von negativen Einwirkungen das definierte Projektziel verfehlen. Daher erfolgt vor der Erstellung von Angeboten grundsätzlich eine Vorkalkulation auf Basis definierter kaufmännischer Kennzahlen/Vorgaben (Deckungsbeitrag, Mindestrendite, Kapazität/Mitarbeiteräquivalente) sowie eine Prüfung der technischen und personellen Machbarkeit.

Weiterhin bestehen Risiken aus einer möglichen Verletzung von Schutzrechten Dritter. Dies kann dazu führen, dass Lizenzzahlungen erforderlich sind oder Dritte Ansprüche aus der Verletzung von Schutzrechten gegenüber der regio iT geltend machen.

Eventuellen Vertragsrisiken wird bei der regio iT durch die Verwendung von standardisierten und/oder geprüften Verträgen begegnet. Dies beinhaltet auch den Abgleich der vertraglichen Rahmenbedingungen eines möglichen Vorlieferanten mit den vertraglichen Verpflichtungen, die die regio iT mit ihren Kunden eingeht. Im Rahmen von ASP-Dienstleistungen (Application Service Providing) stellt die regio iT ihren Kunden Softwareprodukte Dritter zur Verfügung. Eine nicht vertragskonforme Erbringung des vertraglich vereinbarten Leistungsniveaus durch den Lieferanten oder dessen Ausfall könnte negative Auswirkungen auf das mit dem Kunden vertraglich vereinbarte Leistungsniveau haben. Zur Minimierung dieses Risikos setzt die regio iT auf ein stringentes Lieferantenmanagement bei wichtigen IT-Produkten. Ein verbleibendes Risiko besteht jedoch darin, dass der Markt für spezialisierte kommunale Anwendungen/Verfahren sehr klein ist und häufig keine adäquaten Alternativen bestehen.

Der Erfolg der regio iT, die zukünftige positive wirtschaftliche Entwicklung sowie die Minimierung geschäftlicher Risiken hängt entscheidend vom eigenverantwortlichen Handeln aller Mitarbeitenden nach den definierten und beschriebenen Prozessen ab. Hierzu muss die regio iT hinreichend qualifiziertes Personal aufbauen, gewinnen und halten können. Demzufolge ist es für die regio iT ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen.

Bei der regio iT bestehen in geringem Umfang Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken. Eine Verschlechterung der Geschäftsentwicklung bzw. der Liquidität kann für die regio iT wesentliche und möglicherweise bestandsgefährdende Risiken zur Folge haben. Daher erstellt die regio iT neben der mittelfristigen Finanzplanung auch einen monatlichen Liquiditätsplan mit rollierendem Forecast für 12 Monate.

Störungen innerhalb der bzw. zwischen den am Leistungsprozess der regio iT beteiligten Organisationseinheiten und Teilprozessen könnten zu Problemen bzw. zum Erliegen des Leistungsprozesses führen. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu mindern, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher (technischer) Integrität, eine Spezial-Haftpflicht-versicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch Folgeschäden aufgrund fehlerhafter IT-Dienstleistungen.

Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden und nicht zuletzt die neu gewonnenen Kunden des civitec Zweckverbands und der Beteiligungsgenossenschaft mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele erreicht werden.

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland ist weiterhin geprägt von den Folgen des Kriegs in der Ukraine, hohen Energiepreisen bzw. hoher Inflation sowie verschärften Material- und Lieferengpässen. Sollte sich in der Folge die gesamtwirtschaftliche Lage und insbesondere die Entwicklung der Digitalbranche entgegen den Prognosen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Risikoberichts deutlich negativer entwickeln, kann dies die genannten Risiken verschärfen. Die regio iT geht dennoch davon aus, solchen Entwicklungen auf Basis des bestehenden Risikomanagements begegnen zu können. Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Rehfeld, Dieter Vorsitzender der Geschäftsführung der regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbh	Vorsitzender der Geschäftsführung	bis 30.06.2023
Dr. Wolf, Stefan	Geschäftsführung	
Ludwigs, Dieter	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Servos, Michael Ratsmitglied Stadt Aachen	Vorsitzender	
Dr. Ziemons, Michael Dezernent StädteRegion Aachen	1. stv. Vorsitzender	
Hubert, Lothar Stellv. Betriebsratsvorsitzender	2. stv. Vorsitzender	
Adenauer, Sven-Georg Landrat Kreis Gütersloh	-	
Dr. Becker, Christian Geschäftsführer	-	
Dr. Kremer, Markus Beigeordneter Stadt Aachen	-	

Aufsichtsrat		
Emonds, Jochen Ratsmitglied Stadt Stolberg	-	
Grootens, Klaus	-	
Harre, Roland Betriebsratsvorsitzender	-	
Jacoby, Klaus-Dieter Ratsmitglied Stadt Aachen	-	
Joest, Frank Stellv. Betriebsratsvorsitzender	-	
Kurzbach, Tim Oberbürgermeister Stadt Solingen	-	
Pilgram, Hermann-Josef Ratsmitglied Stadt Aachen	-	
Schuster, Sebastian Landrat Rhein-Sieg-Kreis	-	bis 30.06.2023
Steffen, Hjalmar Betriebsratsvorsitzender	-	
Wullen, Jörg Betriebsratsvorsitzender	-	

Gesellschafterversammlung		
Nießen, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Ausführliche Aufsichtsratsübersicht aus dem Jahresabschluss der regio iT – gesellschaft für kommunikationstechnologie mbH. Für die Gesellschafterversammlung nur die Angabe der Besetzung der Stadt Würselen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst ist am 1. Januar 2015 in Kraft getreten. Danach müssen unter anderem Gesellschaften, die der unternehmerischen Mitbestimmung (insbesondere nach dem MitbestG oder dem DrittelbG) unterliegen, Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung festlegen. Die Geschäftsführung des Unternehmens besteht zum Bilanzstichtag aus zwei männlichen Geschäftsführern. Für die Laufzeit der Bestellung und der Anstellungsverträge kann diese Quote nicht verändert werden. Der 15-köpfige Aufsichtsrat ist mit 15 Männern besetzt (Frauenquote: 0 %). Da die Aufsichtsräte ihr Mandat bis zur nächsten Kommunalwahl innehaben, ist auch hier in den nächsten 2 Jahren nicht mit einer Änderung zu rechnen. Bei der regio iT besteht die Besonderheit, dass es im technischen Umfeld ausgesprochen schwierig ist, weibliche Führungskräfte zu finden. So weist die 1. Führungsebene unter der Geschäftsführung 1 weibliche Führungskraft und 8 männliche Führungskräfte auf. Die 2. Führungsebene (Center & Stäbe mit Leitungsfunktion) unter der Geschäftsführung besteht zum Bilanzstichtag aus 40 männlichen und 5 weiblichen Führungskräften. Die Frauenquote (1. und 2. Führungsebene) beträgt folglich 12,5 %. Selbstverständlich wird sich die Geschäftsführung dafür einsetzen, Frauen in Führungspositionen zu bringen und wird weiterhin die Förderung von Frauen besonders unterstützen.

3.4.1.10 d-NRW AöR

Basisdaten

Anschrift	d-NRW AöR Rheinische Str. 1 44137 Dortmund
Internet	www.d-nrw.de
E-Mail	info@d-nrw.de
Telefon	0231/22243810
Telefax	0231/22243811

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Unterstützung der Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziele der Beteiligung sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes. Auf Grundlage des öffentlich-rechtlichen Vertrages gemäß §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen erbringt die Anstalt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und öffentlichen Stellen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Träger der d-NRW AöR zum 31.12.2023 sind:

- a) Land NRW –vertreten durch das für Digitalisierungen zuständige Ministerium-
- b) 352 Städte und Gemeinden (VJ: 335)
- c) 31 Kreise inkl. Der StädteRegion Aachen sowie (VJ: 31)
- d) Die Landschaftsverbände LVR und LWL.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es sind keine Finanzierungsbeziehungen im Geschäftsjahr 2023 vorhanden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	179	140	39	Eigenkapital	2.914	2.897	17
Umlaufvermögen	48.889	25.943	22.946	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	8.045	5.607	2.437
				Verbindlichkeiten	38.116	17.559	20.557
Aktive Rechnungsabgrenzungen	111	10	101	Passive Rechnungsabgrenzungen	104	30	75
Bilanzsumme	49.178	26.092	23.086	Bilanzsumme	49.178	26.092	23.086

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der d-NRW AöR.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	129.383	101.209	28.174
3 Sonstige betriebliche Erträge	103	433	-330
4 Materialaufwand	-123.390	-96.866	-26.523
5 Personalaufwand	-4.893	-4.040	-853
6 Abschreibungen	-56	-46	-11
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.147	-676	-471
8 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-14	14
9 Ergebnis nach Steuern	0	0	0
10 Sonstige Steuern	-0	-0	-0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	5,9 %	11,1 %	-5,2 %
Eigenkapitalrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anlagendeckungsgrad 2	1.631,3 %	2.073,5 %	-442,2 %
Verschuldungsgrad	1.584,2 %	799,7 %	784,5 %
Umsatzrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 85 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 69) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Geschäftsverlauf

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

In einem nach wie vor krisengeprägten Umfeld ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Berichtsjahr ins Stocken geraten. Hohe Inflationsraten, steigende Zinsen, der Fachkräftemangel und eine schwache Weltkonjunktur haben die deutsche Gesamtwirtschaft im vergangenen Jahr schrumpfen lassen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank um 0,3 Prozent und verzeichnete damit erstmals seit dem Corona-Jahr 2020 ein Minus. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Jahr 2023 sehr unterschiedlich. Insbesondere die Wirtschaftsleistung der energieintensiven Industriezweige war 2023 erneut stark belastet. Demgegenüber konnten die meisten Dienstleistungsbereiche ihre wirtschaftlichen Aktivitäten im Vorjahresvergleich erneut ausweiten und dadurch die deutsche Wirtschaft stützen. Den größten Zuwachs verzeichnete 2023 der Bereich Information und Kommunikation (+2,6 %) und knüpfte damit an seine langjährige Wachstumsgeschichte an, die nur 2020 im Zusammenhang mit der Coronapandemie gebremst wurde. Durch die weiter voranschreitende Digitalisierung gewinnt die IT-Branche mehr und mehr an Bedeutung, was sich im stetigen Umsatzwachstum des IT-Bereichs insbesondere in der IT-Dienstleistungsbranche widerspiegelt. Es gilt auch zukünftig, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft bildete im Berichtsjahr erneut die Grundlage für gute Umsätze.

Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Maßnahmen zur Registermodernisierung, die Entwicklung der Sozialplattform, die Realisierung des Bauportal.NRW, die Umsetzung eines Antragservice für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKJFGFI, diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD- Projekte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

Absatz-Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die CGI Deutschland BV & Co. KG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die KPMG AG, Hamburg, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden- Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2023 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2023 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2023 im Durchschnitt 85 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung die Zuschlagserteilung an die fünf wirtschaftlichsten Bieter zur Konzeption, Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege und fachlicher Begleitung von Java-Entwicklungsprojekten mit einer Obergrenze von bis zu 18.000 TEUR und einer Laufzeit von 4 Jahren. Die Träger der d-NRW AöR dürfen den Rahmenvertrag in Anspruch nehmen und über die Durchführung von Miniwettbewerben ihre entsprechenden Bedarfe decken.

Überdies hat der Verwaltungsrat im Berichtsjahr europaweiten Ausschreibungen

- zur Gewinnung von externen Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung, Weiterentwicklung, Wartung, Pflege, Gestaltung, Redaktion und fachlicher Begleitung von Internetseiten der Landesverwaltung NRW mit einer Obergrenze von bis zu 5.000 TEUR und einer Laufzeit von 4 Jahren,

- zur Fortführung, Betreuung und Weiterentwicklung der Projekte innerhalb der PfAD-Familie mit- samt PFAU.NRW ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslaufzeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 26.000 TEUR,
- zur Fortführung Betreuung und Weiterentwicklung des Projekts „Elektronisches Gesundheits- beruferegister – eGBR“ ab 2024 für einen Zeitraum von vier Jahren mit maximaler Vertragslauf- zeit bis zum 31.12.2028 im Umfang von bis zu 2.975 TEUR sowie
- zur Fortführung des Projektes Wirtschaft-Service-Portal.NRW (WSP.NRW) mit einem Volumen im Umfang von insgesamt 174.000 TEUR bis zum Jahresende 2028

zugestimmt.

Als sog. Kommunalvertreter.NRW bildet die d-NRW AöR die Schnittstelle zwischen den IT- Dienstleis- tern und kommunalen Verwaltungen und organisiert zentral für nachnutzbare Online- Dienste die recht- liche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustauschs und stellt den Kommunen diese Dienste zur Nachnutzung bereit. Damit zusammenhängend waren im Berichtsjahr 17 Beitritte von Städ- ten und Gemeinden zu verzeichnen, die den Trägerkreis der d- NRW AöR bis zum Jahresende 2023 auf insgesamt 385 Kommunen haben anwachsen lassen.

Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG wurde im Berichtsjahr die Möglichkeit eröffnet, den Bezug und die Bereitstellung von EfA-Diensten und weiteren OZG-Diensten wechselseitig im Rahmen einer Kooperation im öffentlichen Sektor auszubauen. Darüber hinaus können durch die institutionalisierte Zusammenarbeit weitere gemeinsame Handlungsfelder erschlossen werden, um die digitale Transfor- mation im Sinne von Land und Kommunen voranzutreiben.

Mit Hinweis auf die nur zeitlich befristet zur Verfügung stehenden Konjunkturmittel des Bundes, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung bewirtschaftet werden, wurde im Lagebericht des Vorjahres perspektivisch für die kommenden Jahre eine Reduzierung der Umsatzerlöse sowie der Betriebserlöse und -aufwendungen prognostiziert. Eine entsprechende Veränderung ist im Berichtsjahr jedoch nicht eingetreten. Durch eine erhöhte Nachfrage und eine intensive Inanspruchnahme der bereitgestellten Konjunkturmittel haben sich die Umsatzerlöse ebenso wie die Betriebserlöse und -aufwendungen im Jahr 2023 vielmehr erhöht. Der weiterhin zu erwartende Rückgang wird sich aller Voraussicht nach in den Folgejahren abzeichnen.

Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 129.383 verzeichnen. Gegen- über dem Vorjahr (TEUR 101.209) ergibt sich erneut eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleisterkapazi- täten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwal- tung NRW steht.

Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen auf- gebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Wesentliche Bilanzposten	31.12.2022	31.12.2023	Veränderung
Aktiva	T€	T€	T€
Anlagevermögen	140	179	+39
Umlaufvermögen	25.942	48.888	+22.946
Rechnungsabgrenzung	10	111	+101
Passiva			
Eigenkapital	2.897	2.914	+17
Fremdkapital	23.196	46.264	+23.068
Bilanzsumme	26.093	49.178	+23.085

Im Vergleich zum 31.12.2022 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 22.946 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-TEUR 1.339) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 17.124) und erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+TEUR 6.564) sowie eine Erhöhung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+TEUR 600).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+TEUR 17) und das Fremdkapital ist um +TEUR 23.068 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 18.695) und die „sonstigen Verbindlichkeiten“ (+TEUR 1.968) gewachsen. Demgegenüber haben sich die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 106) im Vergleich zum 31.12.2022 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+TEUR 2.437). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 2.106), erhöhte „sonstige Rückstellungen“ (+TEUR 326) und erhöhte Urlaubsrückstellungen (+TEUR 19). Die Rückstellungen für Gewährleistungen (-TEUR 20) haben sich demgegenüber im Vergleich zum Vorjahr verringert.

Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2023 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der deutlich höheren Bilanzsumme (+TEUR 23.085) insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 17.124), auf 5,92 % (31.12.2022: 11,1 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 35.882 (31.12.2022: TEUR 18.758).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 103,4 % (Vorjahr: 101,6 %).

Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2023 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Wirtschafts-Service-Portal.NRW, Sozialplattform, Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, Onlinedienste - OZG, Register- modernisierung, Online Sicherheitsprüfung, Serviceportal.NRW, PfAD, Förder- programmcontrolling, Öffentliches Auftragswesen nebst E-Rechnung, Meldeportal Behörden, KiBiz.web, nrwGOV sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2022	2023	+/- Vj.
	TEUR	TEUR	TEUR
Betriebserträge	101.642	129.486	+27.844
Betriebsaufwendungen	-101.628	-129.486	-27.858
Finanzergebnis	-14	0	+14
Jahresergebnis	0	0	0

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d- NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2022	2023	+/- Vj.
	TEUR	TEUR	TEUR
Projekterlöse	16.184	18.933	2.749
Dienstleistungen	87.582	112.557	24.975
übrige Umsatzerlöse	0	0	0
	103.766	131.490	27.724
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-2.557	-2.106	451
	101.209	129.384	28.175

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 26.523 auf TEUR 123.390 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. TEUR 1.147 (Vorjahr: TEUR 676) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z. B. Telefonkosten TEUR 31 (Vorjahr: TEUR 24), Raummiete TEUR 201 (Vorjahr: TEUR 195), Fortbildungskosten TEUR 80 (Vorjahr: TEUR 57), Rechts- und Beratungskosten TEUR 90 (Vorjahr: TEUR 105), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 5), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 38 (Vorjahr: TEUR 14), Buchführungskosten TEUR 28 (Vorjahr: TEUR 27) sowie Mitgliedsbeiträge TEUR 15 (Vorjahr: TEUR 0), Wartungskosten für Hard- und Software TEUR 78 (Vorjahr: 6), Werbekosten TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 3), Repräsentationskosten TEUR 19 (Vorjahr: TEUR 12) und Reisekosten TEUR 21 (Vorjahr TEUR 9).

Aufgrund der Zinsentwicklung sind Aufwendungen für Verwahrenentgelte (TEUR 0) gegenüber den Vorjahren (zuletzt TEUR 14) entfallen.

Finanzielle (und nichtfinanzielle) Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren der Anstalt sind vor allem die bestehenden Rahmenverträge „nrwGOV & NRW.OS 2020-2024 (Lose 1-2)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 1.766

(von ursprünglich TEUR 10.000), „RV 2021-2025 (Lose 1-6)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 40.529 (von ursprünglich TEUR 200.000), „nrwGOV 2023-2026“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 3.774 (von ursprünglich TEUR 4.000) und der neue „RV Java 2023-2027“ mit einem zur Verfügung stehenden Gesamtvolumen von TEUR 18.000.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind ebenfalls mit den Rahmenverträgen verbunden. Die Inanspruchnahme von Leistungen aus den Rahmenverträgen der d-NRW AöR bedeutet für die auftraggebenden Stellen (Ministerien) eine wesentliche Vereinfachung und ist daher grundsätzlich mit einer großen Kundenzufriedenheit verbunden.

Entsprechendes gilt für die Nachnutzung von sog. EfA-Diensten durch die Kommunen, deren Arbeit damit maßgeblich erleichtert wird. Dies spiegelt sich im Hinblick auf den Trägerkreis der d-NRW AöR auch in den 17 weiteren Beitritten im Berichtsjahr wider.

Hinsichtlich der Beschäftigten der d-NRW ist zu vermerken, dass für die Organisation seit jeher eine große Zufriedenheit der Mitarbeiter:innen kennzeichnend ist. Hinweise darauf finden sich nicht nur in den einschlägigen Bewertungsportalen, sondern sind auch in der äußerst geringen Fluktuationsrate, die wie im Vorjahr im Bereich von 4 % liegt, erkennbar. Veränderungen ergeben sich zumeist aus persönlichen Gründen (z. B. Nähe zum Wohnort, weniger aus Gründen, die mit der Tätigkeit bei d-NRW verbunden sind. Positiv hervorgehoben werden die Fortbildungsmöglichkeiten, die den Beschäftigten eine persönliche und fachliche Weiterentwicklung gestatten. Einen großen Zuspruch finden die IPMA-Schulungen mit denen eine Zertifizierung für das Projektmanagement verbunden ist. Ebenso haben sich die berufsbegleitenden Fortbildungen zum Master (z. B. im Bereich IT-Management) als beliebtes Mittel zur Qualifizierung und Bindung der Beschäftigten bewährt. Entsprechendes gilt für Fortbildungsmaßnahmen, die Beschäftigten (z. B. im Verwaltungsbereich) eine Qualifikation auf Bachelor-Ebene ermöglichen. Für den Gesamtkontext wurde ein Personalentwicklungskonzept aufgestellt, dem der Verwaltungsrat in der 12. Sitzung am 17.11.2023 zugestimmt hat. Die d-NRW AöR verfügt mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von rd. 36 Jahren (Stand: 31.12.2023 – ohne studierende Aushilfen) über ein agiles und hochmotiviertes Team, das maßgeblich für den Erfolg der Anstalt ist.

Risikomanagement

Im Berichtsjahr wurde mit der KPMG als Partner ein Projekt zum Aufbau eines anstaltsspezifischen Risikomanagementsystems gestartet. Zentrale Herausforderungen der d-NRW AöR, die in den vergangenen Jahren sehr stark gewachsen ist, bestehen im Management und in der Steuerung von Risiken sowie in der Etablierung eines dokumentierten Risikofrüherkennungssystems. Im Rahmen der ersten Projektphase wurden die zentralen Handlungsfelder zum Aufbau des Risikomanagements und die Vorgehensweise festgelegt. Nach einer initialen Analyse wurden auf Basis anerkannter Risikomanagement-Standards Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen für die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems erarbeitet. Begleitend wurde eine Bestandsaufnahme der Risiken, des Risikoprozesses und der Risikoorganisation durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurde die Organisation der d-NRW AöR als Ganzes betrachtet und auch die Besonderheiten einzelner Aufgabenbereiche berücksichtigt. Als Hilfsmittel wurden initiale Werkzeuge in Form von Dokumenten (Risikocheckliste, Risikoregister nebst Risikoheatmap und ein Risikomanagement-Fragenkatalog) zur Risikoanalyse und zur Verwendung beim weiteren Risikomanagement erstellt. Zur operativen Umsetzung der erarbeiteten Handlungsempfehlungen erfolgt in 2024 die Fortsetzung des Projektes. In einem dreiphasigen Vorgehen (Initiierung, Implementierung und Einführung) ist vorgesehen, den Risikomanagement-Prozess inklusive der Rollen und der Verantwortlichkeiten in der Aufbauorganisation der d-NRW AöR zu verankern und zudem die Risikoanalyse weiter zu vertiefen, um damit ein anstaltsspezifisches Risikomanagementsystem zu etablieren.

Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der

zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch und durch interöffentliche Kooperationen ergeben sich weitere Potentiale für die zukünftige Entwicklung der Anstalt. Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG, der Zusammenarbeit mit der FITKO und durch eine mit der Dataport geschlossene interöffentliche Vereinbarung, der weitere öffentliche Stellen beitreten können, werden neue Handlungsfelder für die d-NRW AöR eröffnet. Überdies könnte ein engeres Zusammenwirken mit dem KDN ein zusätzliches Wachstumspotential bieten.

Neue Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, könnten sich durch die Übertragung von weiteren strategischen Digitalisierungsaufgaben zur exklusiven Wahrnehmung per d-NRW VO ergeben. Die d-NRW AöR könnte sich dadurch noch intensiver in die digitale Transformation einbringen.

Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen bzw. die Fortführung von Projekten nicht sichergestellt ist. Auch im Berichtsjahr bestanden weiterhin Unwägbarkeiten, die sich im Nachgang der nordrhein- westfälischen Landtagswahl 2022 ergeben haben, weil die Ausrichtung der Digitalisierung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen noch nicht abschließend geklärt ist.

Prognose

Vor dem Hintergrund, dass die Konjunkturmittel des Bundes in Höhe von TEUR 200.000, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung derzeit bewirtschaftet werden, nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, ist weiterhin zu erwarten, dass sich die Umsatzerlöse und damit einhergehend auch die Betriebserlöse und –aufwendungen in den kommenden Jahren voraussichtlich reduzieren werden.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Dr. Lienenkamp, Roger	Vorsitzender der Geschäftsführung	
Both, Markus	Allgemein(e) Vertreter(in)	

Verwaltungsrat		
Ahajliu, Karim Referent Landkreistag NRW	Stellvertreter(in)	
Dr. Brakmann, Markus Ministerialrat	Stellvertreter(in)	
Dr. Flüs, Jörg Reginerungsbeschäftigter	Stellvertreter(in)	
Friedrich, Dagmar Ltd. Ministerialrätin	Stellvertreter(in)	
Grah, Eckhard Ministerialrat	Stellvertreter(in)	
Grehling, Annekathrin Stadtdirektorin & Kämmerin Stadt Aachen	Stellvertreter(in)	
Happe, Andreas Ministerialdirigent	Stellvertreter(in)	
Janke, Mike-Sebastian Kreisdirektor Kreis Unna	Stellvertreter(in)	
Keßen, Stefan Ltd. Städt. Direktor Stadt Hagen	Stellvertreter(in)	
Klauss, Jorma Bürgermeister Gemeinde Roetgen	Stellvertreter(in)	
Köster, Petra Ministerialrätin	Stellvertreter(in)	
Brügge, Dirk Kreisdirektor Rhein-Kreis Neuss	-	
Dr. Kuhn, Marco Erster Beigeordneter Landkreistag NRW	-	
Dr. Oberheim, Heinz Ministerialrat	-	
Dreyer, Simone Regierungsbeschäftigte	-	
Hamacher, Lee Ministerialdirigentin	-	
Jestaedt, Katharina Ministerialdirigentin	-	
Jägers, Diane Ministerialdirigentin	-	
Kopietz, Sebastian Stadtdirektor Stadt Bochum	-	
Wohland, Andreas Beigeordneter Städte- und Gemeindebund NRW	-	
Zillikens, Harald Bürgermeister Stadt Jüchen	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 40,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2021 bis 2025 erstellt.

3.4.1.11 PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

Basisdaten

Anschrift	PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH Friedrichstraße 149 10117 Berlin
Internet	www.pd-g.de
E-Mail	info@pd-g.de
Telefon	030/257679-0
Telefax	030/257679-199

Zweck der Beteiligung

Die PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH berät die öffentliche Hand und ausländische Staaten in allen Phasen des Beschaffungsprozesses. Hierbei bietet die Gesellschaft ihre Arbeit als Beratungsunternehmen für die öffentliche Hand künftig als Inhouse-fähige Gesellschaft an. Besonderer Schwerpunkt ist dabei ein flächendeckendes Varianten-neutrales Beratungsangebot zu allen Beschaffungsvarianten auch gerade für Kommunen über den kompletten Projektzyklus von öffentlichen Investitionsvorhaben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen. Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden, ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Zu den 238 Gesellschaftern zählen u.a. neben dem Bund derzeit 14 Bundesländer, 161 kommunale Gesellschafter inklusive der kommunalen Spitzenverbände, in zwei Beteiligungsvereinen organisierte Universitätskliniken, Hochschulen und kommunale Großkrankenhäuser, Körperschaften und Forschungseinrichtungen, öffentliche Unternehmen, Zweckverbände, Genossenschaft, Kooperationen, Vereine und die Republik Zypern.

Die Stadt Würselen ist mit einem Anteil von 0,05 % und einem Anteil am Stammkapital von 1.000,00 € an der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es sind keine Finanzierungsbeziehungen im Geschäftsjahr 2023 vorhanden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	3.954	4.068	-114	Eigenkapital	45.349	37.330	8.019
Umlaufvermögen	68.224	52.426	15.798	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	18.511	11.955	6.557
				Verbindlichkeiten	9.681	7.731	1.949
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1.378	522	856	Passive Rechnungsabgrenzungen	16	0	16
Bilanzsumme	73.556	57.016	16.540	Bilanzsumme	73.556	57.016	16.540

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	137.077	115.563	21.514
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2.089	1.071	1.018
3 Sonstige betriebliche Erträge	689	138	551
4 Materialaufwand	-22.128	-22.291	162
4.a Aufwendungen für bezogene Leistungen	-22.128	-22.291	162
5 Personalaufwand	-81.708	-59.080	-22.629
6 Abschreibungen	-1.428	-1.662	234
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-19.259	-20.033	774
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	214	0	214
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-0	-59	59
10 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-4.886	-4.293	-593
11 Ergebnis nach Steuern	10.660	9.354	1.306
12 Sonstige Steuern	-1	-1	-0
13 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	10.660	9.353	1.306

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	61,7 %	65,5 %	-3,8 %
Eigenkapitalrentabilität	23,5 %	25,1 %	-1,6 %
Anlagendeckungsgrad 2	1.146,8 %	917,7 %	229,2 %
Verschuldungsgrad	62,2 %	52,7 %	9,4 %
Umsatzrentabilität	7,8 %	8,1 %	-0,3 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 970 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 717) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief auch in 2023 sehr erfolgreich. Wie schon in den letzten Geschäftsjahren konnte die Gesellschaft die im Wirtschaftsplan 2023 konkretisierten Wachstumserwartungen voll erfüllen. In den beiden Kernbereichen "Strategische Verwaltungsmodernisierung" und "Bau,

Infrastruktur, Kommunalberatung" ist es der Gesellschaft zudem gelungen ihre Präsenz und Beratung für ihre Anteilseigner weiter auszubauen. Die in 2018 bzw. 2019 gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf und Frankfurt am Main entwickelten sich im Berichtsjahr weiter überaus positiv. Sie ermöglichen eine größere Kundennähe, damit eine kurzfristige und unmittelbare Reaktion auf geäußerte Unterstützungsbedarfe und forcieren die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern in der Region. Zudem wurde aufgrund des wachsenden Geschäfts und der steigenden Mitarbeitendenzahlen das Hamburger Büro zum 1. Juli 2023 offiziell zu einer Betriebsstätte. Neben den nunmehr vier Betriebsstätten dienen weiterhin die in 2021 bezogenen Büros in Wiesbaden und Nürnberg sowie die in 2023 bezogenen Büros in München und Stuttgart als Anlaufpunkte für die Kunden und Kundinnen der PD aus den jeweiligen Regionen. Die Weiterentwicklung des Bereichs Strategische Verwaltungsmodernisierung zu einer vernetzten, Expertise-orientierten Geschäftsorganisation wurde und wird zielgerichtet fortgesetzt.

Im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung wurden gezielt Regionalisierung, Themen- und Geschäftsfeldentwicklung sowie zukunftsweisende Schwerpunktsetzung in der Expertise fortgesetzt. Im Zuge des Strategieprozesses wurde die Vernetzung innerhalb der Matrixorganisation zwischen Kompetenzzentren und Marktbereichen sowie die bereichsübergreifende Zusammenarbeit und das Wissensmanagement in besonderen Fokus gerückt.

Die Geschäftsführer Stéphane Beemelmans und Claus Wechselmann zeichneten im Geschäftsjahr 2023 für folgende Bereiche Verantwortung:

Stéphane Beemelmans	Claus Wechselmann
Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung inkl. Vergabestelle	Strategische Verwaltungsmodernisierung inkl. Science Group
Finanzen, Recht, Gesellschafterbetreuung, interne Revision, interner Datenschutzbeauftragter	Personal, Marketing & Kommunikation (inkl. Lektorat und Qualitätssicherung), Digitalisierung & IT, interne Revision

Im Geschäftsjahr 2023 gehörten der Geschäftsleitung an: Aus dem Bereich „Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung" Herr Karl-Heinz Heller (bis zum 31.05.2023), Herr Dr. Uwe Schmidt, Frau Birte Frische-meier und ab dem 1. Juni 2023 Frau Melanie Kunzmann, aus dem Bereich „Strategische Verwaltungsmodernisierung" Frau Yvonne Balzer, Herr Dr. Sebastian Muschter, Herr Dr. Norbert Ahrend und Herr Dr. Peter-Roman Persch, sowie aus dem Bereich der Corporate Functions Frau Anja Tannhäuser.

Die zivilrechtlichen Grundlagen der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern sind in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt. Der Gesellschafterkreis wird sich voraussichtlich auch in den kommenden Jahren dynamisch entwickeln.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von rd. 10.660 T€ abgeschlossen und liegt damit 5.364 T€ über Plan. Damit erhöhte sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr um 1.307 T€.

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den deutlichen Anstieg der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist die erneute Steigerung der Beratungstätigkeit der PD in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der starken Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftragsvolumina mit Hauptkunden weiter. Zudem ist es gelungen, den Kundenstamm, insbesondere im kommunalen Bereich, weiter auszuweiten und zu festigen.

Mit Steigerung der Gesamtleistung sind auch die Gesamtaufwendungen angestiegen. Ein wesentlicher Einflussfaktor ist die Steigerung der Personalaufwendungen aufgrund des nachhaltigen Personalaufbaus, der durch die hohe Nachfrage der Beratungsleistungen begründet ist. Die sonstigen betrieblichen

Aufwendungen verminderten sich trotz der Steigerung der Gesamtleistungen. Die Gesamt-Mietaufwendungen der Gesellschaft blieben auch mit weiterem Personalwachstum weitestgehend gegenüber dem Vorjahr konstant. Ein Kostenanstieg ist gegenüber dem Vorjahr nach der Corona-Pandemie bei den Reisekosten zu verzeichnen.

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Jahres 2023 über direkte Geldmittel in Höhe von 43,6 Mio. €. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgten wieder Festgeldanlagen. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rd. 14 Mio. € angestiegen. Maßgeblich verantwortlich für die Steigerung ist das sehr gute Jahresergebnis. Verringert wurde dieser Effekt durch die Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 2,9 Mio. €.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist um 2,6% (-341 T€) im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Gesunken sind auch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 2.729 T€ auf 1.513 T€. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Rückstellungen um 6.943 T€. Die Erhöhung begründet sich im Wesentlichen zum einen aus der angestiegenen Rückstellung für Tantieme (+2.996 T€) und zum anderen aus den Rückstellungen für Fremdleistungen (+3.534 T€).

Das Eigenkapital (inklusive des Jahresüberschusses 2023) liegt vor Ergebnisverwendung mit rund 45,3 Mio. € bei rund 61,7% der Bilanzsumme. Die Bilanzsumme hat sich um 16,5 Mio. € (+22,47%) gegenüber dem Vorjahreswert auf 73,6 Mio. € erhöht. Der aktuelle Saldo des Eigenkapitals entspricht in etwa dem 18,6-fachen des Anlagevermögens.

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung von Gesamtleistung weitestgehend erfüllt und dies des operativen Jahresergebnisses weit übertroffen. Trotz der gestiegenen Umsätze liegen die Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen auf dem Vorjahresniveau. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen blieben in der Berichtsperiode gegenüber dem Vorjahr konstant. Weitestgehend haben sich die betrieblichen Abläufe im Vergleich zu den durch Corona geprägten Vorjahren normalisiert. Die Reiseintensität hat wieder zugenommen und auch Weiterbildungsmaßnahmen haben durchgängig stattgefunden. Des Weiteren wurde in der Beschlussfassung zur Gewinnverwendung des Jahresüberschusses für das Jahr 2022 die Ausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 2,9 Mio. € beschlossen.

Die Berichterstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern betrug im Geschäftsjahr 2023 rund 15.332 T€ und liegt damit um 5.562 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis vor Zinsen und Steuern um 1.626 T€ gestiegen.

Der Cash-Flow betrug insgesamt 13.992 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 43.646 T€. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 17.994 T€ und aus der Investitionstätigkeit -1.101 T€. Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr weist -2.901 T€ aus. Gewinnausschüttungen für 2022 an die Gesellschafter erfolgten beschlussgemäß in Höhe von 2.901 T€.

Die PD hat während des Geschäftsjahres 2023 durchschnittlich 970 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 717 im Geschäftsjahr 2022.

Zur Förderung einer positiven Arbeitsumgebung und zur Mitarbeiterförderung wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen und fortgeführt, z.B.

- Das Rollen- und Kompetenzmodell wurde im letzten Jahr weiter überarbeitet. Ende Juli 2023 wurden insgesamt vier Rollen- und Kompetenzmodelle sowohl durch die Geschäftsführung als auch durch den Betriebsrat verabschiedet. Dabei wurden die teils schon bestehenden Pilotmodelle hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit und Aktualität auf die PD überprüft. Darüber hinaus wurde das Basis- und Aufbau-Curriculum stetig weiterentwickelt.

- Als zusätzlichen Baustein der beruflichen Fortbildung und in weiterer Ausgestaltung des Weiterbildungskonzeptes fördert die Gesellschaft seit 2021/4 berufsbegleitende Studien bzw. den Erwerb sonstiger zertifizierter Zusatzqualifikationen auf der Basis der dazu formulierten Leitlinien.

- Nach 2018 und 2021 führte die PD 2023 wieder eine Mitarbeitendenbefragung durch. Die Teilnahme war freiwillig und anonym, und wurde von einem externen Partner der PD begleitet.

- Das bestehende System zum betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) wurde weiterentwickelt. Es umfasst die Themen Arbeitssicherheit, Arbeitsmedizin, betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und die betriebliche Gesundheitsförderung.

Regelmäßig werden vom Team Marketing und Kommunikation Einführungs-Workshops zur Markenpositionierung der PD sowie den Aspekten der Identität (Markenleitbild) und der Visualisierung (Corporate Design) durchgeführt. Sie werden von der überwiegenden Zahl der neu zur PD gekommenen Mitarbeitenden besucht.

Die Gesellschaft erfüllt die Entsprechenserklärung des Deutschen Nachhaltigkeitskodexes seit 2013 und unterstützt andere öffentliche Unternehmen als Mentor. Der Austausch in weiteren Netzwerken trägt zum Aufbau und der Verbreitung der Initiativen bei.

Die PD hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und lebt und fördert die Vielfalt des Zusammenlebens.

Auch 2023 hat die PD wieder einen namhaften Betrag an neun gemeinnützige Organisationen gespendet. Mit der jährlichen Firmenspende unterstützt die PD insbesondere das Engagement für Kinder und Bedürftige sowie den Schutz der Umwelt. Die Beschäftigten der PD konnten Vorschläge für mögliche Spendenempfänger einreichen, über die bis Mitte Dezember unternehmensweit abgestimmt wurde. Auf unserer Website (<https://www.pd-g.de/csr>) stellen wir die mit der PD-Firmenspende bedachten Organisationen vor, die der Nennung zugestimmt haben.

Während der Büro- und Beraterarbeit achtet die PD auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen wie Papier und Energie und nutzt – wenn immer möglich – alternative Besprechungsmedien.

Prognose- und Chancenbericht

Die PD sieht ihre strategischen Wachstumschancen zum einen in einer Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen und zum anderen im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in Themenfeldern wie zum Beispiel Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, IT, Digital Governance, Digitalisierung des Bauwesens etc. auf allen föderalen Ebenen. Auf Grund ihrer Größe ist PD mittlerweile in der Lage sich thematisch weiter zu spezialisieren und ihre Kunden nicht nur methodisch, sondern auch mit tiefer Fachlichkeit zu beraten.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2024, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 30. November 2023 beschlossen wurde und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2025-2028 sehen für das Gesamtunternehmen ein kontinuierliches Wachstum insbesondere der eigenen Leistung der PD vor. Dabei wird im Zeitraum 2025-2028 eine an die Eigenleistung angepasste Steigerung der Gesamtleistung von bis zu 14% erwartet.

Für das Jahr 2024 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer wiederholt steigenden Gesamtleistung gerechnet. Der Anteil der Eigenleistung steigt in der Planung gegenüber dem Berichtsjahr um ca. 10%. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau des Berichtsjahres zum Tragen. Das operative Ergebnis für das Jahr 2024 wird auf einem ähnlich hohen Niveau wie für das Jahr 2023 angenommen. Ausschlaggebende Faktoren hierbei sind gestiegene Aufwendungen im Personalbereich auf Grund des fortlaufenden Personalzuwachses im operativen und internen Bereich, Personalentwicklung sowie die damit einhergehende Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Die steigenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere durch die in 2023 unterjährig erfolgten Standorterweiterungen und die damit zusammenhängenden Kosten sowie durch Kosten für Weiterbildungen und Wissenstransfer begründet. Eine kostenseitige Anpassung auf das weitere Mitarbeitendenwachstum ist für die Weichenstellung und zukünftige Entwicklung der PD in 2024 weiterhin zwingend erforderlich.

Risikomanagement, Risikobericht

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsführung und hat zum Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen, die Planungssicherheit zu verbessern sowie Kosten zu senken.

Risiken im Beratungsgeschäft sind:

- Externe Risiken durch Rahmenbedingungen und Markteinflüsse, die nicht unmittelbar beeinflusst den können. Dies sind vor allem Auswirkungen aufgrund von Veränderungen in der Marktlage, dem Wettbewerb, der Konjunktur, Haushaltsengpässe oder Pandemien und inzwischen auch Kriegsereignisse oder Cyberangriffe auf die IT-Infrastruktur der Gesellschaft.
- Interne Risiken, die durch Entscheidungen und Handlungen der Gesellschaft selbst bedingt sind. Dazu zählen Risiken aus der Leistungserstellung, im finanzwirtschaftlichen Bereich, informationstechnische Risiken oder aus der Organisation und dem Management des Unternehmens. Sie sind meist durch operative Entscheidungen und Maßnahmen direkt beeinflussbar und steuerbar.

Um die Auswirkungen von Risiken abschätzen zu können, werden diese fortlaufend bewertet.

Die Bewertung erfolgt in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Eintritt. Hierfür wurde eine einheitliche Systematik entwickelt, die in allen Bereichen, in denen Risiken ermittelt und bewertet werden, verwendet wird. Aufgrund dieser Systematik werden alle Risiken nach dem Ampelprinzip eingestuft. Die Risikolage wird jeweils jährlich im Risikolagebericht zusammengefasst, die dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates vorgestellt wird.

Das Projektmanagementsystem stützt sich auf eine Software für Projektplanung, Projektsteuerung, Projektüberwachung, Zelterfassung, durch die die Geschäftsführung automatisch über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten informiert wird.

Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren.

Daneben wird auch die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen sowie im Management der Risiken eine Überprüfung von Mitigationmöglichkeiten (z. B. Versicherbarkeit) durchgeführt. Die interne Revision überprüft entsprechend einer mehrjährigen Prüfplanung alle Funktionsbereiche auf Einhaltung der internen Richtlinien sowie von extern vorgegebenen Gesetzen und Verordnungen.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtrisikoposition im Berichtsjahr stabil entwickelt.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung		
Beemelmans, Stéphane Jurist	Geschäftsführung	
Wechselmann, Claus Kommunikationswissenschaftler	Geschäftsführung	

Aufsichtsrat		
Saebisch, Steffen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen	Vorsitzender	
Dr. Bösinger, Rolf Staatssekretär im Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	1. stv. Vorsitzender	
Damm, Elmar Abteilungsleiter IV im Hessischen Ministerium der Finanzen	-	
Deix, Wolfgang Senior Manager bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	-	
Dr. Klesse, Astrid Unterabteilungsleiterin I A im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	-	
Dr. Mangelsdorff, Lukas Abteilungsleiter IV im Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen	-	
Dr. Werth, Jochen	-	ab 01.07.2023
Göppert, Verena Deutscher Städtetag, Ständige Stellvertreterin des Hauptgeschäftsführers	-	
Karger, Pia Abteilungsleiterin im Bundesministerium des Innern und für Heimat	-	
Michel, Corinna Senior Consultant bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	-	
Munoz, Tatiana Senior Consultant bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	-	
Prof. Dr. Scholz, Jens Vorstandsvorsitzender Universitätsklinikum Schleswig-Holstein	-	
Rehfeld, Dieter Vorsitzender der Geschäftsführung der regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbh	-	
Waßmuth, Melissa Managerin bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	-	
Wilkens, Jan Senior Manager bei der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH	-	bis 30.06.2023
Zimmermann, Uwe Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes	-	

Beirat		
Fietz, Paul Johannes Mitglied des Vorstandes der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	Vorsitzender	
Prof. Dr. Mergel, Ines Professorin für Public Administration und Digital Governance an der Universität Konstanz	1. stv. Vorsitzende(r)	

Beirat		
Dr. Bastians, Uda Beigeordnete und Leiterin des Dezernats Recht und Verwaltung beim Deutschen Städtetag	-	
Dr. Diedrich, Martina Direktorin des Instituts für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg	-	
Dr. Günnewig, Dirk Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen	-	
Mildenberger, Tanja Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen	-	
Prof. Dr. Kleinschrot, Katharina Professorin für Bauverfahrenstechnik und zirkuläre Wertschöpfung an der TU Dresden	-	
Prof. Dr. Römmele, Andrea Vizepräsidentin der Hertie School	-	
Schallbruch, Martin CEO der govdigital eG	-	
Wendsche, Bert Oberbürgermeister der Stadt Radebeul und Präsident des Sächsischen Städte- und Gemeindetages	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 37,5 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die PD hat keinen offiziellen Gleichstellungsplan. Da es sich bei der PD um keine Behörde handelt, ist sie gesetzlich hierzu nicht verpflichtet. Im Gesellschaftsvertrag wird nicht auf Landesgleichstellungsgesetze hingewiesen.

Als Unternehmen hat sich die PD jedoch darüber hinaus diverse Ziele in Bezug auf Gleichstellung gesteckt (Parität, Nachhaltigkeitsziele, etc.). Die Gleichstellung der Geschlechter ist der PD ein großes Anliegen. So hat z.B. der Anteil der Frauen in Führungspositionen bei der PD stetig zugenommen.

3.4.1.12 Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung

Basisdaten

Anschrift	Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung Mariadorfer Straße 5 52249 Eschweiler
Internet	www.regioentsorgung.de
E-Mail	info@regioentsorgung.de
Telefon	02403/5550600
Telefax	02403/5550689

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist, die den Verbandsmitgliedern als öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern nach den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sowie des Landesabfallgesetzes NRW zugewiesenen Aufgaben in eigener Zuständigkeit wahrzunehmen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband RegioEntsorgung hat zur Wahrnehmung seiner ihm von den Kommunen übertragenen Aufgaben gemäß § 114a GO NRW das Kommunalunternehmen als Anstalt des öffentlichen Rechts „RegioEntsorgung, Anstalt des öffentlichen Rechts“ gegründet und die von den Kommunen übertragenen Aufgaben insgesamt und mit befreiender Wirkung auf das Kommunalunternehmen übertragen. Das Kommunalunternehmen übernimmt insoweit die Pflichten des Zweckverbandes als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, ist allein verantwortlicher Aufgabenträger, soweit ihm Aufgaben vom Zweckverband übertragen wurden und verfolgt das Ziel der Vereinheitlichung der Entsorgungsstrukturen. Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 GO NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Stolberg	6,3	5,88
Gemeinde Roetgen	6,3	5,88
Gemeinde Simmerath	6,3	5,88
Stadt Monschau	6,3	5,88
Stadt Herzogenrath	6,3	5,88
Stadt Eschweiler	6,3	5,88
Stadt Alsdorf	6,3	5,88
Stadt Baesweiler	6,3	5,88
Gemeinde Inden	6,3	5,88
Gemeinde Langerwehe	6,3	5,88
Stadt Linnich	6,3	5,88
Gemeinde Niederzier	6,3	5,88
Stadt Geilenkirchen	6,3	5,88
Gemeinde Nideggen	6,3	5,88
Gemeinde Vettweiß	6,3	5,88
Stadt Würselen	6,3	5,88
Gemeinde Nörvenich	6,3	5,88

Beteiligungen	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
RegioEntsorgung AöR	25,0	100,00

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Finanzierung der übertragenen Aufgaben erhält die RegioEntsorgung AöR vom Entsorgungszweckverband eine Zuweisung, die jährlich im Rahmen der Wirtschaftsplanung festzulegen ist.

Die Höhe der Zuweisung bemisst sich nach den kalkulatorischen Kosten gem. Wirtschaftsplan, die für die Aufgabenerfüllung auf dem jeweiligen Stadtgebiet des Verbandsmitgliedes anfallen. Die Umlage für die Stadt Würselen betrug im Geschäftsjahr 2023 2.647.067,00 EUR.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	25	25	0	Eigenkapital	106	100	6
Umlaufvermögen	4.441	5.057	-615	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	8	7	0
				Verbindlichkeiten	4.353	4.974	-622
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	4.466	5.082	-615	Bilanzsumme	4.466	5.082	-615

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und dem Zweckverband RegioEntsorgung.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	25.697	24.535	1.162
2 Sonstige betriebliche Erträge	0	0	-0
3 Materialaufwand	-25.678	-24.513	-1.165
4 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-19	-21	2
5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-1	1
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	2,4 %	2,0 %	0,4 %
Eigenkapitalrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %
Anlagendeckungsgrad 2	425,0 %	400,0 %	25,0 %
Verschuldungsgrad	4.103,6 %	4.981,5 %	-877,9 %
Umsatzrentabilität	0,0 %	0,0 %	0,0 %

Personalbestand

Das Unternehmen beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Lage des Verbandes:

Der Entsorgungszweckverband RegioEntsorgung hat als kleiner Verband im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB von den größenabhängigen Erleichterungen Gebrauch gemacht, als dass er keinen Lagebericht aufgestellt hat. Der Verzicht auf die Aufstellung des Lageberichtes und die Inanspruchnahme der Erleichterungsvorschriften sind im Berichtsjahr aufgrund des 3. NKFVG, das zum 31. Dezember 2023 rückwirkend in Kraft getreten ist, erstmalig möglich gewesen. Im Zuge des 3. NKFVG ist die Eigenbetriebsverordnung dahingehend geändert worden, dass die Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses der Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen nicht mehr auf der Grundlage der sinn-gemäßen Anwendung der Vorschriften für große Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des HGB, sondern nur noch nach den allgemeinen Vorschriften für Kapitalgesellschaften unter Berücksichtigung der tatsächlichen Größenklasse im Sinne von § 267 HGB erfolgen muss.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung		
Schunk-Zenker, Marion Bürgermeisterin Stadt Linnich	Stellvertreter	
Nießén, Roger Bürgermeister Stadt Würselen	Vorsitzender	
Dr. Czech, Timo	-	
Dr. Fadavian, Benjamin Bürgermeister Herzogenrath	-	
Dr. Krämer, Carmen Bürgermeisterin Stadt Monschau	-	
Froesch, Pierre Bürgermeister Stadt Baesweiler	-	
Goffart, Bernd Bürgermeister Gemeinde Simmerath	-	
Haas, Patrick Bürgermeister Stadt Stolberg	-	
Klauss, Jorma Bürgermeister Gemeinde Roetgen	-	
Kunth, Joachim Bürgermeister Gemeinde Vettweiß	-	
Leonhardt, Nadine Bürgermeisterin Stadt Eschweiler	-	
Münstermann, Peter Bürgermeister Gemeinde Langerwehe	-	
Pfennings, Stefan Bürgermeister Gemeinde Inden	-	
Rombey, Frank Bürgermeister Gemeinde Niederzier	-	
Schmunkamp, Marco Bürgermeister Stadt Nideggen	-	
Sonders, Alfred Bürgermeister Stadt Alsdorf	-	
Weiler, Jochen Bürgermeister Stadt Heimbach	-	

Verbandsvorsteher		
Kunth, Joachim Bürgermeister Gemeinde Vettweiß	Stellvertreter	
Klauss, Jorma Bürgermeister Gemeinde Roetgen	-	

Gem. § 11 der Verbandssatzung können Ausschüsse und Beiräte gebildet werden, wobei mindestens ein Ausschuss für Strukturfragen und ein regionaler Abfallwirtschaftsbeirat zu bilden ist.

Im Jahr 2006 wurden der technische Strukturausschuss sowie die Abfallwirtschaftsbeiräte für die Nordkreise Aachen und Düren etabliert. Als Folge der Erweiterung des Verbandsgebietes wurden die Abfallwirtschaftsbeiräte im Jahr 2008 neu strukturiert und in die drei regionalen Abfallwirtschaftsbeiräte Nordwest, Nordost und Südwest.

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 18,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

3.4.1.13 Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen

Basisdaten

Anschrift	Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen Übacher Weg 36 52477 Alsdorf
Internet	www.vhs-nordkreis-aachen.de
E-Mail	info@vhs-nordkreis-aachen.de
Telefon	02402/90630
Telefax	02404/906320

Zweck der Beteiligung

Die Volkshochschule Nordkreis Aachen ist eine Einrichtung der Weiterbildung gemäß §§ 1, 2 Abs. 2, 3 und 10 des WbG NRW. Sie dient der Weiterbildung von Erwachsenen und Jugendlichen nach Beendigung einer ersten Bildungsphase. Weitere Aufgaben der Volkshochschule Nordkreis Aachen sind auch Maßnahmen und Projekte, die der Qualifizierung und zur Unterstützung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt dienen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist das Schaffen eines umfangreichen Bildungsangebots, die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern, die Fähigkeiten zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens stärken und die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen helfen. Es umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen sowie Eltern- und Familienbildung ein. Zu diesem Zweck führt die Volkshochschule entsprechend dem Bedarf Lehrveranstaltungen wie Vorträge, Seminare, Kurse, Diskussionen, Studienfahrten, Vorführungen u.a.m. durch. Die Lehrveranstaltungen sollen in den Mitgliedsstädten gleichwertig angeboten werden. In allen Städten werden Lehrveranstaltungen durchgeführt, wenn die Mindestteilnehmerzahl dort gesichert ist.

Die in der Verbandssatzung genannten Aufgaben dienen der öffentlichen Bildung und erfüllen insofern einen öffentlichen Zweck.

Hinweis der Verwaltung:

Bis zur Erstellung des Beteiligungsberichtes der Stadt Würselen für das Jahr 2023 hat der Jahresabschluss des Zweckverbandes Volkshochschule Nordkreis Aachen für das Jahr 2023 noch nicht vorgelegen. Daher beziehen sich alle Angaben zum Zweckverband auf das Jahr 2022.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Umlage der Städte

	2022 T€	2021 T€
Alsdorf	30	30
Baesweiler	17	17
Herzogenrath	29	29
Würselen	24	24
Gesamt	100	100

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil am Stammkapital (TEURO)	Anteile in %
Stadt Würselen	18,1	23,61

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Soweit der Finanzierungsbedarf des Zweckverbandes nicht aus Entgelten, Projektmitteln und Zuschüssen gedeckt wird, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage. Die Umlage bemisst sich nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder.

An den Zweckverband VHS Nordkreis Aachen wurde im Jahr 2021 eine Umlage in Höhe von 24.317,80 € und in 2022 24.155,11 € gezahlt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021		2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	21	10	12	Eigenkapital	1.394	1.534	-140
Umlaufvermögen	1.609	1.706	-97	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	59	30	29
				Verbindlichkeiten	115	104	11
Aktive Rechnungsabgrenzungen	1	1	-1	Passive Rechnungsabgrenzungen	63	50	13
Bilanzsumme	1.631	1.718	-87	Bilanzsumme	1.631	1.718	-87

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der VHS Nordkreis Aachen.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	937	887	50
2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	730	368	362
3 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4	145	-141
4 Sonstige ordentliche Erträge	0	1	-0
5 Ordentliche Erträge	1.671	1.400	271
6 Personalaufwendungen	-1.070	-1.051	-19
7 Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistungen	-17	-7	-10
8 Bilanzielle Abschreibungen	-5	-3	-2
9 Sonstige ordentliche Aufwendungen	-718	-486	-232
10 Ordentliche Aufwendungen	-1.811	-1.548	-263
11 Ordentliches Ergebnis	-140	-148	8
12 Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-140	-148	8
13 Jahresergebnis	-140	-148	8

Kennzahlen

	2022	2021	Veränderung 2022 zu 2021
Eigenkapitalquote	85,5 %	89,3 %	-3,8 %
Eigenkapitalrentabilität	-10,0 %	-9,7 %	-0,4 %
Anlagendeckungsgrad 2	6.544,9 %	15.714,4 %	-9.169,5 %
Verschuldungsgrad	12,5 %	8,8 %	3,7 %
Umsatzrentabilität	-8,4 %	-10,6 %	2,2 %

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 19) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Ausschnitt aus dem Lagebericht 2022:

Sonstige wichtige Ereignisse des Haushaltsjahres/Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Haushaltsjahres

Obwohl die VHS Nordkreis Aachen im ersten Semester noch strenge Pandemieauflagen in ihrem Kursgeschehen umsetzte und die Bürger*innen durch hohe Energiepreise und Inflation belastet waren, stabilisierten sich die Anmeldezahlen. Damit erreichte die VHS zwar noch nicht ganz das Niveau von 2019,

ist aber auf einem guten Weg dahin. Im Vergleich zum Vorjahr begrüßte die VHS 9.263 Teilnehmende (6.493) in 821 Veranstaltungen (486) und realisierte 20.456 Unterrichtsstunden (12.752).

Die positive Entwicklung ist auch auf die neue VHS-Öffentlichkeitskampagne zurückzuführen. Die VHS war mit einem neuen Infostand auf den Wochenmärkten und Veranstaltungen im Nordkreis Aachen präsent und ist dort mit den Nordkreisbewohner*innen in den Dialog gegangen. Groß und Klein hatten großes Vergnügen mit dem neuen Glücksrad und den nachhaltigen Gewinnen. Seit Oktober 2022 ist die VHS mit ihrem Instagram- und Facebookkanal online und hat sich mit ihren Mitgliedskommunen vernetzt.

Um die Attraktivität der VHS als Bildungsort zu erhöhen, wurde in ihre VHS-Geschäftsstellen investiert. Ein Meilenstein war die Eröffnung der neuen VHS-Geschäftsstelle in Würselen – bürgernah mitten in der Innenstadt, die am 11.11.2022 mit vielen Vertreter*innen der Politik, Verwaltung, Kooperationspartner*innen, Mitarbeitenden, Dozent*innen und Bürger*innen gebührend gefeiert wurde. Zeitgleich fanden weitere Umbauarbeiten in der Alsdorfer Geschäftsstelle statt, um den Bedarf an größeren Unterrichtsräumen für Integrationskurse zu realisieren. Einer der Gesundheitsräume wurde mit der Verlegung eines gelenkschonenden und schalldämmenden Bodens für die Entspannungskurse aufgewertet. In der Herzogenrather Geschäftsstelle wurde mit der grundlegenden Renovierung und Modernisierung begonnen.

Mit den neuen Fördermöglichkeiten des Weiterbildungsgesetzes NRW hat die VHS Nordkreis Aachen mit den Volkshochschulen Aachen, Stolberg und Südkreis Aachen das Netzwerk „Alleeda“ (Ocher Mundart für Auf geht's) gegründet. Ziel ist es gemeinsame Angebote zu entwickeln und zu vermarkten, Beratungskompetenzen und die Marke Volkshochschule weiter auszubauen. So realisierte Alleeda erfolgreich gemeinsam eine Online-Vortragsreihe im Fachbereich Kunst und Kultur, einen digitalen Bildungsurlaub, Exkursionen und die Gesundheitskarte. Bei der Gesundheitskarte konnten sich die Kund*innen flexibel drei Gesundheitskurse in den Sommerferien im Nordkreis Aachen und in Aachen zusammenstellen. Die Resonanz auf alle Formate war so gut, dass sie ausgebaut werden.

Neben all der positiven Entwicklung mussten leider durch Kriege, Verfolgung, Klimawandel etc. viele Menschen 2022 ihre Heimat aufgeben und flüchteten – auch nach Deutschland. Für ihre Unterbringung mussten die Kommunen auch wieder auf Hallen und Gebäude zurückgreifen, die der VHS nicht mehr zur Verfügung standen. Um den Geflüchteten unsere Sprache zur gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe zu vermitteln, kam die VHS an die Grenze ihrer Kapazitäten in Bezug auf Beratungsleistungen, Dozent*innen, Administration und Räumlichkeiten. Hier hat die VHS ihr Angebot an Integrationskursen seit 2015 vervierfacht.

Ausblick

Die Nachfrage nach Integrationskursen ist ungebrochen und hat durch Putins Angriffskrieg auf die Ukraine stark zugenommen. Hier übernimmt die VHS mit Ihren Leistungen der Sprach- und Integrationsangebote für die Kommunen eine wichtige Funktion. Die vom BAMF-geförderten Kurse ermöglichen in Teilen finanzielle Defizite zu kompensieren. Ab 2023 wird sich ein Wettbewerber für den komplexen, aber auch lukrativen Markt der Integrationskurse in Alsdorf ansiedeln. Hier wird sich zeigen, wenn die Nachfrage an Integrationskursen zurückgeht, wie es sich finanziell auf die VHS Nordkreis Aachen auswirkt und wie lange die Städteumlage auf dem niedrigen Niveau gehalten werden kann.

Fazit

Die VHS Nordkreis Aachen hat die multiplen Krisen der letzten Jahre gut gemeistert. Sie hat ihr Programmangebot weiterentwickelt, neue Formate etabliert, Fördermittel akquiriert, wirtschaftlich gearbeitet, Kosten reduziert, neue Möglichkeiten des Weiterbildungsgesetzes umgesetzt, ihre Geschäftsstellen modernisiert, ihre Öffentlichkeitsarbeit intensiviert und Netzwerke ausgebaut. Sie hat gezeigt, dass sie sich auf neue Herausforderungen und Unwägbarkeiten einstellen kann. Dies ist auch auf das hohe Engagement der VHS-Mitarbeiter*innen zurückzuführen, die diesen Kurs mittragen und sich einbringen.

Die Gesamtergebnisrechnung zeigt eine geringere Entnahme aus der Ausgleichsrücklage als prognostiziert. Die VHS Nordkreis Aachen hat sich eine gute finanzielle Rücklage erarbeitet, so dass sie weitere Krisen meistern kann. Dennoch ist es wünschenswert, dass die VHS in ruhigere Fahrwasser kommt.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung		
Baumann, Kai Heribert Anwendungsentwickler	-	
Boehm, Ingo Druckermeister	-	
Ciftci, Reyhan Krankenschwester	-	
Dr. Fleckenstein, Manfred Akademischer Direktor i.R.	-	
Dr. Leipertz, Harald Lehrer	-	
Dumke, Andreas Math. Techn. Assistent	-	
Froesch, Pierre Bürgermeister Stadt Baesweiler	-	
Gülpen, Renate Hausfrau	-	
Held, Manfred Rentner	-	
Hendriks, Thomas Kommunalbeamter	-	
Ivancic, Janine Buchhändlerin	-	
Mimberg, Marietheres Unternehmensberaterin	-	
Odenbreit, Petra	-	
Puhl, Matthias Studiendirektor in Pension	-	
Reinartz, Daniel Regierungsbeschäftigter Land NRW	-	
Schmittmann, Jörg Realschullehrer a.D.	-	
Schwedt, Timo Kaufmann für Versicherungen und Finanzen	-	
Sonders, Alfred Bürgermeister Stadt Alsdorf	-	
Strotkötter, René Erster Beigeordneter Stadt Würselen	-	
Tirtey, Balthasar Polizeibeamter	-	
Verhoolen, Gerd Regierungsbeschäftigter Land NRW	-	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Das Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen hat keine Mitglieder.

Damit erübrigt sich die Berechnung des im § 12 Absatz 1 LGG geforderten Mindestanteils von Frauen.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Erstellung eines Gleichstellungsplanes ist laut Aussage der VHS Nordkreis Aachen in Planung.

3.4.1.14 KoPart eG

Basisdaten

Anschrift	KoPart eG Kaiserswerther Str. 199-201 40474 Düsseldorf
Internet	www.kopart.de
E-Mail	info@kopart.de
Telefon	0211/59895755
Telefax	0211/4307722

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft sind Dienstleistungen jeglicher Art zur Unterstützung ihrer Mitglieder, insbesondere die Durchführung rechtskonformer Ausschreibungen sowie die Vermittlung des Wareneinkaufs für ihre Mitglieder und alle damit im Zusammenhang stehender Tätigkeiten, Dienstleistungen zur Unterstützung der nachhaltigen Erfüllung der öffentlichen Zwecke der Mitglieder sowie alles, was mit den oben beschriebenen Gegenständen in Zusammenhang steht.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung sind die Interessen bei kommunalen Anliegen jeder Art.

Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten. Hierzu hat die Gesellschaft im Lagebericht Stellung genommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

<u>Genossenschaftsmitglieder</u>	<u>Zahl</u>
Mitglieder am Anfang des Geschäftsjahres	188
Während des Geschäftsjahres eingetretene Mitglieder	15
Ausgeschiedene Mitglieder	<u>0</u>
Mitglieder am Ende des Geschäftsjahres	103

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es sind keine Finanz- bzw. Leistungsbeziehungen im Geschäftsjahr 2023 vorhanden.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	332	285	47
Umlaufvermögen	1.053	1.146	-94	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	43	33	10
				Verbindlichkeiten	678	829	-151
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	1.053	1.146	-94	Bilanzsumme	1.053	1.146	-94

Nachrichtlicher Ausweis von Bürgschaften

Es bestehen keine Bürgschaften zwischen der Stadt Würselen und der KoPart eG.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	2.406	2.325	81
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	155	124	32
3 Sonstige betriebliche Erträge	3	6	-3
4 Materialaufwand	-2.493	-2.340	-153
5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-19	-25	6
6 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
7 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-17	-28	11
8 Ergebnis nach Steuern	37	62	-25
9 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	37	62	-25
10 Einstellung in Ergebnisrücklagen	-37	-62	25
Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
Eigenkapitalquote	31,5 %	24,8 %	6,7 %
Eigenkapitalrentabilität	11,0 %	21,7 %	-10,6 %
Anlagendeckungsgrad 2	33.177.600,0 %	28.468.000,0 %	4.709.600,0 %
Verschuldungsgrad	217,3 %	302,7 %	-85,4 %
Umsatzrentabilität	1,5 %	2,7 %	-1,1 %

Personalbestand

Das Unternehmen beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter.

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Geschäftsverlauf und Lage der KoPart eG

Die KoPart eG erzielte im Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von 36.595,98 €.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten 15 neue Mitglieder gewonnen werden. Im Geschäftsjahr ist kein Mitglied aus der KoPart eG ausgeschieden.

Entwicklung der KoPart eG

Die Zahl der Mitglieder ist auf 201 gestiegen. Damit sind nunmehr ungefähr 50% der Kommunen in NRW Mitglied der KoPart eG. Ziel bleibt es, die Mitgliederzahl weiter zu erhöhen.

Neben dem weiteren Ausbau des elektronischen Katalogverfahrens für die Beschaffung des kommunalen Bedarfs sind insbesondere die Einzelleistungen, die über den Geschäftsbesorgungsvertrag über das Mitglied Kommunal Agentur NRW erbracht werden, ein maßgeblicher Beweggrund für viele Kommunen der KoPart eG beizutreten.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr nutzen 10 neue Mitglieder die Möglichkeit des Katalogeinkaufs. Die Umsatzsteigerung der Bestellungen durch die Mitglieder betrug etwa 2 Mio. € bei einer etwa gleichbleibenden Anzahl an Bestellungen. Darin zeigt sich eine Zunahme von Bestellungen höherwertiger (teurerer) Produkte.

Auch die Einzelleistungen, die von der Kommunal Agentur NRW über die KoPart eG abgewickelt werden, sind mit 270 Projekten (VJ 280) in etwa gleich stark wie im Vorjahr nachgefragt.

Die Leistungen der zvs+ zur Übernahme der Funktionen einer zentralen Vergabestelle nutzen derzeit 8 Mitglieder (VJ 7). Im Berichtsjahr wurden so 100 Verfahren (VJ 93) über die KoPart eG abgewickelt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Im Februar 2024 endete die Testphase für einen Marktplatz (Mercateo / Unite), der an den Katalogeinkauf angeschlossen wurde und so den teilnehmenden Kommunen ermöglicht, über dieselbe Plattform sowohl die von der KoPart eG ausgeschriebenen Artikel als auch weitere Artikel aus dem Marktplatz einzukaufen.

Im Folgenden wurde allen Teilnehmern am Katalogverfahren angeboten, den Marktplatz zusätzlich freizuschalten, was bereits einige Teilnehmer in Anspruch genommen haben.

Organe und deren Zusammensetzung

Aufsichtsrat		
Sommer, Christof	Vorsitzender	
Noll, Sabine	1. stv. Vorsitzende®	
Frömmer, Martin	-	
Görtz, Thomas	-	
Jacobi, Claus	-	
Schultz, Christoph	-	

Vorstand		
Dr. Fallack, Jan	-	
Siedenberg, André	-	
Wallbaum, Viola	-	
Dr. Queitsch, Peter	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender	
Dr. Togler, Ralf	Vorstandsvorsitzender	

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört von den insgesamt 6 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 % nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die KoPart eG beschäftigte im Jahr 2023 keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

3.4.2 Mittelbare Beteiligungen der Stadt Würselen zum 31. Dezember 2023

3.4.2.1 Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Bauland Würselen Verwaltungs- GmbH Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	2001

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der Bauland Würselen GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Begrenzung der Haftung für die Bauland Würselen GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	-12	18	-30
Umlaufvermögen	451	481	-30	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	3	3	0
				Verbindlichkeiten	460	460	0
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	463	481	-18	Bilanzsumme	463	481	-18

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	1	0	1
2 Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
3 Materialaufwand	-1	0	-1
4 Personalaufwand	-3	-3	-0
5 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-8	-8	0
7 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-18	-4	-14
8 Ergebnis nach Steuern	-29	-16	-14
9 Sonstige Steuern	-1	-0	-0
10 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-30	-16	-14

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Die Grundstücke Dobacher Straße sollen nunmehr kurzfristig vermarktet werden. Um dieses Ziel erreichen zu können, war es notwendig, weitere Grundstücksteile von Miteigentümern zu erwerben. Dies ist im Jahr 2022 erfolgt, so dass die Vermarktung aller Grundstücke im laufenden Geschäftsjahr erfolgen soll.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben.

Die Geschäftsführung hat im abgeschlossenen Geschäftsjahr die Möglichkeiten über den Erwerb und die Erschließung von neuen Grundstücksflächen im Gebiet der Stadt Würselen geprüft und erste Gespräche geführt. Diese Gespräche und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten der Erschließung von Grundstücksflächen sollen im laufenden Geschäftsjahr weiter konkretisiert werden. Insofern ist von der Fortführung der Gesellschaft auszugehen.

3.4.2.2 Bauland Würselen GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Bauland Würselen GmbH & Co. KG Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	2010

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist die Durchführung von Erschließungsmaßnahmen sowie der Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten im Rahmen dieser Betätigung im Gebiet der Stadt Würselen, Neubaugebiet Kapellenfeldchen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Beteiligung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG an der Bauland Würselen GmbH & Co.KG wird das öffentliche Ziel zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen verfolgt. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	-4	-0	-4
Umlaufvermögen	28	2	26	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	2	2	0
				Verbindlichkeiten	30	0	30
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	32	2	30	Bilanzsumme	32	2	30

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	0	1	-1
3 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3	-3	-0
5 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	0	-1
6 Ergebnis nach Steuern	-4	-1	-2
7 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4	-1	-2
8 Belastung auf Kapitalkonten	4	1	2
Bilanzgewinn	0	0	0

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Zurzeit führt die Gesellschaft keine operativen Geschäfte aus. Die Geschäftsführung hat im abgeschlossenen Geschäftsjahr die Möglichkeiten über den Erwerb und die Erschließung von neuen Grundstücksflächen im Gebiet der Stadt Würselen geprüft und erste Gespräche geführt. Diese Gespräche und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten der Erschließung von Grundstücksflächen sollen im laufenden Geschäftsjahr weiter konkretisiert werden. Insofern ist von der Fortführung der Gesellschaft auszugehen. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jeder Zeit gegeben.

3.4.2.3 Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH

Basisdaten

Anschrift	Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs- GmbH Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1999
Telefon	02405/671501

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Begrenzung der Haftung für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	0	0	0	Eigenkapital	20	20	-0
Umlaufvermögen	22	23	-0	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	2	2	0
				Verbindlichkeiten	0	0	0
Aktive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzungen	0	0	0
Bilanzsumme	22	23	-0	Bilanzsumme	22	23	0

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Sonstige betriebliche Erträge	72	72	0
2 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-75	-75	0
3 Erträge aus Beteiligungen	3	3	0
4 Ergebnis nach Steuern	0	0	0
5 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Gegenstand der Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen zum Gegenstand hat. Auf Grund des geringen Umfangs der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wurde aus Kostengründen auf die Durchführung einer Jahresabschlussprüfung verzichtet. Der im Rahmen der Abschlussprüfung der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG beauftragte Wirtschaftsprüfer führte wie im Vorjahr auch eine plausible Durchsicht der Geschäftsunterlagen und des Jahresabschlusses durch.

Im Jahr 2015 hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, deren Komplementärin die Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungsgesellschaft mbH ist, die zu erschließenden Grundstücke am Flugplatz Merzbrück weitgehend erwerben können. Im Jahr 2016 wurden Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern der noch benötigten Flächen geführt. Die Kaufverträge hierzu wurden Anfang 2017 beurkundet, so dass sich nunmehr alle für die Erschließung benötigten Grundstücke im Besitz der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG befinden. Dadurch hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG seit diesem Zeitpunkt einen erhöhten Geschäftsbetrieb, der zum einen durch die laufende Vermietung der erworbenen Gebäude und zum anderen durch die Planungen für die Grundstücksererschließungen bedingt ist. Dies führt bei der Berichtsfirma zu einem erhöhten Aufwand hinsichtlich der Geschäftsführung und der in diesem Zusammenhang

stehenden Tätigkeiten. Zum 01.04.2015 wurde daher der Wechsel der Geschäftsführung auf Herrn Manfred Zitzen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG von den Gesellschaftern beschlossen und vollzogen. Im Jahr 2020 wurde Herr Dr. Edgar Pasderski als Nachfolger von Herrn Manfred Zitzen zum Geschäftsführer ernannt. Mit Gesellschafterbeschluss vom 10.10.2022 wurde der bisherige Geschäftsführer, Dr. Edgar Pasderski, abberufen und Herr Marc Knisch im Rahmen seiner Tätigkeit als Hauptgeschäftsführer der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG als neuer Geschäftsführer bestellt. Herr Knisch ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Für diese Geschäftsbesorgung erhält die Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG gemäß Vertrag vom 31.03.2015 ein monatliches Entgelt in Höhe von 6.000,00 € zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Diese Kosten werden der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG monatlich in Rechnung gestellt.

Gemäß Gesellschafterbeschluss der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG vom 27.10.2016 wurde die Haftungsvergütung mit Wirkung vom 01.01.2016 auf 7,5% des eingezahlten Stammkapital erhöht (vorher 5%), um die laufenden Kosten der Gesellschaft decken zu können.

Die Gesellschaft hat auf Grund der vorhandenen Verlustvorträge keine Steuern zu entrichten.

Die aus dem Gesellschaftervertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

3.4.2.4 Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG

Basisdaten

Anschrift	Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG Klosterstraße 33 52146 Würselen
Gründungsjahr	1999
E-Mail	www.akm-wuerselen.de
Telefon	02405/671501

Zweck der Beteiligung

Zweck der Beteiligung ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Beteiligung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG an der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG wird das öffentliche Ziel zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen verfolgt. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1.544	1.564	-20	Eigenkapital	11.172	12.075	-904
Umlaufvermögen	18.047	15.075	2.972	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	15	16	-1
				Verbindlichkeiten	8.406	4.550	3.856
Aktive Rechnungsabgrenzungen	6	7	-2	Passive Rechnungsabgrenzungen	5	6	-1
Bilanzsumme	19.597	16.647	2.950	Bilanzsumme	19.597	16.647	2.950

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	1.853	257	1.597
2 Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	5.739	1.044	4.695
3 Sonstige betriebliche Erträge	0	1	-1
4 Materialaufwand	-7.406	-1.032	-6.374
6 Abschreibungen	-863	-19	-844
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-148	-136	-11
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33	1	32
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-113	-106	-7
10 Ergebnis nach Steuern	-903	10	-913
11 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-903	10	-913

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Zweck der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co KG ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen. Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierenden Verpflichtungen zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Nachdem im Jahr 2014 die Kaufverträge über den Erwerb der wesentlichen Grundstücksflächen abgeschlossen werden konnten, ist es der Gesellschaft gelungen, alle weiteren Flächen des neuen

Gewerbegebietes zu erwerben, so dass die AKM mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes über das Gesamteigentum der Entwicklungsflächen verfügt. Der Übergang von Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahren der mit Kaufverträgen aus dem Jahr 2014 erworbenen Grundstücksflächen der Städte-Region Aachen (teilweise), Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co KG und Sparkassen Immobilien GmbH ist mit der Rechtskraft des Bebauungsplanes 182 der Stadt Würselen im September 2020 und mit Zahlung der fälligen Kaufpreise erfolgt. Darüber hinaus wurden im Jahr 2020 noch geringfügige Flächenarrondierungen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes 182 durch den Erwerb kleinerer Parzellen und des sogenannten Grünweges entlang der K 34 vorgenommen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft war zunächst neben der laufenden Arbeit im Rahmen der Vermietung der Bestandsimmobilien und der Verpachtung von Freiflächen im Wesentlichen darauf ausgerichtet, die Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes 182 der Stadt Würselen herbeizuführen. Durch die Geltendmachung von Bedenken im Hinblick auf die Verkehrssituation der L 223 bzw. der BAB-Auf- und -abfahrten an der A 44 durch Straßen NRW im Dezember 2019 musste die Verkehrsführung innerhalb des Plangebietes noch einmal dahingehend angepasst werden, dass die Verbindungsstraße zwischen dem Bestandsbereich und dem neuen Planbereich, die ursprünglich gepollert werden sollte, für den Verkehr geöffnet wird. Diese Änderung zog auch noch einmal eine gesonderte Betrachtung der Entwässerung nach sich. Insgesamt konnten die Auswirkungen allerdings als unwesentlich bewertet werden, so dass durch den Beschluss des Rates der Stadt Würselen am 01.09.2020 der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan 182 der Stadt Würselen (Gewerbegebiet Aero-Park 1) gefasst wurde. Der Bebauungsplan ist mit seiner Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Würselen am 11.09.2020 rechtsverbindlich geworden.

Unmittelbar danach hat das beauftragte Ingenieurbüro mit der Erstellung der Entwurfsplanung für die Erschließung (Straßenbau und Entwässerung) begonnen.

Im Zusammenhang mit dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan wurden auch die Regelungen zum Artenschutz und zum ökologischen Ausgleich im Bereich Duffesheider Weg flächenmäßig umgesetzt.

Bereits im Jahr 2018 wurde zur Entwicklung des Aero-Parks 1 (Bebauungsplan 182 der Stadt Würselen) das Eigenkapital der Gesellschaft um 6,0 Mio. Euro erhöht und es wurden Darlehensverträge über insgesamt 4,5 Mio. Euro insbesondere zur Deckung der anfallenden Grunderwerbskosten und der Erschließungskosten abgeschlossen.

Mit der Umsetzung des Planfeststellungsbeschlusses zur Verschwenkung und Verlängerung der Start- und Landebahn des Verkehrslandeplatzes Merzbrück und der entsprechenden Ausbauförderung durch das Land NRW war schließlich die schwerpunktmäßige Ausrichtung des Flugplatzes als Forschungsflugplatz verbunden. Dies wiederum hat ein nachhaltiges Interesse der Aachener Hochschulen und deren Kooperationspartner geweckt, sich im Gewerbegebiet entlang der Flightline mit eigenen Forschungsvorhaben und Gebäuden ansiedeln zu wollen.

Im Zusammenhang mit den aus dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen zu erwartenden Fördermitteln wird aktuell die Entwicklung des Gesamtstandortes Merzbrück mit seinen rund 80 Hektar an Gewerbefläche vor dem Hintergrund einer ausschließlichen Aviation-Ausrichtung diskutiert. Ergänzt werden soll die Standortentwicklung um die Errichtung eines Mobilitäts-HUB's.

Die StädteRegion Aachen hat dazu im Dezember 2020 die Ausarbeitung eines Masterplanes auf der Grundlage eines Zuwendungsbescheides der Bezirksregierung Köln vergeben.

Durch die Entwicklung des Gesamtstandortes Merzbrück zum NRW-Cluster Luftfahrt mit Forschungsflugplatz und Mobilitäts-HUB soll auf Merzbrück eine einzigartige Kompetenzbündelung von Forschung und Wirtschaft erfolgen.

Dabei werden hinsichtlich der Themenkomplexe Innovativität, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit völlig andere Standortvoraussetzungen eingefordert, als diese bislang über den Bebauungsplan 182 definiert wurden.

Der Masterplan beinhaltet deshalb auch einen technischen Masterplan, der sich intensiv einem ganzheitlichen und gewerkeübergreifenden Planungskonzept zur Entwicklung von Liegenschaften und Quartieren der nächsten Generation widmet. Dabei sind die Themen Co2- neutrale-Energieversorgung, Digitalisierung und Smartness, Wasser, Mobilität, Abfall und Logistik, Infrastrukturkanäle, Komfort, Circular-Economy und Fördermittelrecherche in den Fokus der Betrachtung gerückt.

Eine weitgehende Berücksichtigung der aus dem vorliegenden Masterplan resultierenden Vorgaben soll im Rahmen der Südfächentwicklung (Süd und Gewerbeflächenpool) erfolgen.

Im Hinblick auf den rechtsverbindlichen Bebauungsplan 182 der Stadt Würselen wurden zwischenzeitlich entsprechende Anpassungen definiert, die im Rahmen von Änderungsverfahren das bestehende Planungsrecht ergänzen sollen. Seitens der Stadt Würselen wurde so am 07.12.2021 ein Änderungsverfahren zur Anpassung der Bauhöhe auf zukünftig 23 m zuzüglich technischer Aufbauten und Anlagen initiiert. Den entsprechenden Satzungsbeschluss dazu hat der Rat der Stadt Würselen am 21.06.2022 gefasst.

Das zweite Änderungsverfahren wird sich im Wesentlichen auf eine Anpassung des Straßenquerschnitts der inneren Verkehrsflächen im Plangebiet, der Anpassung des Straßenverlaufs sowie der Verkehrsflächenausweisung und einer Nutzungsänderung im Bereich des Innovation Villages sowie der Stellplatzzuweisung und dem Stellplatzschlüssel beziehen, während im dritten Änderungsverfahren die Anbindung des Plangebietes an die L 223 verbessert werden soll.

Zum 2. Änderungsverfahren hat der Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Mobilität am 13.12.2022 seinen Aufstellungsbeschluss gefasst.

Vor dem Hintergrund, dass erste potenzielle Erwerber im Bereich der Flightline mit Anbindung an den Verkehrslandeplatz Aachen-Merzbrück bereits im September 2022 mit der Realisierung erster Baumaßnahmen beginnen wollten, wurden am 26.04.2022 für diesen Bereich die ersten fünf Kaufverträge notariell beurkundet. Um die Erschließung an der Flightline bis dorthin sicherstellen zu können, hat der Aufsichtsrat der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG mit Beschlussfassung vom 05.07.2022 beschlossen, dort die Erschließung vorzuziehen und entsprechende Aufträge für den Kanal- und Straßenbau zu erteilen.

Nach Durchführung der Ausschreibung wurden die entsprechenden Leistungen zur Realisierung des ersten Bauabschnitts im Aero-Park 1 an die Willy Dohmen GmbH & Co. KG vergeben.

Die Gesellschaft konnte mit nicht unwesentlichen zusätzlichen Investitionen die Erschließung der Kaufgrundstücke sicherstellen und am 02.09.2022 eine offizielle Eröffnung der Baustraße durch den NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer und den Repräsentanten der Gesellschafter begehen.

Die Käufer der Grundstücke sind bislang ihren vertraglichen Verpflichtungen zur Einreichung eines vollständigen und genehmigungsfähigen Bauantrages bei der Stadt Würselen innerhalb von 12 Monaten nach der Beurkundung nicht nachgekommen.

Zum Vergabeverfahren über die Ausführung der Erschließungsleistungen für den zweiten Bauabschnitt Aero-Park 1 erfolgte am 29.11.2022 die Angebotsöffnung. Auf der Grundlage der Auswertung der Angebote erfolgte am 09.01.2023 die Vergabe der Kanal- und Straßenbauarbeiten für den zweiten Bauabschnitt des Aero-Park 1.

Zur Finanzierung der Erschließungskosten haben die Gesellschafter der Gesellschaft mit Vertrag vom 06.10.2022 einen Zuschuss von 6,0 Mio. Euro in Form einer zweckgebundenen Kapitalrücklage gewährt, der spätestens zum 31.12.2037 vollständig zurückzuführen ist.

Zur Finanzierung des weiteren Grunderwerbs insbesondere auch zur Sicherstellung der Erschließung für den Aero-Park 2 haben die Gesellschafter darüber hinaus mit Darlehensverträgen aus dem Oktober 2023 weitere 10,8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Die Endfälligkeit dieser Darlehen ist für den 30.06.2029 vereinbart. Erste Kaufverträge über den Erwerb entsprechender Grundstücksflächen wurden zwischenzeitlich notariell beurkundet.

Die Erschließung des Aero-Park 1 verläuft planmäßig und ist weitgehend Mitte 2024 soweit abgeschlossen, dass über den Flightline-Bereich hinaus auch auf den übrigen Grundstücken im Aero-Park 1 die Realisierung von Bauvorhaben erfolgen kann.

Die weitere Vermarktung der Gewerbeflächen ist gestartet. Mit Kaufvertrag vom 30.08.2023 hat Access ein 15.664 m² großes Grundstück im Aero-Park 1 für den Aufbau einer ökoeffizienten, digitalen und automatisierten Feingussroute für die Herstellung hocheffizienter Luftfahrtkomponenten im Production Launch Center Aviation erworben. Es handelt sich dabei im Übrigen um das erste geförderte Strukturwandelprojekt im Aero-Park 1.

Darstellung der Lage

Im Anlagevermögen wird das bebaute Grundstück nebst den vermieteten Gebäuden in Höhe 1.538.094,92 € (7,85%) aktiviert. Im Umlaufvermögen werden im Wesentlichen die zu erschließenden Grundstücke des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück Nord und Süd in Höhe von 13.447.506,05 € einschließlich der vorgenommenen Wertberichtigung (68,62%) sowie die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 4.431.260,71 € (22,61%) ausgewiesen. Das Guthaben bei Kreditinstituten beinhaltet einen Betrag in Höhe von 40.626,83 €, das als Treuhandkonto die Kauttionen der Mieter umfasst sowie einen weiteren Betrag in Höhe von 370,95 €, der als Kaution verbucht, jedoch noch nicht dem Mietkautionenkonto gutgeschrieben wurde.

Der zusammengefasste Betrag (40.997,78 €) wird auf der Passivseite als sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Versicherungsbeiträge, Miete für ein Werbegerüst und die Kosten des Webhostings für das Jahr 2024, die bereits im Jahr 2023 bezahlt wurden, sind als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten verbucht.

Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Kommanditeinlagen in Höhe von 6.025.200,00 € (30,75%) und die satzungsmäßigen Rücklagen in Höhe von 6.049.798,96 € (30,97%) strukturiert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich auf 4.412.477,64 € (22,52%). Die Verbindlichkeiten aus dem Endausbau AeroPark 1 wurden im Jahr 2023 neu passiviert und betragen 3.893.445,79 € (19,87%). Verbindlichkeiten gegenüber der Komplementärin bestehen in Höhe von 17.999,10 €.

Die Erlöse wurden durch die Vermietung der im Besitz der Gesellschaft stehenden Gebäude, Zinseinnahmen in Höhe von ca. T€ 33 sowie aus der Veräußerung eines Grundstückes (T€ 1.566) erzielt. Dem Veräußerungserlös aus dem Grundstück steht der Abgang von Grundstücksflächen mit einem Wert in Höhe von 1.670.002,08 € gegenüber. Die Erlöse aus den Zins- und Mieteinnahmen decken aktuell die laufenden Kosten der Gesellschaft. Die außergewöhnliche Abschreibung auf das Umlaufvermögen hat das Ergebnis mit ca. 842.000,00 € belastet.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben.

Die Prognose des Vorjahres (ausgeglichenes Ergebnis) wurde - vor Verbuchung des Grundstücksverkaufs und der erforderlichen Abschreibungen der Grundstücke des AeroPark 1 durch erzielte Zinseinnahmen übertroffen.

Für das laufende Geschäftsjahr wird – ohne außergewöhnliche Aufwendungen - mit einem ähnlichen Ergebnis (+ 40.000,00 €) gerechnet.

Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Durch den Erwerb der Grundstücksflächen, dem entsprechenden Planungsrecht und der Erschließung entsteht mit dem Aero-Park 1 ein multimodales und attraktives Gewerbegebiet mit dem Schwerpunkt einer Aviation-Ausrichtung.

Durch den vorhandenen Verkehrslandeplatz Aachen-Merzbrück, die hervorragenden Autobahnverbindungen sowie den beabsichtigten Anschluss des Gewerbegebietes an die Euregiobahn bzw. die geplante Anbindung an die Regio-Tram wird von einer zügigen und weitgehenden Vermarktung der Erschließungsflächen ausgegangen.

Durch die länger andauernde Erschließungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass die Veräußerungserlöse der Gesellschaft sukzessive zufließen. Damit ist ein höherer Zwischenfinanzierungsbedarf gegeben, der die Gesellschaft bei steigenden Zinskonditionen mit höheren Zinsleistungen belasten wird.

Zur mittelfristigen Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft insbesondere vor dem Hintergrund steigender Zinslasten und dem zusätzlichen Grunderwerb für die Entwicklungsbereiche Aero-Park 2 und Aero-Park 3 waren unmittelbare Abstimmungen mit den Gesellschaftern vorzunehmen. Dazu wird auf die unter der Darstellung des Geschäftsverlaufs verwiesenen Finanzierungen durch die Gesellschafter in Form eines jeweiligen Zuschusses und jeweiligen Darlehens verwiesen.

Im Rahmen des Strukturwandels hat die Gesellschaft für die Entwicklung des Teilabschnitts Aero-Park 3 am 25.11.2021 einen ersten Fördermittelantrag „Revier Gestalten“ eingereicht. Dazu erfolgte am 29.07.2022 noch einmal eine entsprechende Überarbeitung durch die Gesellschaft. Vor dem Hin-

tergrund, dass die Förderrichtlinien und das Fördermittelvergabeverfahren seitens des Fördermittelegebers zwischenzeitlich ebenfalls noch einmal nachjustiert werden, steht eine weitere Aktualisierung zur Mittelbeantragung an. Dabei wird die Gesellschaft auch eine Einbeziehung des Flächenerwerbs aus dem Aero-Park 3, der der Sicherstellung der Erschließung des Aero-Park 2 dient, berücksichtigen.

Die Geschäftsführung kann derzeit weiterhin keine abschließende Beurteilung darüber abgeben, ob und in welchem Umfang gegebenenfalls Fördermittel aus dem Strukturwandel für eine Vorhabenrealisierung zur Verfügung stehen werden.

3.4.2.5 Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH

Basisdaten

Anschrift	Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH Merzbrück 216 52146 Würselen
Gründungsjahr	1993
Internet	https://www.forschungsflugplatz.de/
E-Mail	post@forschungsflugplatz.de
Telefon	02405/73597
Telefax	02405/73390

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Beteiligung ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes und Segelfluggeländes Aachen-Merzbrück. Hierzu zählen insbesondere die Bereitstellung und der Betrieb der erforderlichen Infrastruktur zu Zwecken der Forschung und Lehre, des Wissenstransfers und der Verwertung von Forschungsergebnissen sowie die Erarbeitung und Realisierung einer Gesamtkonzeption zur Nutzung des Verkehrslandeplatzes für innovative Luftfahrtkonzepte und verwandte Forschungsgebiete. Der Flugplatz dient der Allgemeinen Luftfahrt und Luftfahrzeugen bis 5,7 to Höchstabfluggewicht sowie flugwissenschaftlichen Forschungszwecken. Des Weiteren ist Gegenstand des Unternehmens die zeitweise Nutzung des Geländes für Veranstaltungen im Sinne des § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW. Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere Grundstücke erwerben, die für die Verfolgung des Geschäftszwecks erforderlich oder nützlich sind, mit anderen Einrichtungen, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren, sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen sowie solche gründen oder erwerben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Durch die Beteiligung der Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG an der Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH & Co.KG wird das öffentliche Ziel zur Förderung der städtebaulichen Entwicklung der Stadt Würselen verfolgt sowie die Durchführung von Kulturveranstaltungen in Würselen gewährleistet. Die Gesellschaft verfolgt aufgrund ihres Gesellschaftszwecks einen öffentlichen Zweck. Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt ist. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im Rahmen der öffentlichen Zwecksetzung gehalten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage Aktiva				Kapitallage Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	7.725	7.936	-210	Eigenkapital	307	657	-350
Umlaufvermögen	728	709	19	Sonderposten	3.254	3.354	-101
				Rückstellungen	772	716	56
				Verbindlichkeiten	4.127	3.914	213
Aktive Rechnungsabgrenzungen	13	12	1	Passive Rechnungsabgrenzungen	6	15	-9
Bilanzsumme	8.465	8.656	-191	Bilanzsumme	8.465	8.656	-191

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1 Umsatzerlöse	411	382	29
3 Sonstige betriebliche Erträge	251	299	-48
4 Materialaufwand	-4	-4	-0
5 Personalaufwand	-322	-274	-48
6 Abschreibungen	-220	-218	-3
7 Sonstige betriebliche Aufwendungen	-270	-228	-42
8 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	-0
9 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-172	-131	-41
10 Steuern vom Einkommen und Ertrag	-23	-3	-20
11 Ergebnis nach Steuern	-349	-175	-174
12 Sonstige Steuern	-1	-0	-0
13 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-350	-176	-174

Geschäftsentwicklung

Auszug aus dem Lagebericht 2023:

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Flugplatz ist gem. § 49 Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) von 1964, zuletzt geändert am 12.12.2019, ein Landeplatz des allgemeinen Verkehrs. Landeplätze sind Flugplätze, die nach Art und Umfang des vorgesehenen Flugbetriebs einer Sicherung durch einen Bauschutzbereich nach § 12 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) nicht bedürfen und nicht nur als Segelfluggelände dienen. Gem. § 12 Abs. 4 i.V. mit § 17 LuftVG wurde jedoch für Merzbrück ein beschränkter Bauschutzbereich nach Maßgabe der Luftaufsichtsbehörde im Rahmen der Planfeststellung zugunsten des Umbaus des Platzes festgesetzt. Aufgrund der Einstufung unterliegt der Flugplatz einer Betriebspflicht nach § 45 LuftVZO. Dabei ist ein betriebssicherer Zustand zum ordnungsgemäßen Betrieb vorzuhalten.

Der Forschungsflugplatz Flugplatz Aachen-Merzbrück ist Schwerpunktlandeplatz, das heißt ein Luftverkehrsstandort für Luftfahrzeuge bis 5,7 t Abfluggewicht zur Abwicklung des Mittelstreckenverkehrs zu Zielen im In- und Ausland.

Die in der Vergangenheit durchschnittlich 45.000 Flugbewegungen pro Jahr (Basis: Mittelwert aus den Jahren 2018, 2019 und 2021) am Forschungsflugplatz konnten im Berichtsjahr mit ca. 44.200 Flugbewegungen weiter bestätigt werden. Lediglich im Jahr 2022 wurde mit einem um ca. 10.000 Flugbewegungen abweichenden Ergebnis eine Abweichung der Kontinuität erreicht, was auf die Überwindung der pandemiebedingten allgemeinen Zurückhaltungen begründet wird.

Der Forschungsflugplatz verfügt über eine asphaltierte Piste von 1.160 m Länge und 18 m Breite bei einer für Start und Landung verfügbaren Länge in Bezug auf die versetzten Schwellen (07 und 25) von 947 m.

Ebenso ist der Platz Landesleistungsstützpunkt für Segelflug in NRW und mit einer 935 m langen Motor- und Windenschleppbahn mit Kunststoffgitterplattenbelag sowie einer 610 m langen schotterrasenbefestigten Segelfluglandebahn ausgestattet. Dem Prädikat des Landesleistungsstützpunktes gerecht werdend, wurde für den Segelflugbetrieb weitgehend auf lärm- und emissionsarmen Elektrowindenbetrieb umgestellt.

Die befestigten Flugbetriebsflächen betragen 45.000 m², die Gesamtfläche des Flugplatzes beträgt 38 Hektar.

Der Forschungsflugplatz Aachen-Merzbrück ist an 365 Tagen des Jahres, d.h. in der Regel 7 Tage/Woche von 09:00 Uhr bis 20:30 (Sommer) bzw. bis 30 Minuten nach Sonnenuntergang (Winter) geöffnet.

Auf Anfrage besteht die Möglichkeit außerhalb der regulären Öffnungszeiten, von 07:00 bis 09:00 Uhr und 20:30 bis 22:00 Uhr, Flüge abzufertigen. Insgesamt steht der Flugplatz an circa 3.700 Stunden pro Jahr den Nutzern zur Verfügung.

Am Verkehrslandeplatz können betrieben werden:

- Flächenflugzeuge mit Propellerantrieb bis zu max. 5,7 t,
- Hubschrauber bis zu einem Gewicht von max. 5,7 t,
- selbststartende Motorsegler, Segelflugzeuge mit Motor eigenstartfähig, nicht selbststartende Segelflugzeuge und Motorsegler im Flugzeug- und Windenstartverfahren,
- dreiachsgesteuerte Ultraleichtluftfahrzeuge,
- Luftschiffe und Ballone.

Den durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schleicher & Dr. jur. Robertz GmbH & Co. KG aufgestellte Jahresabschluss der Gesellschaft prüft die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Neumann und Partner mbB.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft bestehen im Wesentlichen aus Landeentgelten, Pachteinahmen, Provisionserlösen im Zusammenhang mit dem Agenturvertrag mit der TotalEnergies und Erlösen aus der Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und belaufen sich insgesamt im Berichtsjahr auf annähernd 389.000 € zuzüglich Nutzungs- und Abstellentgelten in Höhe von ca. 22.000 €.

Im Geschäftsjahr konnte die bisherige Auslastung bestätigt werden und damit im Rahmen der Prognose bleiben. Es gab insgesamt ca. 44.200 (2022 – 55.200; 2021 – 43.771) motorisierte Flugbewegungen und ca. 3.200 (2022 – 2.895; 2021 – 2.408) Starts mit Segelflugzeugen.

Mit einem Wert von annähernd 411.000 € konnten gegenüber dem Vorjahr (382.144,31 €) verbesserte Einnahmen aus den Umsatzerlösen erreicht werden.

Die Einnahmen aus den Start-, Lande- sowie Nutzungsentgelten decken die Ausgaben der Gesellschaft jedoch nicht.

Für Löhne und Gehälter wurden im Berichtsjahr 251.644,19 € (2022 – 212.484,62 €) und für soziale Abgaben 70.230 € (2022 – 61.154,98 €) aufgewendet.

Die umfangreiche strategische und rechtsicher aufzustellende Gesellschaftsstruktur, die wirtschaftsplanrelevante Spartenrechnung des Forschungssektors und die Regelung der Beihilfethematik bedingte eine ausführliche juristische Begleitung, die einen Kostenfaktor in Höhe von annähernd 50.000 € verursachte.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis endete mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 349.645,26 €.

Die Wirtschaftsplanung 2023 ging von einem Ergebnis von -230.000 € aus. Insbesondere aufgrund erhöhter betrieblicher Kosten (Rechtsberatung), der Anpassung der Löhne, Gehälter und Sozialabgaben an den TVöD gem. Gesellschafterwille, Fahrzeugreparaturkosten, erhöhten Zinsen insbesondere im Zusammenhang mit der Prolongation der EVS-Zwischenfinanzierungsdarlehen und Steuerzahlung vom Einkommen und vom Ertrag fiel das Ergebnis nicht plankonform aus.

Mit Verabschiedung des Betrauungsaktes mit Wirkung zum 1. Oktober 2023 erfolgt unter Lösung von den bisherigen einzelnen Zuschussungselementen (Pacht, Zinsen, Tilgung) eine auf dem Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft basierende Zuschussberechnung der Gesellschafter, mit denen ein Betrauungsakt geschlossen wurde. Für das Geschäftsjahr 2023 wurden die Gesellschafterzuschüssen anteilig für das vierte Quartal 2023 in Höhe von insgesamt Euro 116.548,00 berechnet. Für die ersten drei Quartale des Geschäftsjahres 2023 erfolgt keine Zuschussung durch die Gesellschafter.

Prognose, Chancen und Risiken

Die Förderung des Landes NRW und der Beschluss, diesen als Forschungslandeplatz für die Zukunft zu betreiben, schafft Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze in der unmittelbaren Umgebung und ist von großer Bedeutung für die Aachener Region und für die Luftfahrt in NRW. Damit ist die Standortentwicklung auf der Grundlage des umgebauten VLP ein wesentlicher Baustein zur Gestaltung des Strukturwandels im Rheinischen Revier. Gemeinsam mit den Netzwerkpartnern Mönchengladbach, Aldenhoven, der Zukunftsagentur Rheinisches Revier, dem AeroSpace NRW und zahlreichen wissenschaftlichen und Wirtschaftstreibenden Partnern wird der Aviation-Standort im Rheinischen Revier gestaltet.

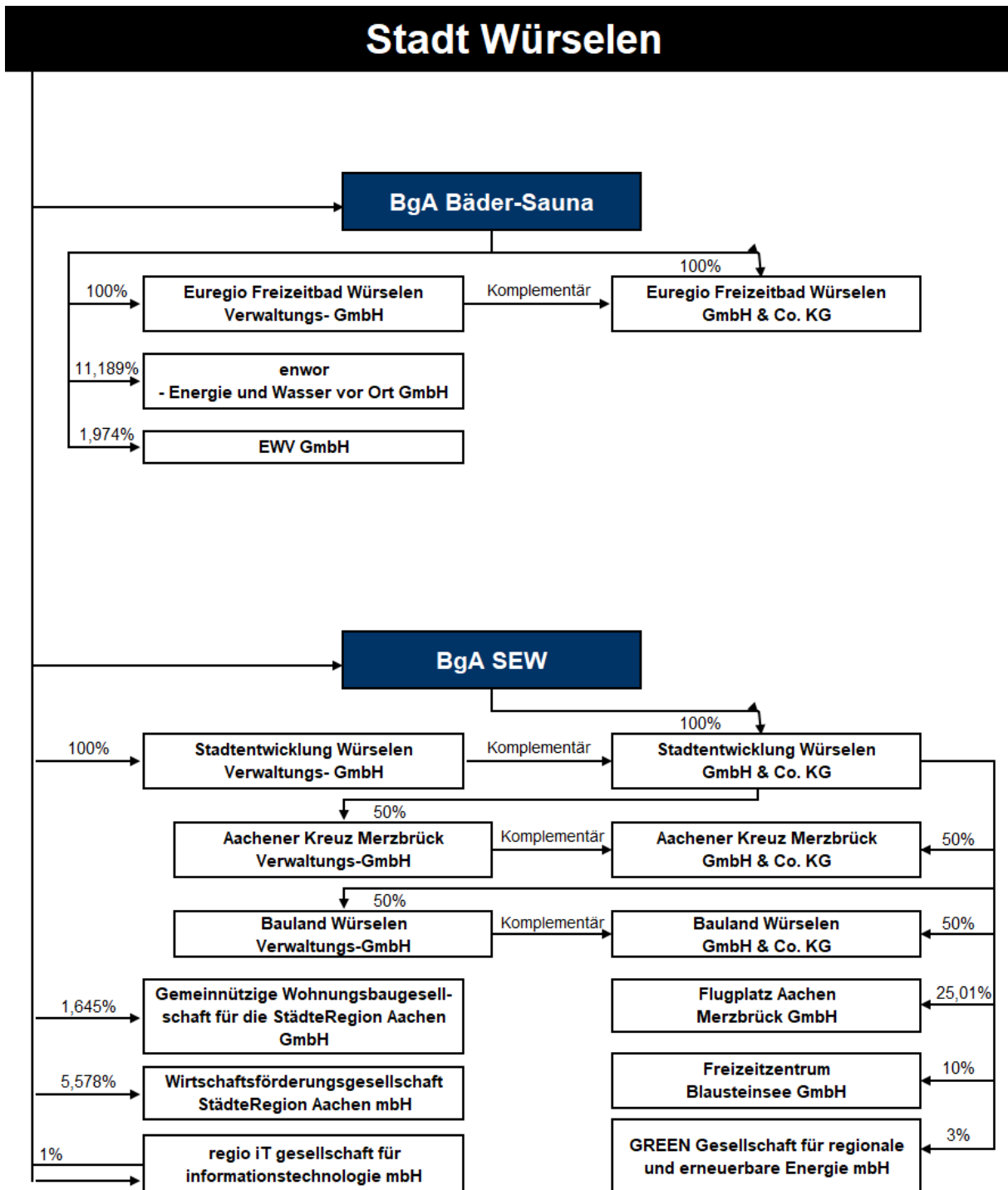
Dabei will der Forschungsflugplatz mit der Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes unter innovativen und klimatischen Aspekten eine Vorbildfunktion einnehmen. Als aktiver Partner konnte dazu das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt gewonnen werden. Das MUNV begleitet die Ambition positiv.

Die Neuaufstellung der medialen Präsentation (LOGO, Website, Printprodukte) des Unternehmens sowie eine neue Informationskultur am Platz stellen das Unternehmen auf Augenhöhe zu den Partnern auf.

Die Gesellschafter verschaffen dem Unternehmen die notwendige Liquidität für das operative Geschäft durch Übernahme ggf. entstehender Verluste, sowie durch die zur Verfügung gestellten Kredite im Zusammenhang mit dem Umbau. Insgesamt ist der Fortbestand des Unternehmens durch den Umbau zum Forschungsflugplatz und der Nutzung durch die zukünftigen umgebenden Wissenschaftsinstitutionen und Wirtschaftsunternehmen gesichert.

Die gemeinsamen Bemühungen der Gesellschafter im Berichtsjahr 2023, auf der Grundlage des Umbaus des Platzes und mit der neuen Gesellschafter- und Wirtschaftsstruktur, die Basis für eine innovative und nachhaltige Entwicklung geschaffen zu haben, eröffnet für die Zukunft die Perspektiven der Gestaltung und Umsetzung der avisierten Standortentwicklungsziele.

4 Darstellung der Betriebe gewerblicher Art sowie der Beteiligungsunternehmen



5 Übersicht über die Vertreter der Stadt Würselen in den Organen beteiligter Unternehmen, Verbänden, Vereinen und sonstigen Institutionen

Stand: August 2023

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Nießen	Roger	Bürgermeister	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Euregio Freizeitbad Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vorsitzender	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Stadtentwicklung Würselen Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat	Vorsitzender	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	Aufsichtsrat	Vertreter	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
EWW - Energie- und Wasserversorgung GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Beirat	Vertreter	
GWG Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen mbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter	
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Städteregion Aachen	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
KoPart eG	Generalversammlung	Vertreter	
PD-Berater der öffentlichen Hand GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Aufsichtsrat	Vertreter	
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Bauland Würselen Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Bauland Würselen GmbH & Co.KG	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	Aufsichtsrat	Vertreter	
	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Lärmschutzbeirat	Vertreter	
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
Städte- und Gemeindebund NRW	Arbeitsgemeinschaften	Vertreter	
	Mitgliederversammlung	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Verbandsversammlung	Vorsitzender	
	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter	

RegioEntsorgung AöR	Verwaltungsrat	Vertreter
Deutsch-Französische Gesellschaft e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter
Deutsch-Italienische Freundschaftsgesellschaft Würselen-Campagnatio e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter
EUREGIO Verkehrsschienennetz GmbH	Beirat	Vertreter
Freundschaftsgesellschaft Burkina Faso/Reó e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Ruichang e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter
Grünmetropole e.V.	Mitgliederversammlung	Vertreter
Spiritaner-Stiftung	Kuratorium	Vertreter
	Beirat	Vertreter
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.	Vorstand	Vertreter
	Mitgliederversammlung	Vertreter

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
von Hoegen	Till	Technischer Beigeordneter	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
EWW - Energie- und Wasserversorgung GmbH	Beirat	Vertreter	
GWG Wohnungsbaugesellschaft für die Städteregion Aachen mbH	Gesellschafterversammlung	Vertreter	
	Aufsichtsrat	Vertreter	
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	Lärmschutzbeirat	Vertreter	
Wasserverband Eifel/Rur	Verbandsversammlung	Vertreter	
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund	AVV Beirat in der StädteRegion Aachen	Vertreter	
Zweckverband RegioEntsorgung	Ausschuss für Strukturfragen	Vertreter	
ÖPNV ASEAG	Verkehrsbeirat ASEAG	Vertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Strotkötter	René	Erster Beigeordneter	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ	Funktion	
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung	Vertreter	
	Fachausschuss	Vertreter	
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.	Mitgliederversammlung	Stellvertreter	
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Kaiser	Alexander	Kämmerer	Verwaltung
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Beginn	Organ	Funktion	
	regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH	Gesellschafterversammlung	Stellvertreter

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Benend	Guido	Landwirt	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreter
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat		Stellvertreter
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung		Vertreter
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.	Vorstand		Vertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Benja	Michaela	Qualitätsmanagementbeauftragte	UWG
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreterin
Städte- und Gemeindebund NRW	Mitgliederversammlung		Vertreterin

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Carduck	Hans	Rentner	FDP
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Stellvertreter
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Stellvertreter
VfR Würselen 1911			Ehrenvorsitzender
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Carduck	Markus	Angestellter	FDP
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreter
VfR Würselen 1911			Vorsitzender
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Claßen	Melanie	Leitung Rechnungswesen	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreterin

Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreterin
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen		Verbandsversammlung	Stellvertreterin
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Debray	Tobias	Jurist	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreter
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
Rauchclub Haal		Vorstand	Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Drabent	Hans-Peter	Pensionär	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreter
Deutsch-Italienische Freundschaftsgesellschaft Würselen-Campagnatio e.V.		Vorstand	Vertreter
Seniorenunion Würselen			Vorsitzender
Behindertensportclub Würselen		Vorstand	Mitglied
CDA Würselen			kommissarischer Vorsitzender
Kreuzverein Würselen		Vorstand	Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Dumke	Andreas	Math. Techn. Assistent	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen		Verbandsversammlung	Vertreter
		Fachausschuss	Vertreter
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.		Mitgliederversammlung	Vertreter
Förderverein Asyl			Mitglied
Wir in Würselen			Mitglied

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Eck	Alexander	Finanzbeamter	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Wasserverband Eifel/Rur		Verbandsversammlung	Vertreter

Zweckverband RegioEntsorgung		Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Stellvertreter
Interessengemeinschaft Euchener Hauptkirmis			Vorsitzender
Interessengemeinschaft Dorfhaus Euchen			Vorsitzender
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Franzen	Heiko	Leiter Qualitätsmanagement und Arbeitssicherheit	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Zweckverband RegioEntsorgung		Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Fries	Anna	Dekanatsassistentin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Fries	Max	Referent	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
Städtische Kindertageseinrichtung "In der Dell="			Trägervertreter
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.		Vorstand	Vertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Hahn	Winfried	Rentner	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreter
KG Au Ülle			Stellv. Vorsitzender
Rhenania Würselen			Ehrenrat
Bissener Bürgerverein			Vorsitzender
Bissener Maigesellschaft			Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Hahnraht	Yvonne	Fallmanagerin Rehabilitation	SPD

Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreterin
Zweckverband RegioEntsorgung		Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Stellvertreterin
Wasserverband Eifel/Rur		Verbandsversammlung	Vertreter
Haus- & Wohnungseigentümergebiet Nordkreis e.V.			Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Havers	Peter	Unternehmensberater	fraktionslos
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreter

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Janas	Erwin	Rentner	FDP
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
KZV R 174 Würselen-Scherberg			Vorsitzender
Landesverband des Rheinischer Rasse-Kaninchenzüchter e.V.			Stellv. Vorsitzender
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Jawher-Özkesemen	Demet	Angestellte/Leiterin Sozialamt	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Landesintegrationsrat NRW		Vorstand	Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Jochmann	Michael	Dipl. Ingenieur E-Technik/Projektleitung	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
Zweckverband RegioEntsorgung		Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Stellvertreter
Bürgersolaranlage Richterich GbR mbH			

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Küppers	Christoph	Leitung des Amtes für Recht und Versicherungen, Geschäftsführung, Lehrbe-auftragter	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	Aufsichtsrat		Stellvertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Küppers	Claudia	Dipl. Sozialarbeiterin	fraktionslos
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Stellvertreterin
Biene e.V.	Vorstand		Mitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Kurmann	Jörg	Pflegedirektor	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreter
Pflegekammer NRW			
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Lohmann	Josefine	Rentnerin	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreterin
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung e.V.	Vorstand		Vertreterin
Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit gGmbH	Aufsichtsrat		Vorsitzende
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Mitglied
Städtereionstag			
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Hildburghausen e.V.			Geschäftsführerin

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Mimberg	Marietheres	Unternehmensberaterin	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Vertreterin
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen	Verbandsversammlung		Vertreterin
CoWorkLand eG Genossenschaft			

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Parschmann	Hans-Bernd	Rentner	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Wasserverband Eifel/Rur	Verbandsversammlung		Vertreter
Zweckverband RegioEntsorgung	Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat		Vertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Reuters	Alfred	Dipl. Designer	Die Partei
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Türoffner e.V.			
Metropolis e.V.			
Gesellschaft für Zeitgenössische Kunst und Gegenwartskultur			
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Scherberich	Theo	Rentner	UWG
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Schmitz	Karl-Jürgen	Rechtsanwalt	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		stellv. Vorsitzender
enwor - energie & wasser vor ort GmbH	Aufsichtsrat		Vertreter
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Stellvertreter
	Gesellschafterversammlung		Stellvertreter
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung		Stellvertreter
Forschungsflugplatz Würselen-Aachen GmbH	Gesellschafterversammlung		Stellvertreter
	Aufsichtsrat		Stellvertreter
	Lärmschutzbeirat		Stellvertreter
Freizeitzentrum Blausteinsee GmbH	Gesellschafterversammlung		Stellvertreter
Bauland Würselen Verwaltungs-GmbH	Gesellschafterversammlung		Stellvertreter
Bauland Würselen GmbH & Co.KG	Gesellschafterversammlung		Stellvertreter
GREEN - Gesellschaft für regionale und erneuerbare Energie mbH	Gesellschafterversammlung		Stellvertreter
St. Hubertus Schützenbruderschaft Würselen - Scherberg 1894 e.v.			Vorsitzender
Freundschaftsgesellschaft Würselen-Ruichang e.V.	Vorstand		Vertreter
Verein zur Förderung des Scherberger Maibrauchtums			
KG Au Ülle			Senat

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Schmitz	Sven Karl	Baufinanzierungsberater	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Stellvertreter
SKS Consultings			Geschäftsführer
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Schüppen-Büttgen	Brigitta	Lehrkraft für Pflegeberufe	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG	Aufsichtsrat		Stellvertreterin
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Sieben	Anne	Rentnerin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	Aufsichtsrat		Stellvertreterin
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Thielen	Ferdi	Rentner	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Thorand	Dagmar	Steuerberaterin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution	Organ		Funktion
Mensaverein Würselen e.V.			Vorsitzende
Reitverein Gut Klösterchen			Kassiererin
Gynergie e.V.			Vorsitzende
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Tirtey	Bathasar	Polizeibeamter	CDU

Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
Zweckverband RegioEntsorgung		Regionaler Abfallwirtschaftsbeirat	Vertreter
Zweckverband Volkshochschule Nordkreis Aachen		Verbandsversammlung	Vertreter
		Fachausschuss	Stellvertreter
Deutsch-Französische Gesellschaft e.V.		Vorstand	Vertreter
1. Würselener Karnevalsverein 1928			
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Tremöhlen	Heike	Hauswirtschaftsleitung	CDU
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co. KG		Aufsichtsrat	Vertreterin

Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Voigt-Küppers	Eva-Maria	Renterin	SPD
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen mbH Köln		Aufsichtsrat	Mitglied
AWO Gesellschaft für Altenhilfeeinrichtungen Aachen		Aufsichtsrat	Mitglied
Der Sommerberg AWO Vertriebsgesellschaft mbH Rösrath		Aufsichtsrat	Mitglied
DSE Dienstleistungen für soziale Einrichtungen GmbH Köln		Aufsichtsrat	Mitglied
DRK Ortsverband Würselen			Stellv. Vorsitzende
Wir in Würselen		Vorstand	Mitglied
VABW - Verein für allgemeine und berufliche Weiterbildung		Vorstand	Mitglied
Arbeiterwohlfahrt Mittelrhein			Präsidiumsmitglied
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Wetzstein	Wolfgang	Medizinisch-Techn. Assistent	B90/ Die Grünen
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Stellvertreter
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Woltery	Lukas	Steuerberater	CDU

Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Euregio Freizeitbad Würselen GmbH & Co.KG		Aufsichtsrat	Vertreter
HC Weiden 2018 e.V.		Vorstand	Mitglied
Weidener Turnverein 1869 e.V.			
St. Sebastianusschützen Bardenberg e.V.			
Heimatverein Bardenberg e.V.			
Förderverein Kindergarten Peter und Paul Bardenberg e.V.			
Angaben zur Person			
Nachname	Vorname	Beruf	Partei
Ziegenhagen	Nicole	Senior Consultant	Die Partei
Mitgliedschaften in Aufsichtsräten, Kontrollgremien, Organen			
Institution		Organ	Funktion
Weidener Sportverein			

6 Berechnungsgrundlage für Finanzkennzahlen

$$\text{Eigenkapitalquote} = \text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Bilanzsumme}$$

Zum einen stellt die Eigenkapitalquote das Verhältnis zwischen Eigenkapital und Fremdkapital in einem Unternehmen dar und zum anderen repräsentiert sie den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. In der Regel kann ein Unternehmen mit einer höheren Eigenkapitalquote Krisen oder andere negative Entwicklungen besser abfedern, da es über eigene Rücklagen verfügt. Deshalb dient die Eigenkapitalquote dazu, Kapitalkraft, finanzielle Stabilität und Unabhängigkeit eines Unternehmens zu bewerten. Eine Eigenkapitalquote über 20 % ist im Regelfall positiv zu bewerten, ab 30 % oder mehr ist der Eigenkapitalanteil als „gut“ einzuschätzen.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \text{Jahresergebnis nach Steuern} \times 100 / \text{Eigenkapital}$$

Die Eigenkapitalrentabilität gibt die Rendite des eingesetzten Eigenkapitals an. Sie misst die Wirtschaftlichkeit eines Unternehmens. Ein Unternehmen mit einer hohen Eigenkapitalrentabilität ist im Vergleich zu anderen Firmen aus der gleichen Branche als ein erfolgreiches bzw. wirtschaftliches Unternehmen anzusehen.

$$\text{Anlagedeckungsgrad II} = (\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100 / (\text{Anlagevermögen} + \text{ständig gebundenes Umlaufvermögen})$$

Der Anlagedeckungsgrad II gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang das Anlagevermögen langfristig finanziert ist. Beträgt der Deckungsgrad II bspw. 80 %, bedeutet dies, dass 80 % des Anlagevermögens langfristig finanziert sind und dementsprechend die übrigen 20 % kurzfristig finanziert werden müssen.

$$\text{Verschuldungsgrad} = \text{Fremdkapital} / \text{Eigenkapital} \times 100$$

Der Verschuldungsgrad bezeichnet das Verhältnis von Fremdkapital zu Eigenkapital. Er informiert über die Verschuldung eines Unternehmens. Zu einem Unternehmensziel gehört es, den Verschuldungsgrad so gering wie möglich zu halten.

$$\text{Umsatzrentabilität} = \text{Gewinn} / \text{Umsatz} \times 100$$

Die Umsatzrentabilität beschreibt, welche Summe ein Unternehmen im Vergleich zum Umsatz verdient hat. Grundsätzlich können aus der Veränderung und Entwicklung der Umsatzrentabilität Rückschlüsse gezogen werden und die Effizienz abbilden. Eine Steigerung kann daraufhin deuten, dass die Produktivität des Unternehmens steigt. Bei einer sinkenden Umsatzrentabilität kann von einem Produktivitätsabfall ausgegangen werden.

7 Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
AGIT	Aachener Gesellschaft für Innovations- Technologietransfer mbH
AZUBI	Auszubildende
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BHKW	Blockheizkraftwerk
EBIT	Ergebnis vor Steuern zuzüglich Zinsaufwand – ohne Zinsanteil der Zuführung zu Pensionsrückstellungen- (Earnings before Interest and Taxes) –
EBITDA	Ergebnis vor Steuern zuzüglich Zinsaufwand –ohne Zinsanteil der Zu-führung zu Pensionsrückstellungen- und Abschreibungen – incl. auf Finanzanlagen – (Earnings before Interest, Taxes, Depreciation and Amortization)
EBT	Ergebnis vor Steuern (Earnings before Interest)
EK	Eigenkapital
enwor	enwor – energie und wasser vor ort GmbH
e.V.	eingetragener Verein
EWV	Energie- und Wasser-Versorgung GmbH
FAM	Flughafen Aachen-Merzbrück GmbH
FGA e.V.	Fluggemeinschaft Aachen e.V.
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO	Gemeindeordnung
GWG	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen
GWh	Gigawattstunden
HGB	Handelsgesetzbuch
IHK	Industrie- und Handelskammer zu Aachen
KG	Kommanditgesellschaft
kWh	Kilowattstunden
MKJFGFI	Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen
MWh	Megawattstunden
NRW	Nordrhein-Westfalen
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
SEW	Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG
WFG	Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH
WWV	Wärmeversorgung Würselen GmbH
ZAR	Zukunftsinitiative im Aachener Raum e.V.

Amt 20
Finanzen und Controlling

Herausgeber:
Stadt Würselen
Morlaixplatz 1
52146 Würselen

